

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

MITTEILUNGSBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

3. Jahrgang — Heft 7 Preis 10 Pfg.

Juli 1953

Verlagsort Frankfurt a. M.

Besonnenheit ist zu wenig

Es scheint, als ob eine große weltpolitische Chance verpaßt wird. Die Revolution in Ostberlin und der Sowjetzone hat den Anschluß an die diplomatische Routinepolitik nicht gefunden. Darum steht die deutsche und die westliche Politik hilflos vor der neuen Situation. Die Aktivität des Bundestages erschöpft sich in sechs Forderungen als Vorbedingung für gesamtdeutsche Wahlen. Den Bedingungen soll eine Macht sich fügen, der man keine Bedingungen stellen kann; und die Forderungen sind an Mächte gerichtet, die sie selbst nicht durchsetzen können. Deutlicher noch hat der Chef der Parlamentsopposition erklärt, es sei Sache der Westmächte, jetzt eine positive Antwort auf den Aufstand der Arbeiter in Ostberlin und der Zone zu geben. Eine Frankfurter Tageszeitung fand für diese politische Passivität den richtigen Kommentar:

„Einmal wird vor allem die jüngere Generation fragen, was wir getan haben für dieses Ziel (die Wiederherstellung der deutschen Einheit). Dann werden wir antworten, wir hätten uns nicht recht getraut; und außerdem sei wohl einmal eine günstige Gelegenheit gewesen, jemand aus dem Ausland habe uns helfen wollen, aber er sei dann krank geworden . . .“

Auch für den Verband Deutscher Studentenschaften ist der mitteldeutsche Aufstand kein genügender Grund zur Aktivität. Auf seiner Delegiertentagung in Heidelberg bestätigte er den alten Beschluß, daß man mit den Vertretern der sowjetzonalen Studenten nicht verhandelt solange u. a. die Freiheit der Lehre und Forschung nicht wiederhergestellt und die Beschränkung der Studienerlaubnisse nicht aufgehoben wird. Als „Bedingung“ wird dies ein x-tes Mal dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend mitgeteilt.

Steckt nicht dahinter die *reservatio mentalis* — die ruhige Gewißheit, daß jener Zentralrat weder willens noch gar zuständig ist, diesen Forderungen nachzukommen? Wir haben nichts davon gehört, daß westdeutsche Universitäten oder Studentenschaften in den Tagen des mitteldeutschen Aufstands und der großen Verwirrung unter den Ideologen, Professoren und Studenten der Sowjetzone Zusammenkünfte vorgeschlagen hätten, auf denen man über die neue Lage sprechen könnte. Hier hätten wir die Vertreter der Zone mit ihrem eigenen Vorschlag zu gesamtdeutschen Gesprächen beim Wort nehmen können, in einem Augenblick, da ihre eigene Regierungspolitik als völlig verfehlt und revisionsbedürftig erklärt worden war. Natürlich zweifeln wir, ob solche halboffiziellen Einladungen auch nur beantwortet worden wären. Aber das konnten wir von der Sowjetzone schon gelernt haben, daß Unermüdlichkeit in solchen Angeboten den Gegner unsicher machen kann.

Das ist nur ein Vorschlag, und wahrscheinlich nicht der beste. Aber es ist nicht die Forderung des Tages, das festzustellen. Sondern jeder von uns muß sich Gedanken machen, was wir jetzt — es ist nämlich wirklich ein historischer Augenblick — tun können.

Wir müssen einsehen lernen, daß die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht nur die Aufgabe der Großmächte ist. Die Arbeiter der Zone — die Sprachregulierung macht heute schon „die Menschen“ daraus — haben dramatisch demonstriert, was entschlossene Leute aus eigener Kraft vermögen, wenn sie sich nur entschließen, die Initiative zu ergreifen. Man sage nicht, das Eingreifen der russischen Panzer sei doch der beste Beweis, daß wir eben nichts vermögen. Es liegt an uns, ob wir etwas daraus machen. Ein berühmter deutscher Rundfunkkommentator, zur Zeit für den NWDR in Washington tätig, gab dieser Tage von Berlin aus ein Interview. Ihm war aufgefallen und bestätigt worden, daß die Sowjets sich in erstaunlicher Weise zurückgehalten hätten, und er knüpfte daran die Frage, warum man nicht versucht habe, zu Verhandlungen mit ihnen zu kommen, in einem Augenblick, da sie selbst die Pankower Regierung so gründlich desavouiert und radikale Kursänderungen in einem positiv zu beurteilenden Sinne vorgenommen hatten.

Hätte eine solche deutsche Initiative einen Verrat am

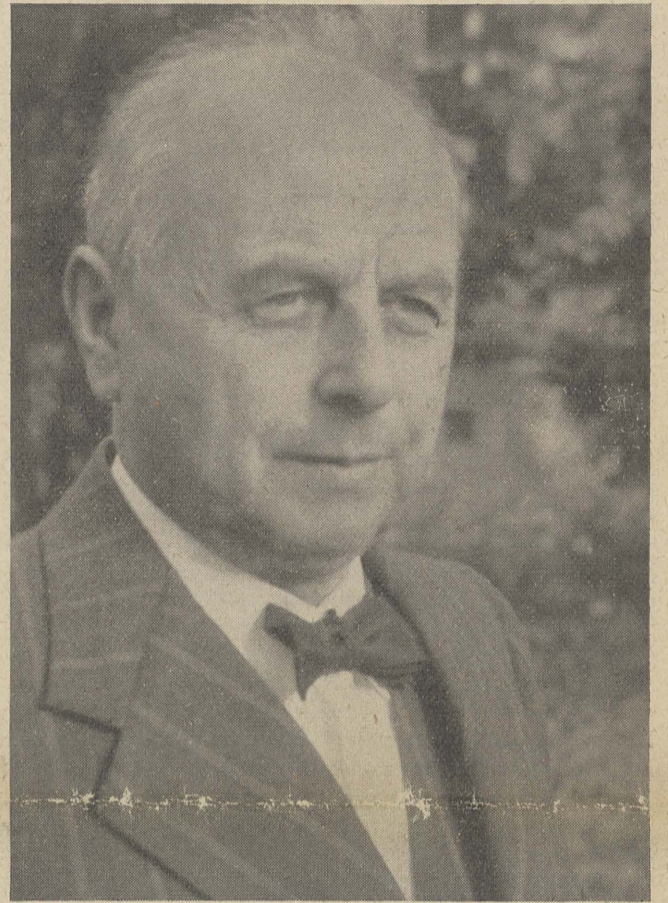
Westen bedeutet? Die Westmächte haben sich vertraglich verpflichtet, für die Wiederherstellung der deutschen Einheit einzutreten; alle westdeutschen Parteien verkünden, diese Aufgabe sei ihre dringendste. Aber wo steht es geschrieben, daß wir nichts dazu tun dürften? Das Risiko eines solchen Vorschlags war gleich Null. Die Russen hätten es ablehnen können, mit der Regierung in Bonn zu verhandeln. Sie hätten sich auch darauf einlassen können, die Westmächte konnten sich einschalten und zu ihrem Wort stehen. Das alles wissen wir nicht. Aber versäumt ist sicher die Möglichkeit, die Sowjets auf der Bahn einer Politik weiterzutreiben, die sie selbst eingeleitet hatten. Die Arbeiter Berlins und der Zone gaben uns das Signal zur Initiative — nicht zu einer kriegerischen, sondern zu der Initiative, Verhandlungen zu erzwingen, wenn der alte Zustand unhaltbar geworden ist. — Aber wir übten in diesen Tagen Besonnenheit, wir beteuerten unsere Anteilnahme und stifteten, wenn es hoch kam, einiges Geld. In denselben Tagen wurden Deutsche durch Standgerichte zum Tode verurteilt.

Unser schlechtes Gewissen sollte uns nicht schlafen lassen, solange wir vor uns selbst nicht sagen können, daß wir alles getan haben, um den Deutschen in der Zone zu helfen. Und wir haben fast nichts getan.

Haben wir nicht alle in jenen Tagen des Aufstandes zu wenig nachgedacht und uns als bloße Zeitungsleser betätigt? Und befinden wir uns nicht alle in einer verwirrten Ratlosigkeit? Aber wir können auch als studentische Staatsbürger unseren Teil zur großen Politik leisten. Wir können den ASTA, das Studentenparlament, die politischen Gruppen, die Korporationen aufrufen, sich mit den möglichen Konsequenzen des Aufstandes zu befassen. Sie alle können Prominente aus Bonn einladen, mit ihnen diskutieren, Vorschläge machen, Gedanken äußern. Wir müssen demonstrieren, daß wir nicht zufrieden sein wollen mit dem „wir können doch nichts tun“. Wir können damit die Parteien, die Regierung und die Opposition unter Druck setzen, zu überlegen, was sie und wir tun können. Wir müssen nicht die Patentlösungen parat halten. Aber wir müssen zeigen, daß wir unzufrieden sind. Jede Regierung muß unter Druck gehalten, muß dauernd mit der Meinung vieler aus dem Volk konfrontiert werden, damit sie nicht einfallslos und träge wird.

Haben wir in diesem Jahr das Recht, das Andenken der Aufständischen vom 20. Juli 1944 zu ehren? Sollen wir es damit verfälschen, daß wir zur gleichen Zeit sagen, sie haben recht getan, ihr Aufstand war notwendig und es war eine Schuld der übrigen Deutschen, daß sie nicht mit aufstanden — und untätig abwarten, wie es in der Zone weitergehen

„rector magnificus designatus“



Prof. Dr. med. Oskar Gans wurde für das Rektoratsjahr 1953/54 zum Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität gewählt. (siehe auch den Bericht Seite 11)

soll. Auch der mitteldeutsche Aufstand paßt nicht in das Konzept der Alliierten, genau so wenig wie der Aufstand der Stauffenberg, Haubach, Goerdeler, Moltke. Wir erinnern uns in Feiern an diesen Aufstand, weil er einer der wenigen Momente in unserer Geschichte ist, in denen man sich nicht gefragt hat, wer denn die zuständige Behörde für das Handeln sei. Jene Männer, und auch die Arbeiter von Berlin, Magdeburg, Leuna und vielen andern Orten der Zone haben uns das Beispiel gegeben, daß man auch in schwierigen, ausweglos scheinenden Situationen den Mut zum Entschluß haben muß, auch auf die Gefahr hin, daß er nicht zum Erfolg führt. Man muß ihn wohl überdenken. Aber wenn wir das tun, so machen wir wenigstens einen Anfang.

Heinz Biel

Achtzehn Monate Dienstzeit

Am 3. und 4. Juli 1953 fanden in Bonn Besprechungen zwischen Vertretern der Dienststelle Blank und einem vom VDS eingesetzten Informationsausschuß statt. Die politische Frage der Notwendigkeit eines Wehrbeitrages blieb dabei außerhalb der Diskussion. Aber es war nicht zu verkennen, daß viele der erörterten Fragen einen politischen Charakter trugen, so z. B. die Feststellung, daß „die europäische Integration erst auf der Korpssebene anfängt“; andererseits dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß viele Probleme, die wir als politische ansehen möchten, nach ihrer technischen Zweckmäßigkeit untersucht werden sollten — so etwa die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Grundlage der Information war das sogenannte Militärprotokoll, ein Anhang zum EVG-Vertrag. Auch die Vorschriften des Protokolls treten erst dann in Kraft, wenn der EVG-Vertrag in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und zum Gesetz geworden ist. Alles auf dieser Grundlage Behandelte hatte also ausgesprochen den Charakter erster Erwägungen.

Das Militärprotokoll schreibt eine Mindestdienstpflicht

von 18 Monaten vor. Daraus ergeben sich für den Studenten sofort mehrere Fragen: soll er seine Dienstpflicht vor, während oder nach dem Studium ableisten, wird das in seiner Wahl stehen, kann er die Dienstpflicht in mehreren Etappen, etwa während der Semesterferien erfüllen? Wenn man bedenkt, daß in manchen Fakultäten heute die Zeit vom Beginn des Studiums bis zum Abschluß und Eintritt in einen Beruf 8 bis 10 Jahre dauert, so ist allein die Aussicht, die Begründung der eigenen Existenz um weitere anderthalb Jahre hinausschieben zu müssen, erschreckend. Erst recht aber wäre eine Unterbrechung des Studiums um drei Semester gefährlich, denn nach einer so langen Zwischenzeit, ausgefüllt mit nichtgeistiger Betätigung, müßte das Vergessene und Entwöhnte erst wieder eingebracht werden.

Die Möglichkeit, die Dienstzeit in mehreren Etappen abzuleisten, scheint vorläufig ausgeschlossen, weil die militärische Ausbildung durch Unterbrechungen leiden würde. Allerdings wurde versichert, daß man Vorsorge treffen würde, um den heute Studierenden den Abschluß ihres Studiums nicht zu erschweren. Zurückstellungen und bei den

Älteren eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit sollen da helfen.

Für künftige Studierende scheint also die praktische Lösung die zu sein, daß sie unmittelbar nach dem Abitur freiwillig — nämlich noch vor dem wehrpflichtigen Alter von 20 Jahren — in die Armee eintreten und ihr Studium um anderthalb Jahre hinausschieben. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch dieser Vorschlag nichts an der Tatsache einer Konkurrenz zwischen militärischer und beruflicher Ausbildung ändert, die auf Kosten unserer künftigen Kommilitonen ausgetragen würde. Denn es scheint ja beschlossene Sache zu sein, daß das Studium in einzelnen Fakultäten — Jura, Wirtschaftswissenschaften und Medizin — um eines oder mehrere Semester verlängert werden soll. Der Verdienst, den der künftige Akademiker durchschnittlich erwarten kann, wird unter diesen Aspekten, nämlich einer Vorinvestition von zehn bis zwölf, und wenn man die Pennalzeit hinzurechnet, von vierzehn bis sechzehn Jahren kaum noch ein Äquivalent bieten. Umgekehrt wird die Herausschiebung der Finanzierung des eigentlichen Studiums durch anderthalb Jahre Militärzeit für den Vater des Studenten im Verhältnis zu seiner eigenen Leistungsfähigkeit oder heranrückenden Pensionierung zu einem bedenklichen Problem.

Zu diesem Thema gehört auch die Erwägung, daß Studenten nach den anderthalb Jahren Dienstpflicht die Gelegenheit gegeben werden soll, durch weitere Kurzlehrgänge während der Semesterferien einen Vorgesetzengrad zu erreichen. Der überwiegende Teil der Studenten ist heute — und wohl auch künftig darauf angewiesen, entweder Praktika in die Semesterferien zu verlegen, oder aber das Studium durch einen Erwerb in dieser Zeit finanzieren zu helfen. Das würde bedeuten, daß der Vorgesetzengrad letztlich den materiell Bessergestellten vorbehalten bleibt, sofern nicht die europäische Armee die erforderliche Anzahl von Stipendien bereitstellt.

Die allgemeine Dienstpflicht ist eine Grundforderung. Sie scheint auch nach dem EVG-Vertrag der Zuständigkeit nationaler Behörden entzogen zu sein. Ein studentischer Vertreter hielt es auch für nicht unzweckmäßig und sozialpädagogisch nützlich, daß die künftigen Akademiker die Dienstpflicht vor dem eigentlichen Studium — also in einer neuen Art von „studium generale“ — absolvieren.

Aber es scheint mir wichtig, daß wir diese Frage nicht nur politisch oder pädagogisch, sondern ebenso nach ihrer technischen Seite hin beleuchten. Schon jetzt erwägt man, eine Reihe von Spezialberufen von der Dienstpflicht zu befreien, wenn es für die Aufgaben des Staats und der Wirtschaft dienlich ist. Es wurde auch betont, daß es sich im allgemeinen um technisch-spezialisierte Waffenausbildung handeln werde. Wenn man diese Grundsätze konsequent auch für den Akademiker anwenden will, so läßt sich durchaus mit Wahrscheinlichkeit vermuten, daß in einem künftigen Ernstfall der Bedarf an Ärzten, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern so enorm sein wird, daß die wenigsten von ihnen für den unmittelbaren Dienst mit der Waffe verfügbar sein werden. Hat es unter diesen Umständen einen Sinn, auf dem Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht auch für die Studenten solcher Fächer zu beharren? Man darf hinzufügen, daß die hohen Kosten für die Ausbildung jedes einzelnen Soldaten in diesen zehntausenden von Fällen noch zu dem Verlust an Zeit hinzuzurechnen wären.

Ich bin mir bewußt, daß hier das Schlagwort von den Privilegien der Akademiker fallen wird. Aber dem ist einiges entgegenzusetzen.

Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht entstammt einer Zeit, in der im Falle eines Krieges nur der Dienst mit der Waffe als allgemeiner Dienst am Staate möglich war. Eine „totale Verteidigung“, in der uns ein künftiger Krieg vor-

bereitet finden sollte, erfordert aber eine außerordentlich differenzierte Bewirtschaftung des Menschen. Ein großer Teil der Bevölkerung wird für Tätigkeiten eingesetzt werden müssen, die keine militärische Ausbildung nötig machen. Dagegen braucht dieser Spezialeinsatz eine gründliche technische oder berufliche Ausbildung. Sie in Zeitkonkurrenz zur militärischen zu setzen, wäre verlorener Aufwand.

Ich bin mir allerdings klar darüber, daß es kein parlamentarisches Gremium so leicht wagen wird, diesem technisch begründeten Gedanken zur politischen Verwirklichung zu verhelfen. Es besteht eine Psychose, daß es grundsätzlich allen gleich gehen soll, und daß jeder, der vom gleichmachenden Dienst ausgenommen wird, damit auch ein Privileg erhalte — das allerdings im Zeitalter des Luftwaffen- und Atomkrieges mehr als fragwürdig geworden ist. Oder sollte etwa das Verlangen nach gleicher Behandlung sich nur auf die Ausbildung beziehen? Jedenfalls zwingt uns Studenten die Tatsache einer immer länger ausgedehnten akademischen Ausbildung dazu, dies Problem, wenigstens für die obengenannten Fächer, als ein technisches aufzuwerfen. Wir halten eine solche Forderung nicht für ein Privileg im Sinne einer ungerechtfertigten Überforderung, sondern für einen notwendigen Ausgleich.

Grundsätzlich nimmt nämlich das Militär-Protokoll auch das weibliche Geschlecht von der Dienstpflicht aus. Aber schon der letzte Krieg hat den Unterschied zwischen den Frauen und den Männern, die hinter der Bodenfront kriegswichtige Aufgaben in der Produktion, dem Nachrichtenwesen, der Verwaltung usw. erfüllten, aufgehoben. Es ist moralisch und physiologisch durchaus richtig, den Gebrauch der Waffen und die unmittelbare Berührung mit dem Feind Männern allein zu überlassen. Aber die Idee der „totalen Verteidigung“ greift ja auch in das Hinterland ein und stellt alle seine Bewohner, ohne Unterschied des Geschlechts, an den Platz, der im Interesse der Verteidigung richtig erscheint.

Aufs Neue befremdet hat uns die an sich schon bekannte Mitteilung, daß die Divisionen der Europa-Armee national homogene Einheiten sein sollen. Das bedeutet also das Ende der Vorstellungen von einer europäisch-, integrierten“ Armee oder, naiver ausgedrückt, daß die Möglichkeit, im Laufe der Dienstzeit auch andere europäische Länder und Nationen in engerem Kontakt zu erleben, — zumindest für uns Deutsche — ein seltener Glücksfall sein wird. Denn es heißt zwar, daß einzelne Soldaten zwischen den nationalen Einheiten ausgetauscht werden sollen. Ob dieser Austausch aber wohl je das Volumen des derzeitigen akademischen Austauschs erreichen wird?

Vorläufig jedenfalls scheint eine Behinderung des letzteren zu drohen, wenn nämlich für die Wehrpflichtigen längere Aufenthalte erst durch die zuständigen Wehrkreisbehörden genehmigt werden müssen. Es sollte genügen, für Reisen in EVG-Länder eine einfache Abmeldepflicht einzuführen.

Zum Abschluß möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß hier nur erste Erwägungen über eine künftige Militärorganisation zur Sprache gebracht wurden, soweit es sich nicht um die schon im EVG-Vertrag und im Militärprotokoll festgelegten Gesamtregelungen handelt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Dienststelle Blank sich zu einer ausführlichen Diskussion über diese Themen mit Vertretern der deutschen Studentenschaft bereitgefunden hat. Wir gewannen durchaus den Eindruck, daß die Dienststelle Blank „etwas Sauberes und Ehrliches hinstellen will“, wie es einer ihrer Vertreter im Gespräch formulierte. Darum ist es also auch um so mehr unsere Pflicht, unsere besonderen Schwierigkeiten in dieser Frage offen und klar zum Ausdruck zu bringen.

Günther Gruppe

stimmten Voraussetzungen möglich sein. Es wäre möglich, eine dreimalige Rückstellung um jeweils 1 Jahr zuzulassen. Bei der dritten Überprüfung soll eine endgültige Entscheidung darüber gefällt werden, ob der Dienstpflichtige weiter zurückgestellt werden kann. Eine Berufungsmöglichkeit gegen Entscheidungen der Kommission ist vorgesehen.

Als obere Altersgrenze für die 18monatige Dienstpflicht wird das Alter von 25 Jahren diskutiert.

Von studentischer Seite wurde vorgebracht, daß es anzustreben wäre, dem Studenten die Wahl zu lassen, entweder vor dem Studium seinen Wehrdienst abzuleisten (was von militärischer Seite bevorzugt werden dürfte) oder nach dem Abschluß des Studiums seiner Dienstpflicht zu genügen, wie dies u. a. in England und Italien der Fall ist.

Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die verschiedenen Studiengänge von unterschiedlicher Dauer sind, und z. B. ein Chemiker u. U. sehr viel älter als 25 Jahre wird, bis er sein Studium beendet hat und damit evtl. nur 4 Monate Wehrdienst zu leisten hätte, während andere Angehörige seines Jahrganges 18 Monate Dienst zu leisten hätten. Jedoch ist zu beachten, daß eine Sonderregelung für die Studenten im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gliederung des gesamten Volkes gesehen werden muß.

Die Entscheidung über Zurückstellungen soll einer örtlichen Kommission überlassen werden, der außer dem Leiter der zuständigen Ersatzbehörde Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung und gewählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören sollen.

Der Wehrpflichtige steht im Alter von 18—45 Jahren unter der sog. „Wehrüberwachung“. Daraus ergibt sich, daß die Wehrpflichtigen u. U. vor einer länger dauernden Auslandsreise eine Genehmigung beantragen müssen.

Die einzelnen Truppenteile bis zur Division werden auf nationaler Basis aufgebaut werden. Erst das Armeekorps wird sich aus Verbänden verschiedener Nationen zusammensetzen. Ein Austausch einzelner Soldaten soll ermöglicht werden.

Das Recht der Kriegsdienstverweigerung soll entspr. Mil.-Prot. national geregelt werden. Bei der Lösung dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß grundsätzlich eine Ersatzdienstleistung von den Kriegsdienstverweigerern gefordert werden dürfte. Über die Richtlinien einer Überprüfung und die Zulässigkeit von nicht-religiösen Begründungen für die Kriegsdienstverweigerung wird noch diskutiert.

Die Krise der Fortschrittsidee

Wie kann der Mensch, vor allem aber der Arbeiter, das aufbewahren oder zurückgewinnen, wofür er heute zu den Waffen gerufen wird, wie steht es mit der Freiheit des Menschen angesichts der jetzigen technisierten Welt, der Automatismen, des Betriebes, der sich nicht nur in den Fabriken abspielt, sondern ebenso in der „Freizeit“, wie kann der Arbeiter sein Menschsein behalten, in wie weit ist der Fortschritt als ein wahrer Fortschritt anzusehen? Dies sind Kernfragen der gegenwärtigen Gesellschaft, wie Professor Horkheimer in seinen einleitenden Worten zu dem Vortrag von Professor Georges Friedmann (Paris) im Institut für Sozialforschung erläuterte.

Professor Friedmann legte die verschiedenen Aspekte der Idee des Fortschritts und ihrer gesellschaftlichen Funktion dar, um den Weg anzudeuten, welcher zu einer konstruktiven Haltung dem Fortschritt gegenüber führen kann. Die am Ende des 19. und während des Beginns des 20. Jahrhunderts allgemein verbreitete Fortschrittsgläubigkeit findet man heutzutage nur noch in Sowjetrußland. Überall im restlichen Europa befindet sich die Idee des Fortschritts in einer schweren Krise, deren erste Anzeichen schon in den Werken von Baudelaire, Renouvier und Renan zu finden sind. Diese Krise hat nach 1945 ihren Höhepunkt erreicht. Die Intelligenz hat das Vertrauen zu sich selbst verloren. Aber jeden Menschen quält heute das Gefühl, in einer bis ins Sinnlose und Unmenschliche bürokratisierten und mechanisierten Welt zu leben. Man spricht von einer „Entseelung“ der Arbeit, die darin besteht, daß die Arbeit immer weniger an die Denkfunktionen des Menschen appelliert. Der Mensch soll dadurch „befreit“ werden, daß man seine Arbeit bis ins kleinste zerstückelt und mechanisiert. Aber gerade damit treibt man diese „Entseelung“ der Arbeit am weitesten.

Aus dieser Perspektive den technischen Fortschritt einfach ablehnen zu wollen, scheint ebenso falsch wie die früheren Fortschrittsillusionen. In der Idee des Fortschritts sind vier verschiedene Aspekte klar voneinander abzuheben: Es gibt ihren wissenschaftlichen, den technischen, den sozialen und schließlich den moralischen Fortschritt. Die Annahme, daß diese vier Aspekte so eng aneinander geknüpft seien, daß mit dem einen der andere automatisch sich vollziehe, der Glaube also an eine automatische Auswirkung des Technischen Fortschrittes auf die gesellschaftliche und moralische Sphäre war die Grundlage jener Fortschrittsillusion.

Aber die Rationalisierung hat zu einer Entwürdigung der Persönlichkeit derer geführt, die nur noch einen Griff zu machen haben oder durch Lohnherabsetzung einen niedrigeren Anteil an den produzierten Gütern erhalten. Auch der moralische Fortschritt ist nicht allein der Schlüssel zu einer gerechteren Gesellschaft. Probleme wie die des Alkoholismus, des sexuellen Verhaltens hängen von den gesellschaftlichen Bedingungen, unter anderen von den Wohnbedingungen ab. Ebenso wenig bringt der soziale Fortschritt automatisch die gewünschte Lösung mit. Zwar müssen alle die Menschen, die an dem Produktionsprozeß sich beteiligen, aktiv an ihm teilnehmen können: in dieser Hinsicht ist das Mitbestimmungsrecht den Arbeitern nicht abzustreiten. Zwar muß auch eine gerechtere Verteilung der produzierten Güter möglich gemacht werden. Jedoch sind diese Voraussetzungen nicht die einzigen.

Der technische Fortschritt, so erklärte Professor Friedmann, schließt weder den moralischen noch den sozialen Fortschritt aus. Unter gewissen Voraussetzungen enthält er sie sogar. Diese Bedingungen herauszuarbeiten ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Dabei müssen die zwei Aspekte des modernen Lebens berücksichtigt werden, die Produktionssphäre und Freizeit. In der Produktionssphäre sollte keine Situation geschaffen werden, die den Mensch von seiner Arbeit in irgendeiner Weise entfremdet. Eine aktive Teilnahme der Arbeiter an der Leitung des Betriebes sowie das Vermeiden einer übertriebenen Zerstückelung der Arbeit sind erste Schritte in dieser Richtung. Außerhalb der Arbeitssphäre sollte jedem Menschen die Möglichkeit gegeben werden, seinem Bedürfnis nachzugehen, etwas zu vollenden und sich auszudrücken. Menschliche Lebensbedingungen sind dafür die erste Voraussetzung.

Diese Vorschläge zeigen, daß die moderne Soziologie sich nicht mehr auf eine diagnostische Neutralität beschränkt. Sie versucht, eine Therapie aus der Diagnose abzuleiten. Daß ihr dies Bemühen oft abgesprochen wird, besonders auf dem Gebiet der industriellen Soziologie, hängt zweifelsohne damit zusammen, daß die Therapie mit den Interessen gewisser Wirtschaftler in Konflikt gerät.

A. P.

Bericht des Informationsausschusses für Dienstpflichtfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften

Am 3./4. Juli 1953 fand in Bonn eine Sitzung des von der 18. ordentlichen Delegierten-Konferenz eingesetzten Informationsausschusses für Dienstpflichtfragen statt. Zu Beginn und Abschluß der Sitzung hatte der Ausschuß Gelegenheit, mit zwei Herren der Dienststelle Blank Rücksprache zu nehmen. Bei dem folgenden Bericht sind als Voraussetzungen zu beachten:

1. Es wurde nicht über die politische Frage der Notwendigkeit des Wehrbeitrages diskutiert.
2. Über den Wehrbeitrag und über die Art seiner Durchführung kann nichts Abschließendes gesagt werden, solange nicht
 - a) jeder Teilnehmerstaat die EVG-Verträge ratifiziert hat,
 - b) ein Wehrgesetz und ein Freiwilligengesetz erlassen ist (das Freiwilligengesetz bringt die Bildung der sog. Kader oder Stämme aus Berufssoldaten und längerdienenden Freiwilligen, das Wehrgesetz ist der Rahmen für die allgemeine Wehrpflicht).

Da weder bekannt ist, bis wann alle Länder die Verträge ratifiziert haben werden, noch die Möglichkeit besteht, vor dieser Ratifizierung in der Bundesrepublik Wehr- und Freiwilligengesetze zu erlassen, konnte sich der Ausschuß nur mit den Problemen befassen, die sich evtl. aus bestimmten Maßnahmen und Gesetzen im Rahmen der EVG-Verträge ergeben könnten, wenn diese zur Wirksamkeit gelangen sollten.

Das Militärprotokoll des EVG-Vertrages besagt, daß jeder wehrpflichtig ist, sofern er für psychisch und physisch tauglich befunden wird. Die Mindestdauer der Wehrpflicht ist mit 18 Monaten angegeben. Folgende Ausnahmen von der Wehrpflicht sind nach Artikel 12 § 1 des Militärprotokolles möglich:

1. Körperliche oder geistige Untauglichkeit
2. Wehrunwürdigkeit
3. Weitere Ausnahmen, die sich aus den Sonderbestimmungen der Fassungen oder den Gesetzen der Mitgliedstaaten ergeben.

Nach Art. 13, § 3, Abs. 2 des Mil.-Prot. sind Zurückstellungen bis zu einem bestimmten (vom Mitgliedstaat festzusetzenden) Alter möglich aus sozialen, wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen, wodurch aber nicht die Schlagkraft der Kontingente beeinträchtigt werden darf. Weiter geht aus dem Mil.-Prot. (Art. 12, § 3) hervor, daß die Erfassung und Musterung der Wehrpflichtigen in den Kompetenzbereich der einzelnen Mitgliedstaaten fällt. Die Regelung aller Maßnahmen, die den Mitgliedstaaten überlassen worden sind, wird in der Bundesrepublik von Bundestag und Bundesrat vorgenommen werden. Nach den vorläufigen Informationen des Ausschusses sind folgende Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen:

Musterung und Erfassung der Wehrpflichtigen soll von zivilen, dem Verteidigungsministerium unterstellten Behörden vorgenommen werden.

Man könnte daran denken, die Einberufung in drei Gruppen zu vollziehen:

1. Die etwa 20jährigen für eine 1½jährige Dienstzeit (Alter bezogen auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetze). Dessen ungeachtet ist die Möglichkeit gegeben, seine Wehrpflicht schon mit dem 18. Lebensjahr abzuleisten. Dies würde bedeuten, daß der Abiturient schon vor Beginn des Studiums seiner Dienstpflicht nachkommen kann.
2. Ältere Jahrgänge, soweit sie noch keine militärische Grundausbildung erfahren haben, für eine evtl. 4-monatige Ausbildungszeit. Aus militärischen Gründen scheint es nicht möglich zu sein, entsprechend den Semesterferien die evtl. 4-monatige Dienstzeit beispielsweise in 2 Terminen abzuleisten.
3. Ältere Jahrgänge, die bereits eine militärische Grundausbildung hinter sich haben, für Umschulungsübungen. Eine Zurückstellung von der 1½jährigen Dienstpflicht wird aus sozialen, beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen unter be-

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Udo Kollatz, Helmut Lamprecht, Karl-Heinz Liebe, Werner Schaffernicht, Wolfgang Wirsig.

Korrespondent in Marburg: Johannes Gross.

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1952/53 und Sommersemester 1953 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

„Gott mit uns“

Seit Jahrhunderten betreibt man das politische Geschäft mit dem Glauben an Gott. Im Namen der Religion, welche das „Liebe Deine Feinde“ zum sittlichen Postulat erhebt, werden die Waffen gesegnet. „Gott mit uns“ stand lange Zeit auf den Koppelschlössern der deutschen Soldaten. Aber auf der anderen Seite sah's mit der religiösen Abgeschmacktheit nicht besser aus. „Forward christian soldiers“ sang Churchill mit Roosevelt auf dem Ozean, aber das hat die Flüchtlingmassen, die durch Dresden zogen, nicht vor den Bomben bewahrt.

Man sollte doch, wenn man Politik macht, oder wenn es einem um die Macht zu tun ist, von der Jakob Burckhardt einmal sagte, daß sie immer böse sei, Gott endlich aus dem Spiele lassen. Dem Diktator Franco wollen wir es nicht übel nehmen, wenn er seine Reden mit christlichen Kreuzzugsideen dekoriert. Aber inzwischen haben wir erfahren, daß sich unser Bundeskanzler von dem Caudillo in diesem Punkte nicht unterscheidet. Am 5. Juli hielt Dr. Adenauer vor dem Katholischen Männerwerk eine Rede, in der er behauptete, Deutschland sei von Gott die Aufgabe gestellt worden, Westeuropa und die abendländische Christenheit zu retten. Uns ist von einem göttlichen Auftrag bis heute noch nichts bekannt. Wir harren noch der Erleuchtung. Aber wir fragen uns, seit wann bezieht unser Bundeskanzler solche Botschaften aus dem Jenseits, die einer Jeanne d'Arc würdig wären? Sie könnten doch den fatalen Anschein erwecken, als pflege er eine ganz private Korrespondenz mit dem lieben Gott, die er dem Bundestag schamvoll verschweigt. Andererseits treibt dieser Einfall von einem göttlichen Auftraggeber doch die demokratische Opposition zum theologischen Frevel. Denn wie soll sie es wagen, die politische Linie Dr. Adenauers zu kritisieren, wenn sie es zugleich auf sich nehmen muß, ein Sakrileg zu riskieren? Das deutsche Volk weiß nichts von seiner neuen Auserwähltheit. Wir sind der Meinung, daß unser Bundeskanzler in politischer Eigenschaft auf den Glorienschein verzichten sollte.

Eberhard Humbert

Si est ita — non est vita

Man kennt allgemein den famosen Wahlspruch Göttingens: Extra Gottingia non est vita — si est vita non est ita. Ja, im Leinestädtchen hat man auch Grund zu solchem Lokalstolz. Der Aphoristiker Lichtenberg, der Leonore-Dichter Bürger, der Hainbund, die Göttinger Sieben, die Nobelpreisträger, Filmaufbau und Theater und last not least die Georg-August-Universität. Das wären einige Stichworte. Und weil in Göttingen ein echtes deutsches Klima herrscht, wird auch alleweil mit Lust protestiert. Es gab Demonstrationen gegen Harlan, als er sein come-back feiern wollte, und 1949 zogen die Studenten in dichten Scharen auf die Straße, um zu bekunden, daß sie von Remer und seinem Nationalismus nichts wissen wollten. Das ist schon lange her. Inzwischen ist auch an Göttingen die Restauration nicht spurlos vorüber gegangen. Vivant Humpen, Commersbuch und der volle Wachs auf der Straße! Es fing so harmlos an. Leise

zögernd Mütz und Band, heimliches Treffen auf ländlichen Paukböden, und des abends ließ man lt. Commersbuch dann den wackeren Kurfürsten Friedrich von der Pfalz sich stundenlang im Bette wälzen. Zur Freude der Gastwirte und zum Erstaunen der Passanten. Jetzt feierte man Göttingens Jahrtausend. Und so galt es denn auch: Burschen heraus! Trotz dem Versprechen, das sie dem Rektor gegeben hatten, zogen 600 Korporierte in vollem Wachs auf die Straße. Es gab Gegendemonstrationen mit Bierdeckeln auf dem Kopf und Leukoplast auf der Wange und dem Sprechchor: „Mit einem Korpsband zieht die Blase ein ganzes Volk an seiner Nase“. Und — es gab Verwundete. Das Volk von Göttingen hatte seine Freude an den Circenses und sympathisierte zum großen Teil mit den Colorierten. Der Rektor der Universität, Prof. Heimpel, sagte in seiner mitternächtlichen Ansprache vor den Gegendemonstranten auf dem Wilhelmsplatz, er als Bayer habe Göttingen als seine zweite Heimat empfunden, wenn aber jetzt bei einem solchen Fackelzug ausgerufen werde, jetzt beginne wieder die „Kampfzeit“, dann müsse er sagen, dies ist meine Heimat nicht mehr.

Die vita nova intra Gottingia scheint uns von der fidelen Art des Lebens, das einer „in die Bude bringt“, zu sein, — mit Budenzauber und Belästigung der Mitbewohner; aber auch gewürzt von der mörderischen Harmlosigkeit derer, die bloß durch irgend eine Gelegenheit an „Tausend Jahre“ erinnert zu werden brauchen, um auch schon wieder über dem eigenen kleinen Mannesdünkel zu vergessen, daß dieser westdeutsche Fortschritt in die Vergangenheit eine infame Verhöhnung derer ist, die wenige Meilen weiter östlich um die Rückkehr in eine menschlichere Gegenwart kämpfen.

Wolfgang Wirsig

Mißverständene Integration

„Deutsche Panzer im Sonnenbrand, ziehen in die Schlacht gegen Engelland“, summen viele mit. Zwei Stunden lang begleitet dieses Lied einen neuen Dokumentarfilm „Das war unser Rommel“. In der Voranzeige nennt der Sprecher die Hauptdarsteller: Churchill, Marschall Montgomery, und dann, mit erhobener Stimme, Feldmarschall Rommel und das deutsche Afrikakorps. Die alliierten Truppen werden nicht genannt.

Der Film wird nicht 1943 gezeigt, sondern 10 Jahre später. Im Zeichen der europäischen Integration zieht man in Deutschland schon wieder singend in die Schlacht gegen Engelland. Was sollen solche Filme heute überhaupt für einen Sinn haben? Das Hohelied des deutschen Afrikakorps soll gesungen werden, das Hohelied eines fairen Kampfes zwischen ritterlichen Gegnern. Aber muß das überhaupt geschehen? Soll etwa schon wieder die Platte aufgelegt werden: es war ja eigentlich alles gar nicht so schlimm? Und merkt man nicht, daß man Verrat an der Idee einer europäischen Integration begeht, wenn man Stimmungsmusik macht zu den Erinnerungen an den unfernen Kampf gegen Völker, mit denen man sich vereinigen will? Man wird sagen, wenn wir den Kampf des deutschen Afrikakorps darstellen, dann gehört dieses Lied eben dazu. Aber wenn es so ist, dann soll man auf die Darstellung dieser Dinge eben verzichten. So schön ist die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg nicht, als daß wir sie nicht missen könnten, in Kinos, in Illustrierten und anderswo.

Karl-Heinz Liebe

Sie trafen sich in der Heide

Das Wiedertreffen ist große Mode geworden. Man trifft sich aber nicht nur, man fordert auch. In Niedersachsen geht man dabei mit gutem Vorbild voran. Jetzt soll bald auch der Bund der Entnazifizierungsgeschädigten auf Bundesebene gegründet werden. Dann will man seinen Forderungen schon den richtigen Nachdruck geben. Namhaften Vertretern will man zur Wahl in den Bundestag verhelfen, dort sollen sie in die Rechtsausschüsse eindringen, denn hier werden die Gesetze vorbereitet. Was aber fordern diese

Entnazifizierungsgeschädigten (die Schädigung war an den dicken Wagen, mit denen die meisten vorfuhren, deutlich zu erkennen)? Sie verlangen angemessene Entschädigung für erlittene Unbill und für Freiheitsentzug und wirtschaftliche Schäden. Man habe ja Vorbilder für dergleichen Aufgaben, siehe Entschädigung der Kz.-Häftlinge. — Hier liegt des Pudels Kern. Ganz abgesehen davon, daß es eine Schamlosigkeit ist, wenn diese Leute das Wort Kz.-Häftling in diesem Zusammenhang im Munde führen, ist es geradezu eine Injurie, diesen Vergleich zu wagen. Millionen unschuldiger wurden nur ihrer Rasse, ihrer Nationalität, ihres Glaubens oder ihrer Meinung wegen gefoltert, geschlagen, zu tode getreten und vergast. Und jetzt stellen die, die an diesen bestialischen Greueln der Weltgeschichte zumindest doch durch ihr Mitwissen mitschuldig waren, die Forderung auf gleiche Entschädigung, wie die der wenigen Überlebenden der Grausamkeiten ihres Regimes. Was ist nicht alles möglich in der Bundesrepublik?

Laissez faire, laissez passer, laissez aller und so weiter bis zur Machtergreifung?
Alfred Müller

An die Abonnenten des DISKUS

Ende dieses Semesters läuft ein Teil der Jahresabonnements auf den DISKUS ab. Denken Sie bitte rechtzeitig an die Verlängerung. Sie ersparen sich Ärger und uns Kosten und Mühe. Den Abonnementspreis können Sie bei unseren Verkäufern oder unserer Geschäftsstelle unter Abgabe des Bestellscheins einzahlen.

BESTELLSCHEIN

Liefere Sie mir bitte weiterhin den

DISKUS

Frankfurter Studentenzeitung

zum Preise von DM 1,— pro Jahr zuzügl. DM —,50 Zustellgebühr.

Den Abonnementspreis habe ich bezahlt.
werde ich überweisen.

Name:
Wohnort:
Postamt:
Straße:

„Filmkomiker“ zwangsweise

Es ist nun ein halbes Jahr her, daß wir mit großer Begeisterung „Filmfreunde“ wurden, aber bei dem hier vorliegenden Programm Juli/August des „Filmfreunde-Kreises“ hört die Freundschaft auf. Mich stören diese schmalen, schwarzen Rahmen um die Filme, die mich am meisten von allen angekündigten interessieren. In der letzten Vorschau des Mai/Juni-Programms hatte ich die Titel noch mit Vorfreude gelesen, und jetzt sind sie mir, dem „Filmfreund“, nur durch den oft unmöglichen Griff ins Portemonnaie zugänglich. Nichts gegen die „Filmkomiker“ und die „Europäischen Landschaften“, aber diese Vorführungen werden doch nachweislich nur von einem geringen Prozentsatz besucht.

Sollte es da nicht doch angebracht sein, den Freunden der guten Spielfilme entgegen zu kommen und diese im Abonnement zu zeigen? Ursprünglich war es wohl auch beabsichtigt, wir mußten es jedenfalls bei der Ankündigung der neugeplanten Reihen so auffassen und waren begeistert — damals. Gewiß, es ist interessant, die Entwicklung des Films an Beispielen zu erleben, die Filmkomiker kennenlernen und sich an bekannten wieder zu erfreuen — aber bitte nur, wenn ich will. Nicht mit dem Gefühl hingehen zu müssen, es ist ja meine bezahlte Vorstellung, schade, wenn ich es verfallen lasse. Nein, diese Spezialreihen sollten von Liebhabern freiwillig besucht werden können.

A. R.



RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37-39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27

Niederlassungen an 52 Plätzen



„Die Massen überzeugen!“

Die Ereignisse des 17. Juni in Ost-Berlin und der Sowjetzone mit ihren Auswirkungen auf die sowjetisch gelenkten Staaten sind nicht zuletzt so sensationell gewesen, weil sie nicht nur eine Lücke in der Macht und der Theorie der Sowjets darstellen, sondern weil sie auch den verschiedenen Theorien bzw. Auffassungen der westlichen Welt über die Sowjetmacht widersprechen. Wenn hier das Verhalten des SED-Politbüros mit Ulbricht an der Spitze dem Aufstand der Arbeiter gegenüber untersucht werden soll, muß zuerst auf die politischen Veränderungen innerhalb der Sowjetmacht nach dem Tode Stalins hingewiesen werden.

Das Ableben Stalins hat eine gewaltige Veränderung in die Machtverhältnisse des Kreml gebracht, denn seine Nachfolge als Alleinherrscher über $\frac{1}{6}$ der Erde hat niemand angetreten, auch der Sturz Berijas muß nicht unbedingt der Beweis dafür sein, daß die Alleinherrschaft Malenkows oder Molotows bevorstehe. Seit Monaten propagiert Moskau die Kollektivität der Parteileitungen. Die „Prawda“, bolschewistisches Zentralorgan, schrieb am 16. April 1953:

„Eines der Hauptprinzipien der Leitung der Partei ist die Kollektivität bei der Lösung aller entscheidenden Fragen der Parteiarbeit. Man kann nicht richtig leiten, wenn in einer Parteiorganisation die innerparteiliche Demokratie verletzt wird, wenn es keine wirkliche kollektive Leitung gibt . . . Von einzelnen gefaßte Beschlüsse sind immer oder fast immer einseitige Entscheidungen . . . Man begegnet bei uns noch Leitern, die gegen das Prinzip der Kollektivität verstoßen, indem sie wichtige Fragen selbst, ohne Beteiligung der Mitglieder des Parteibüros, lösen . . . Alle wichtigen prinzipiellen Beschlüsse jedoch müssen, ehe sie gefaßt werden, unbedingt von den Mitgliedern des Parteikomitees erörtert werden . . . Gerade in einer solchen Umgebung beginnen einzelne Leiter sich so zu verhalten, als ob nur sie allein in der Lage wären, etwas als schlecht oder als gut zu beurteilen, und als ob die anderen ihre Meinung lediglich zu unterstützen brauchten. In einer solchen Atmosphäre wird ein günstiger Boden für Prinzipienlosigkeit, für die der Partei fremden Sitten der Kriecherei und der Speichelleckerei geschaffen.“

Diese Ausführungen der Prawda kann man als die ideologische Grundlage der neuen Machtpolitik des Kreml ansehen. Der Sowjetapparat ist von der Theorie abhängig, aber nicht so, wie die Bolschewisten lehren, daß sich nämlich alles aus ihrer Theorie ergibt, sondern ihre Thesen haben die Aufgabe, ihre Handlungen zu rechtfertigen oder die Tätigkeit der Parteileitungen und des Staatsapparates zu bestimmen. Mit ihren Theorien müssen die Sowjets selbst rechnen, da die propagierten Ideen im Bewußtsein der Menschen eine Macht darstellen. Die Meinungsbildung innerhalb der Partei- und Staatsfunktionäre und der gesamten Bevölkerung ist eine der Hauptstützen der Sowjetmacht, so daß die Hauptfunktion der Partei die Beeinflussung der Massen ist. Bisher herrschte nach dem Vorbild Stalins das „Führerprinzip“, aber nun müssen die Leitungen der kommunistischen Parteien innerhalb aller Ostblockstaaten der Struktur der Kreml-Macht angepaßt werden, und so begann Moskau mit der Umerziehung zur Kollektivität.

Wenn die Prawda von Kollektivität spricht und von innerparteilicher Demokratie, so bedeutet das lediglich eine Abkehr vom Stalinkurs: das Prinzip des „Zentralismus“, daß die „gewählten“ Leitungen von oben nach unten bestimmen, wird in keiner Weise aufgehoben. Es ist nur die Rede davon, daß Beschlüsse vom gesamten Parteikomitee und nicht von einem einzelnen, vielleicht dem Generalsekretär, gefaßt werden.

Diese Umerziehungsarbeit ist nicht leicht, da sich die Führerfunktionäre nach Stalins Vorbild dem Kreml-Kollektiv gegenüber als reaktionär erweisen. Vor allen Dingen sind mit den neuen Herrschern auch neue Auffassungen, die im krassen Gegensatz zum Stalinismus stehen, eingezogen, was sich grundsätzlich auf die abhängigen kommunistischen Parteien und Regierungen auswirken mußte. So kam es, daß Ulbricht seine Sowjetisierungspläne, seinen Fünfjahresplan aufgeben mußte. Die SED beschloß den „kühnen“ neuen Kurs, und in Ulbrichts Rede zur Erläuterung dieses neuen Kurses gab der mächtige Generalsekretär zu, seine Partei, die bisher immer Recht gehabt hat, hätte Fehler gemacht: In dieser Rede finden wir auch den Niederschlag des Prawda-Artikels, der zum erstenmal in der Geschichte der SED mit 3 Tagen Verspätung und dann noch gekürzt in

ihrem Zentralorgan „Neues Deutschland“ erschienen war. Ulbricht lernt nur langsam um:

„Einer der Gründe, warum sich bei uns bestimmte Fehler entwickeln konnten, ist die Tatsache, daß vielfach die innerparteiliche Demokratie verletzt wurde, und in den Parteimitgliederversammlungen viele Zitate vorgetragen wurden, aber wenig lebendiger Meinungs austausch über den tieferen Sinn unserer Politik, über den Inhalt der Beschlüsse und die besten Methoden ihrer Durchführung.“

Nachdem der Generalsekretär etwas Selbstkritik geübt hat, versucht er sich aber gleich wieder zu entschuldigen und kritisiert die anderen:

„Es ist einer der wesentlichen Fehler der leitenden Funktionäre der Partei und des Staatsapparates, daß sie ihre Arbeit nicht genügend elastisch durchführen, daß sie nicht von den Ratschlägen Lenins und Stalins ausgehen, daß man die Massen überzeugen muß, daß man keine Maßnahmen durchführen kann, die man nicht den Massen erklärt hat und die Massen dafür gewonnen hat.“

Nach Meinung Ulbrichts ist also die bisherige Linie der Partei, nämlich die überschnelle Sowjetisierung, vor allem deswegen falsch gewesen, weil die Partei den Arbeitern nicht oft genug erzählt hat, Sowjetisierung sei gut. Von der Normenerhöhung, die nach wenigen Tagen einer der Hauptgründe für den Streik wurde, sprach Ulbricht bei diesem Kurswechsel nur nebenbei.

Aus dem bisher Gesagten läßt sich ersehen, daß die Theorie von dem wissenschaftlich folgerichtigen Handeln der Partei erschüttert wurde. Denn, wenn die Partei selbst zugab, nicht mehr unfehlbar zu sein, mußte sich die Überschätzung der SED-Macht in der Arbeiterschaft verringern, wie auch der neue Kurs der SED auf Grund des passiven Druckes der Arbeiterschaft beschlossen wurde. Nach dem 17. Juni aber mußte die SED ihre Macht behaupten, vor allem weil es möglich ist, daß der Kreml den Aufstand, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, gefördert hat, um den Druck gegen die Ulbrichtpolitik zu vergrößern. Der propagierte neue Kurs der SED konnte die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft nicht mehr aufhalten.

Zuerst mußten die Machthaber in Ostberlin die Aufständischen beruhigen. So heißt es im Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 19. Juni 1953:

„Manche Menschen, auch Genossen, weisen darauf hin, daß einer der Gründe für das Zustandekommen und den Umfang der Demonstrationen die Mißstimmung beträchtlicher Teile der Werktätigen über einige Maßnahmen, zum Beispiel in der Normenfrage, gewesen sei. Das ist eine sehr ernsthafte Seite der Vorkommnisse, und mit ihr werden wir uns öffentlich und so rückhaltlos auseinandersetzen, wie das nötig ist.“

Doch Ulbricht und seine Freunde wissen, daß sie hierbei den kürzeren ziehen würden, und so fährt das „Neue Deutschland“ fort:

„Aber wann? Heute? Wir denken nicht daran, den geschlagenen westlichen Agenturen in die Hände zu spielen, daß wir über diesen oder jenen Fehler diskutieren . . .“

Ja! Die westlichen Agenturen mußten nun herhalten für das Märchen vom „faschistischen Putsch.“ Nach der Erklärung des Zentralkomitees der SED vom 21. Juni lautet es:

„Auf Grund der Initiative des Weltfriedenslagers beginnt eine weltumspannende Bewegung der Völker für die Lösung aller strittigen Fragen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen . . . Dadurch sind die amerikanischen und deutschen Kriegstreiber in eine schwere Lage geraten. Sie sehen ihre Pläne scheitern. In ihrer Beunruhigung greifen sie zu abenteuerten Maßnahmen. Eine von ihnen ist die Ansetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die Deutsche Demokratische Republik aufröhlen wollten, auf den 17. Juni 1953. Das ist der Versuch, den Kriegsbrand, den die Völker der Welt in Korea eben austreten, mit Hilfe des Brückenkopfes Westberlin nach Deutschland hinüberzuwerfen . . . In Westberlin wurden von Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen.“

Die Partei bekam nun die Aufgabe, dieses Märchen von der „Faschistischen Provokation“ den Massen einzuhämmern. Folgende Meinung will man den Aufständischen beibringen:

„Der großen Mehrheit der Arbeiter, die sich von den Provokateuren täuschen ließen, ist es blitzartig klargeworden, als sie sahen, wie unter den Händen der Provokateure ihre mit Schweiß erarbeiteten Errungenschaften, Klubhäuser, Lehrlingsheime, Be-

triebskantinen durch Benzin und Phosphor in Flammen aufgingen.“

Doch diese „Meinungsbildung“, von der die deutschen Sowjets sowieso nicht viel Erfolg erwarten können, reicht nicht aus, um die SED-Macht in voller Stärke wieder herzustellen; Ulbricht muß mit Gewalt und Terror arbeiten. Um das zu rechtfertigen änderte er das alte Märchenmotiv vom Abwurf der Kartoffelkäfer durch feindliche Flugzeuge:

„Ausländische Flugzeuge setzen . . . durch Fallschirme Gruppen von Banditen mit Waffen und Geheimsendern ab. Lastwagen mit Waffen für noch nicht entdeckte Gruppen wurden an der Autobahn Leipzig-Berlin abgefangen. Der Gegner geht zu großen Sabotageakten über. Unter Beteiligung von Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter, welche die Banditenkolonnen persönlich anleiten, arbeitet der Hetzsender RIAS auf vollen Touren, um dem gescheiterten Abenteuer neues Leben einzu blasen . . . Daher besteht die Aufgabe jetzt darin, den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren . . .“

Wie weit es Ulbricht jetzt noch treiben wird, ist schwer vorzusagen. Man müßte meinen, daß die Kommunisten es sich z. Zt. nicht leisten können, Ulbricht noch länger im Vordergrund zu lassen. Denn wenn der neue Kurs Wirklichkeit wird, so muß man das sehen, was die Kommunisten nur zwischen den Zeilen zugeben. Der Ulbrichtsche Fünfjahresplan ist so gut wie aufgehoben, denn er fußt auf dem Aufbau der Schwerindustrie. Vorsichtig gibt Ulbricht zu:

„Ab Sommer 1952 wurde Kurs genommen auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus. Damit verbunden waren eine beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie, die Einschränkung der kapitalistischen Kräfte und eine Reihe von Maßnahmen, die zur Einschränkung der Konsumgüterindustrie führten. Diese Änderungen führten zu einem Zurückbleiben der Produktion der Konsumgüter und gestatteten nicht die weitere Hebung des Lebensstandards. In der Landwirtschaft führte die Schaffung der Produktionsgenossenschaften . . . zu einer groben Vernachlässigung der Klein- und Mittelbauern . . . es wurden Überspitzungen im Sparsamkeitsregime durchgeführt, wie zum Beispiel die Beschränkung der Fahrpreismäßigung für Arbeiter, Schwerbeschädigte, Schüler und Lehrlinge usw., Verschlechterung auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Entzug von Lebensmittelkarten für einen großen Teil des Mittelstandes, eine unzureichende Belieferung der Privatindustrie und der Handwerksbetriebe mit Rohstoffen, der Sperrung langfristiger Kredite für Einzelbauern und Privatunternehmer und anderes.“

Und an anderer Stelle, noch vor dem Aufstand, sagt Ulbricht: Wir haben die Absicht,

„die Investitionen vor allem in der Schwerindustrie und bei der Polizei bedeutend zu kürzen.“

Doch bei einiger Kenntnis der Geschichte des Bolschewismus wird man immer wieder die propagandistische Absicht aller Reden und Erklärungen zu dem Aufstand und dem neuen Kurs erkennen. Letzterer erinnert zwangsläufig an die sogenannte „Neue Ökonomische Politik“ 1922 in Rußland, die damals auch eine Unfähigkeit in der Wirtschaft als Ursache hatte und nur ein zeitweises Zurückgehen bedeutete.

Der Aufstand der Arbeiter in Ostberlin und in der Sowjetzone am 17. Juni hat das ganze Sowjetsystem in Macht und Theorie gewaltig erschüttert; die Streikenden und demonstrierenden Arbeiter haben sich mit dem neuen Kurs der SED nicht zufrieden gegeben und den deutschen Sowjets weitere Zugeständnisse abgerungen. Während die Parteipresse noch wenige Tage zuvor von der notwendigen Verteidigung der „demokratischen Errungenschaften“ gegen die amerikanischen Imperialisten gesprochen und für die Volkspolizei geworben hatte, gab Pankow nach dem Aufstand sofort die Anordnung, „den Weiterbau an den Kasernen für die Volkspolizei einzustellen“. Den Sturz der SED-Regierung haben die Panzer der Roten Armee verhindert, aber der Erfolg der Arbeiter ist gewaltig und z. Zt. noch nicht übersehbar. Es dürfte der SED nicht gelingen, jetzt noch die Massen zu überzeugen. Daß Macht und Terror auch unter Sowjetherrschaft Grenzen haben, ist durch den Aufstand genügend bewiesen. Bruggemann

Ost-Nachrichten

In der Zeit vom 1. April bis 30. April wurden dem AGSF neun Verhaftungen von Studenten neu gemeldet.

Die Solidaritätssammlung der deutschen Studentenschaft ergab im April einen Betrag von DM 1 409,54.

Die erste Aktivisten- und Bestarbeiterkonferenz, die jemals an einer deutschen Universität oder Hochschule stattfand, wurde im Mai 1953 von der Universität Halle durchgeführt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Diskussionen über ein „Kampfprogramm zur Einführung der strengen Sparsamkeit und zur umfassenden Verbesserung der Arbeit in Lehre, Forschung und Verwaltung.“

Sämtliche Institute der Universität Leipzig dürfen ab sofort nicht mehr selbständig Postsendungen nach Westdeutschland verschicken. Der Postverkehr mit Westdeutschland bleibt allein dem Rektor der Universität vorbehalten.

Die Studenten der Pädagogischen Hochschule Potsdam, die in Heimen untergebracht sind, werden durch extra als Beobachter eingesetzte Kommilitonen streng überwacht, insbesondere auf das Abhören westberliner Sender.

Im Verlaufe der Berufslenkung der Absolventen der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig wurden 50% der Staatsexamenskandidaten gezwungen, während der zweijährigen Pflichtassistentenzeit nach dem Examen ein Jahr als Arzt zur Volkspolizei zu gehen. Keiner der Kandidaten wollte sich freiwillig zur Verfügung stellen.

Eine verstärkte Werbung für die Volkspolizei wird unter dem Motto „In die bewaffneten Streitkräfte eintreten, wenn Staat und Partei es für notwendig erachten!“ unter der Studentenschaft der Pädagogischen Hochschule Potsdam durchgeführt.

1868

85 Jahre

1953

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134,
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Auch für Sie

ist der Führerschein unentbehrlich!

Benutzen Sie die günstige Gelegenheit und lassen Sie sich von mir beraten, wie Sie ohne Zeitverlust den Führerschein erwerben können. Tragen Sie sich unverbindlich in die im Asta ausliegende Liste ein oder rufen Sie 32640 oder 12826 an.

Fahrschule H. SCHAFERS, Frankfurt-M.

Für und wider die Gewerbefreiheit

In den letzten Monaten hat der Bundestag die neue Gewerbeordnung beraten und verabschiedet. Die Öffentlichkeit hat sich um die Beratungen nicht sehr gekümmert, um so mehr aber die interessierten Kreise. Mißtrauen ist aber immer dann angebracht, wenn nur Interessenten sich mit einem Problem beschäftigen und seine Lösung in ihrem Sinne durchsetzen.

Der Bereich der Gewerbefreiheit kann verschieden weit gesteckt sein. Ihre größte Beschränkung hatte der Nationalsozialismus praktiziert: vor der Eröffnung eines Gewerbebetriebs wurde von staatlicher Seite das Vorliegen eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses geprüft. Verneinte die staatliche Instanz dieses Bedürfnis, so wurde die Konzession nicht erteilt. Die amerikanische Besatzungsmacht hatte dieses System in ihrer Zone durch die absolute Gewerbefreiheit ersetzt, nach der jeder unbescholtene Bürger einen Gewerbebetrieb eröffnen kann, wenn er glaubt, die notwendige Fähigkeit und das erforderliche Kapital zu haben. Selbstverständlich sind auch hier Ausnahmen für die Fälle vorgesehen, in denen Nachlässigkeit zu gesundheitlichen Schäden führen könnte.

Die deutschen Gewerbeordnungen kennen als lockere Form den Grundsatz der Gewerbefreiheit mit der Einschränkung, daß nur der sich Meister nennen und Lehrlinge ausbilden darf, der den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis abgelegt hat. Demgegenüber verlangt der große Befähigungsnachweis auch für die Ausübung eines Gewerbes diese Prüfung und die Absolvierung einer mehrjährigen Fachausbildung.

Das sogenannte „volkswirtschaftliche Bedürfnis“

Die Prüfung des Vorliegens eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses muß auf das schärfste abgelehnt werden, weil es für eine solche Prüfung gar keine objektiven Kriterien gibt. Nur der Markt selbst vermag — streng genommen erst ex post — ein Urteil darüber zu fällen. Auch werden die interessierten Kreise einen Druck auf die Behörde ausüben; denn nach ihrer Meinung liegt selbstverständlich kein Bedürfnis dafür vor, einen Konkurrenzbetrieb ins Leben zu rufen.

Die Prüfung beim großen Befähigungsnachweis

Zunächst einmal muß die Prüfung objektiv und gerecht erfolgen. Es darf nicht vorkommen, daß etwa die Gewerbetreibenden selbst in den Prüfungsausschüssen der Handwerkskammer ihre zukünftigen Konkurrenten unter die Lupe nehmen, denn sie werden zu leicht finden, daß die Kandidaten nicht die Leistungen aufzuweisen haben, die für die Führung eines Gewerbebetriebes notwendig sind.

Der sogenannte „Schutz des Verbrauchers“

Von den interessierten Kreisen des Handwerks wird als wichtigstes Argument für die Einführung des großen Befähigungsnachweises die These vom „Schutz des Verbrauchers“ angeführt. Nun sollte man immer sehr mißtrauisch sein, wenn eine Marktpartei plötzlich Sympathien für ihre Gegenpartei zeigt, Sympathien, die über den Rahmen des unmittelbaren Handelsinteresses hinausgehen. Man will den Verbraucher vor schlechter Arbeitenden schützen. Es scheint aber höchst zweifelhaft, ob der Verbraucher wirklich dieses Schutzes bedarf. Er wird sehr schnell seine Erfahrungen machen und sich durch Rückfragen bei seinen Freunden und Bekannten davor zu schützen wissen, daß er von einem unfähigen Handwerker mangelhaft bedient wird. In der Regel geht der Käufer kein größeres Risiko ein als wenn er eine ihm unbekannte Ware in einem ihm unbekanntem Geschäft kauft. Die Selektion durch den Markt ist in jedem Fall gründlicher als die Auslese durch eine Prüfung. Die altruistische Sorge des Handwerks um den Verbraucher scheint daher mehr eine Sorge um den „Schutz des eigenen Gewinns“ zu sein.

Die Bewährung des Ansehens

Als weiteres Argument wird angeführt, daß durch die Einführung des großen Befähigungsnachweises eine Schädigung des Ansehens und des Rufes der „Echten Handwerksarbeit“ verhindert werden soll. Nun kann der Ruf bestimmter handwerklicher Produkte kaum durch eine einzelne schlechte Arbeit ernsthaft gefährdet werden, zumal die Hersteller der mangelhaften Ware sich auf die Dauer nicht

halten werden. — Auf der gleichen Ebene liegt die These vom „Schutz vor unsauberen Elementen“. Zunächst einmal müßte bewiesen werden, daß im Falle der Gewerbefreiheit diese „Elemente“ in das Handwerk eindringen. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so ist es nicht Sache der gewerblichen Prüfungsausschüsse, eine charakterliche und moralische Wertung der Kandidaten vorzunehmen. Angesichts der Tausende von Flüchtlingen, die sich hier in Westdeutschland eine neue Existenz mit berufsfremder Arbeit aufbauen wollen, kann dieses Argument sehr leicht als ein Vorwand benutzt werden, hinter dem sich der Wunsch verbirgt, die Einheimischen vor den „auswärtigen“ Konkurrenten zu schützen. Und wenn man sich an die Jahre vor der Währungsreform erinnert, dann hatte man nicht immer den Eindruck, daß bei den alten Handwerkern der Gedanke des „Dienstes am Kunden“, der handwerklichen Verantwortung, sehr lebendig gewesen ist.

Der sogenannte „ruinöse Wettbewerb“

Offenbar aber werden die wirklichen Wünsche, wenn davon gesprochen wird, daß durch den großen Befähigungsnachweis auch gleichzeitig der ruinöse Wettbewerb verhindert werden soll: Preisvereinbarungen, Kartellierung und Festsetzung eines angemessenen Gewinnes; während der Verbraucher nur davon profitieren könnte, daß einzelne tüchtige Handwerker auf Grund höherer Leistung die Preise erniedrigen können. Ruinöser Wettbewerb im eigentlichen Sinne besteht nur dann, wenn ein einzelner Betrieb, der einen wesentlichen Marktanteil besitzt, die Preise so niedrig setzt, daß er selbst auch mit Verlust arbeitet. Er tut das in der Hoffnung, daß er auf Grund seiner größeren Kapitalausstattung diesen Vernichtungswettbewerb länger durchhält als seine Konkurrenten, so daß er den gesamten Markt beherrschen kann. Diese Art des Wettbewerbs ist nur

dann möglich, wenn einige Großbetriebe mehreren kleineren Betrieben gegenüberstehen; aber gerade im Handwerk ist der Marktanteil des einzelnen Gewerbebetriebes so gering und die Kapitalausstattung relativ gleich groß, so daß die Gefahr des Kampf Wettbewerbs nicht gegeben ist.

Verstärkend für den Wunsch nach dem großen Befähigungsnachweis sind romantisierende Gedanken an eine zünftlerische Handwerksordnung, wie sie am Ausgang des Mittelalters bestand. Hier bestimmten die Handwerksmeister geschlossen den Ausbildungsweg des Nachwuchses, sie befanden über Neuzulassungen und regelten die einheitliche Preisfestsetzung und die Verkaufsrechte. Aber diese „Ordnung“ hat ihre materielle und geistige Unproduktivität schließlich zur Genüge bewiesen.

Die Schaffung der Startgleichheit

Der kleine Befähigungsnachweis hebt den Grundsatz: „Gleiche Chancen für alle“ nicht auf. Man kann sich leicht mit dem Gedanken befreunden, daß nur die Gewerbetreibenden Lehrlinge ausbilden dürfen, die den Nachweis ihrer handwerklichen Eignung erbracht; eine solche Bestimmung ist schon deshalb notwendig, um dem Nachwuchs eine ordentliche Ausbildung zu ermöglichen.

Die freie Ausgestaltung der Handwerksordnung, die jederzeit gegebene Möglichkeit, einen Gewerbebetrieb zu eröffnen, würde auch ein Mittel gewesen sein, strukturelle Beschäftigungsschwankungen auszugleichen, die sich im Wirtschaftsprozeß ergeben. Außerdem würde die Gewerbefreiheit auch Pionieren auf wirtschaftlichem Gebiet, die nicht die traditionelle handwerkliche Ausbildung durchlaufen haben, eine Chance geben.

So sehr man es aus politischen Gründen prinzipiell mißbilligt, wenn die alliierte Hochkommission einen Einspruch gegen das beschlossene Gesetz erhebt, so begrüßenswert erscheint er für einen Menschen, der das Prinzip der Startgleichheit auf allen Gebieten und zu jedem Zeitpunkt verwirklicht sehen möchte.

Peter Schade

Prof. Rajewski 60 Jahre alt



Am 19. Juli 1953 begeht Professor Dr. Boris Rajewsky, Prorektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität, ordentlicher Professor für Biophysik und physikalische Grundlagen der Medizin und Direktor des Max-Planck-Institutes für Biophysik, seinen 60. Geburtstag. 1923 trat Rajewsky als Assistent in das damalige Universitäts-Institut für physikalische Grundlagen der Medizin ein, das 3 Jahre zuvor von Professor Friedrich Dessauer gegründet worden war. Seine Tätigkeit ist seither eng mit der Universi-

tät Frankfurt verbunden: seit 1927 war er erster Assistent am Institut, habilitierte sich 1929 für Physik und physikalische Grundlagen der Medizin mit einer Arbeit über die „Strahlenwirkung auf Eiweiß“ und wurde stellvertretender Direktor des Instituts. Nach der Verhaftung und Emigration von Professor Dessauer übernahm Professor Rajewsky auf den ausdrücklichen Wunsch von Dessauer die Leitung des Instituts, das sich in schwierigster politischer und finanzieller Lage befand. Wenn überhaupt, so konnte es nur Professor Rajewsky und dem Gewicht seines wissenschaftlichen Namens gelingen, den Fortbestand des Institutes zu sichern.

Die ersten Jahre nach seiner Ernennung zum Ordinarius für physikalische Grundlagen der Medizin im Jahre 1934 waren eine Zeit harten, zähen Ringens um die bloße Existenz. Im Jahre 1937 übernahm Prof. Rajewsky das von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften für ihn und nach seinen Plänen errichtete Kaiser-Wilhelm-Institut für Biophysik in Frankfurt a. M.

Am gesamten Leben der Universität hat er mit der ihm eigenen Tatkraft stets regen und maßgebenden Anteil genommen. Er war dreimal Dekan, zweimal Rektor und dreimal Prorektor. Mit geschickter und sicherer Hand hat er als Rektor in kritischer Zeit die Universität durch alle Fährnisse und Schwierigkeiten zu neuem Beginn geführt. Der Wiederaufbau der zerstörten Institute und Seminare wurde eingeleitet und wesentlich vorangetrieben; auch der Beginn des Baues des neuen Studentenhauses fällt in die Zeit seines Rektorates, und gerade dafür sind ihm die Studenten der Universität Frankfurt a. M. ganz besonders dankbar. Die Belange der jungen Generation hat Prof. Rajewsky stets vorbehaltlos vertreten. Nachdem die größten Schwierigkeiten, die einer Aufwärtsentwicklung der Universität entgegen standen, von Professor Rajewsky in seinen beiden Rektoratsjahren grundsätzlich überwunden waren, hat er die dritte auf ihn gefallene Wahl zum Rektor abgelehnt, um sich wieder ganz seiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmen zu können. Die Stadt Frankfurt hat ihm für seine Verdienste um die Universität und die wissenschaftliche Forschung die Goethe-Plakette verliehen.

Die Erfolge, die dem Geburtstagskind bis zu seinem 60. Lebensjahre beschieden waren, sind außerordentlich. Wir alle danken ihm für das in der Vergangenheit Geleistete und wünschen ihm noch lange Jahre solch segensreichen Wirkens.

Ihm zu Ehren laden die Mitarbeiter und das Kuratorium des Max-Planck-Instituts für Biophysik zu einem öffentlichen Festvortrag am Sonntag, dem 19. 7. 1953, vormittags 10.30 Uhr, im Festsaal des Studentenhauses, ein. Herr Professor Dr. W. Gentner, Freiburg/Br., wird zum Thema „Der große Teilchenbeschleuniger des europäischen Laboratoriums in Genf und sein Strahlenschutz“ sprechen.

1903  1953



FÜNFZIG JAHRE
GRIESHEIM
SCHWEISSTECHNIK

KNAPSACK-GRIESHEIM
AKTIENGESELLSCHAFT
WERK GRIESHEIM AUTOGEN
FRANKFURT AM MAIN
K r i f f e l e r S t r a ß e 1 - 4 7

Europäische Selbstkritik

Eine französische Replik

Spricht man in Deutschland von der Vereinigung Europas, so dreht sich sehr bald das Gespräch um die Frage der deutsch-französischen Beziehungen und um die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Ländern. Diese Tatsache entspricht zwar der Realität, denn diese Verständigung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bildung des neuen Europas. Sie jedoch läßt verkennen, daß es einen noch wichtigeren Gesichtspunkt gibt. Denn schließlich ist ja die wichtigste Voraussetzung die Echtheit der europäischen Überzeugung jedes einzelnen Landes, und diese Frage hat jedes Land für sich zu beantworten.

Die Diskussion um die deutsch-französischen Beziehungen verschiebt das Problem auf einen seiner sekundären Aspekte. Damit erspart man sich nämlich die Auseinandersetzung mit der eigentlichen, für viele unangenehmen Frage: inwieweit hat Deutschland eingesehen, daß das Bekenntnis zu einem vereinigten Europa eine Reihe von Pflichten mit sich bringt, und in welchem Maße ist es bereit, die Voraussetzungen für diese Erfüllung zu schaffen?

Diese entscheidende Frage, vor welche jeder Deutsche gestellt ist, verschwindet immer mehr hinter der an sich nebensächlichen, in wieweit die verschiedenen europäischen Länder, wohlgemerkt die anderen, bereit sind, ehrlich an der Gestaltung und an der Entwicklung des zukünftigen Europa mitzuarbeiten.

Diese Haltung ist nicht nur in Deutschland zu finden. Überall spielt sich dieser rednerische und schriftstellerische Wettbewerb ab, welcher ohne Ausnahme zu dem Schluß führt, das eigene Land sei das europäischste und alle anderen meinten es damit nicht ehrlich. Eine Reihe folgenschwerer, gegenseitiger Vorwürfe wird in solcher Weise hier und da ausgesprochen. Sie scheinen jedoch besonders häufig in Deutschland erwähnt zu werden. In diesem Blatte wird zum Beispiel behauptet, daß „die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der kleinräumigen Staaten Europas“, dem, welcher „von Deutschland aus die politischen Vorgänge verfolgt, die die europäischen Nationen in eine umfassendere Gemeinschaft hineinführen sollen“, also dem Deutschen, „so selbstverständlich geworden ist, daß er die gleiche Aufgeschlossenheit auch bei den anderen Europäern und besonders bei den Franzosen voraussetzt“¹⁾. Das heißt also, daß die anderen Länder, insbesondere Frankreich, diese Aufgeschlossenheit noch nicht besitzen. Nun, es besteht wohl kein Zweifel daran, daß es in Frankreich, viele, sehr viele Leute gibt, die in dieser Hinsicht noch nicht „aufgeschlossen“ sind; manche haben sogar dafür gute Gründe. Aber ist es nicht auch etwas voreilig zu behaupten, diese Aufgeschlossenheit sei jedem zuzuschreiben, der die Situation von Deutschland aus betrachtet, also jedem Deutschen? Es wäre hier vielleicht interessant, einige Äußerungen zu erwähnen, die anlässlich einer Untersuchung über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum europäischen Gedanken sich als „typisch“ herausgestellt haben — wie etwa diese: „meines Erachtens geht es dem Amerikaner sowie dem Franzosen darum, den Deutschen als Soldaten selbst zu bekommen. Daß sie ja wenig Interesse an Deutschland haben, das hat ja die Politik seither bewiesen“; oder diese andere: „sie (die Franzosen) haben nicht versäumt, uns vollzuspucken und uns mit Steinen zu werfen, usw. und heute kommen sie wieder zu uns und sagen uns das Gegenteil. Warum sind sie heute wieder so lieb zu uns? Sie sind schuld da dran, am derzeitigen Stand der Lage! Sie sollen sehen, wie sie fertig werden!“.

Äußerungen solcher Art, beweisen, daß diejenigen, welche sich tatsächlich für ein vereinigtes Europa einsetzen, nicht nur in Frankreich „der großen Mehrheit ihrer Landsleute voraus sind“²⁾ und daß die Behauptung von der Aufgeschlossenheit gegenüber „diesem vereinigten Europa, von dessen Notwendigkeit wir gar nicht mehr sprechen wollen, von dem uns nur noch interessiert, auf welche Weise es verwirklicht werden kann“³⁾ etwas gewagt ist.

Denn neben der „Aufgeschlossenheit“ sind für die Schaffung Europas einige, ganz bestimmte moralische Leistungen nötig — vor allem: ein eindeutiges Bekenntnis zu den demokratischen Grundsätzen, der Entschluß, mit allen Kräften gegen jede Tendenz aufzutreten, die die Gefahr einer Wiederholung der jüngsten Gewaltgeschichte in sich birgt; auch ist es wichtig, etwas gegen die Überheblichkeit im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern zu tun. Danach beurteilt heute jedenfalls das Ausland die Deutschen sehr mißtrauisch, und abgesehen davon, ob diese Bedenken des Auslandes zu Recht oder Unrecht bestehen, muß sich jeder Deutsche mit ihnen auseinandersetzen in dem Moment, wo er sich zu Europa bekennt. Diese Probleme, die man sich bei jeder Aussage über Europa bewußthalten sollte, verschwinden im Laufe der Diskussion immer mehr im Hintergrund. Europa wird nicht nur aus den europäischen Ländern, wie sie jetzt sind, gebildet; es wird ebenso ihre Vergangenheit einschließen. Es braucht in dieser Hinsicht nicht zwangsläufig Nationalismus zu sein, wenn der „Durchschnittsfranzose“, sollte es so etwas geben⁴⁾, „die Zukunft nur aus der Perspektive einer einseitig gedeuteten leidvollen Vergangenheit zusehen vermag“⁵⁾. Leider ist diese Vergangenheit eine gute Zeit lang „einseitig leidvoll“ gewesen und dies nicht zu vergessen, könnte zu etwas sparsamerem Umgehen mit Vorwürfen führen.

Die französischen Bedenken gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Armee werden häufig als Maßstab für die europäische Gesinnung Frankreichs herangezogen. Hier handelt es sich nicht darum, festzustellen, in wieweit diese Bedenken berechtigt sind; als Studenten, als Vertreter geistiger Berufe sollten wir darauf bestehen, daß die Frage der Bildung einer europäischen Föderation nicht auf das Problem der europäischen Armee reduziert werden kann, obwohl dieses Problem angesichts der bis vor kurzem gegebenen internationalen Situation ein Übergewicht bekommen hat. Sie bleibt an sich ein sekundärer Aspekt der Frage der europäischen Integration. Wir können durchaus gute Europäer sein und doch sehr schwer uns mit dem Gedanken befreunden, daß dazu erneut feldgraue Uniformen um uns herum gehören sollen, ganz von

der Frage abgesehen, wer wem in einer solchen Armee unterliegen würde. Ähnliche Bedenken sind auch in Deutschland von Seiten demokratischer, europäisch gesinnter Kreise geäußert worden.

Wenn man Ausführungen von einigen Abgeordneten, die den Eindruck hervorrufen, „daß viele Franzosen noch heute glauben, — mit den Überseegebieten der ‚Union Française‘ zusammen — eine selbständige Rolle in der Weltpolitik spielen zu können“⁶⁾, als die Meinung vieler Franzosen hinstellt, dazu unter Erwähnung des Mottos: „wir sind ein Hundertmillionenvolk“⁷⁾, hat das etwas Groteskes an sich. Mit solchen realitätsfremden Schilderungen kommt man wirklich nicht weiter, zumal jedem Franzosen allmählich klar wird (siehe zum Beispiel die Haltung der größten Tageszeitung „Figaro“), daß diese „Union Française“ überholt ist.

An der Wirklichkeit vorbei laviert auch die oft vertretene Ansicht, daß „was uns interessiert, eigentlich nur das heutige Frankreich ist“. Die europäischen Länder werden aus ihrem geschichtlichen Zusammenhang herausgerissen und nur noch als künstliche Einzelstücke betrachtet.



artigen alten Tempel der Buddhisten und Hinduisten, und wenn man indonesische Wanderbühnen sehen will, dann sollte man das in dieser Stadt tun.

Immer sind die Zuschauerreihen des riesigen Zeltbaues dicht gefüllt. Es riecht nach Nelken und Zimt, den Ingredienzien, mit denen die Zigaretten dieses Landes parfümiert sind. Auf der Bühne erscheinen an jedem Abend dieselben Gestalten. Immer handelt es sich um Legenden aus der Mahabharata, die durch den Hinduismus hier bekannt geworden waren, und die von dem anscheinend nie ermüdenden Spiel- und Darstellungs-Trieb des Indonesiers zu ihrer Form des Theaters kultiviert wurden. Immer also sind es dieselben Figuren aus dieser indischen Sagenwelt, in alttümlichen, farbenprächtigen Kostümen. Gewiß zeigt man an jedem Abend andere Legenden, aber die Handlung hat stets dieselben Effekte: Adjunjo, der unbesiegbare Held, verwandelt sich, hilft in einem Streit der unterlegenen Partei, die sich im Recht befindet, kämpft siegreich und gibt dem alten Fürsten die geraubte Tochter zurück. Alle Darstellung ist Tanz. Auch die komischen Figuren, die nie fehlen dürfen, tanzen in grotesker Haltung über die Bühne. Das Gamelan-Orchester mit seiner eigentümlichen Musik, gemischt aus Gongs, xylophonartigen Holzinstrumenten und dünnen Singstimmen, begleitet die stundenlangen Vorführungen. Vorn, in der ersten Zuschauerreihe sitzen die 3 jüngeren Söhne meines indonesischen Gastgebers. Der älteste von ihnen ist 10 Jahre alt. Man sieht ihnen keine Begeisterung an, aber sie haben sicher das Gefühl, eine unerträgliche Strafe erleiden zu müssen, wenn sie eine Vorstellung versäumen.

Die Familie entscheidet

Seiner Bevölkerung nach ist Indonesien das sechstgrößte Land der Erde: 80 Millionen Menschen wohnen hier. Davon gibt das Informationsministerium über 80% als Analphabeten an.

30 000 Inseln umfaßt dieser Staat, jenes Gebiet, das früher als Niederländisch-Indien der reichste Kolonialbesitz der Holländer war. Diese Inseln hatten früher kaum Verbindung untereinander. Sie haben völlig verschiedene Landschaftsgegebenheiten, sie beherbergen außerordentlich divergierende Völker mit fremden Kulturen und Sprachen. Sie sind zu verschiedenen Zeiten unter die europäische Verwaltung gekommen. Jede Insel hat auch heute noch ihren eigenen Charakter. Java macht mit seinen 50 Millionen Menschen einen völlig anderen Eindruck als etwa das zu einem großen Teil noch aus Urwäldern bestehende Sumatra oder das noch weniger erforschte Kalimantanische Borneo. Die Menschen der verschiedenen Inseln verstehen sich nur schwer und betrachten sich gegenseitig mindestens mit



Mißtrauen. So kann sich ein javanischer Arzt in Sumatra kaum halten, ohne Intrigen und Opposition seiner neuen Umgebung zu erfahren, und kein junger Lehrer aus Bandung wird sich in den sittenstrengen Bataklanden wohlfühlen, geschweige denn dort heimisch werden.

Natürlich werden so die vorhin erwähnten moralischen Leistungen überflüssig. Zweifellos ist es richtig, daß ein tieferes Verständnis zwischen den einzelnen Ländern wachgerufen werden soll. Ob aber einer, der sein Verständnis für das heutige Frankreich vertiefen will, die Werke von Montaigne, Montesquieu, Diderot, d'Alembert, Rousseau als „ranzige Gescheitheiten“ oder „naive Belanglosigkeiten“⁸⁾ abtun kann, ist höchst fraglich. Eine genauere Kenntnis dieser Autoren und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der wirklichen französischen Mentalität könnte unter anderem dazu beitragen, daß das von einigen Wahnsinnigen, wie es sie in jedem Lande gibt, lancierte Motto vom „Volk der hundert Millionen“ nicht erst zum Schreckgespenst wird. Denn gerade in jenen Autoren sind die ersten Elemente der französischen Demokratie und sogar des französischen europäischen Geistes enthalten.

Der europäische Gedanke befindet sich zweifellos in Mißkredit, und zwar nicht weil dieses oder jenes Land sich uneuropäisch benimmt, sondern weil man sich selbst scheut, zu sehen, welche Konsequenzen sich aus dem Europagedanken für das eigene Land ergeben.

André Point

- 1) DISKUS, Heft 5, Juni 1953, Der Europagedanke in Frankreich.
- 2) DISKUS, idem
- 3) DISKUS, Heft 5, Juni 1953, Collège International.
- 4), 5), 6) und 7) siehe DISKUS, Heft 5, Juni 1953. Der Europagedanke in Frankreich.
- 8) DISKUS, Heft 5, Juni 1953, Collège International.

Akademiker in Insulinde

Das Kulturzentrum Javas und damit Indonesiens ist nicht die Hauptstadt Djakarta (das frühere Batavia) mit ihren 3 Millionen Einwohnern, sondern es ist Djokjakarta. Man sieht wenig, fast überhaupt keine Europäer in den Straßen dieser Stadt. Hier ist auch der Ausgangspunkt und immer noch die Mitte der nationalistischen Bewegung dieses jungen Staates, die vor nun 8 Jahren die Unabhängigkeit der „Republik Indonesia“ erklärte. In der Umgebung „Djokjas“ liegen die groß-

Denn die bestimmende Ordnung ist nicht der Staat sondern die Familie. Jede Sippe wohnt in einem eigenen Kampong (Dorf), der den Namen der Familie trägt. Dort herrscht ein echter Dorfkommunismus. So ist eigentlich niemand arm, denn seine Sippe tritt für ihn ein. Zu diesen großen Verbänden gehören auch Verwandte, die wir gar nicht mehr als solche bezeichnen dürfen. Der Onkel 7. Grades hat seine bestimmte Benennung, die seinen Verwandtschaftsgrad erklärt. Man hat sogar verschiedene Bezeichnungen für den jüngeren und den älteren Bruder, denn die Stellung in der Familie ist die wichtigste für jeden Indonesier. Er selbst ist nicht zur Entscheidung aufgerufen, die Familie entscheidet über alles, was ihn betrifft. Ob ein Kranker in das Hospital gebracht werden soll, ist Sache eines ausgedehnten Familienrates, nicht etwa des Patienten oder gar des Arztes. Und wenn der Kranke operiert werden soll, ist wiederum ein Familienentscheid notwendig. Ist der Patient indes gestorben, — nun: „apa bolch buat!“ — da kann man halt nichts machen! Die Familie entscheidet auch, ob der junge Sungmanaha zur Schule angemeldet wird und wie man den Lehrer dazu veranlaßt, gerade diesen Jungen anzunehmen, die Plätze in der Schule reichen kaum einmal für alle Neuanmeldungen. Eine Reisspende wird demnach unerlässlich sein, aber die Anzahl der Hühnererier muß erst festgelegt werden.

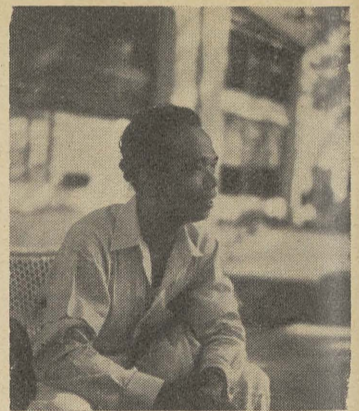
Jeder Beamte sorgt dementsprechend in seinem Amt dafür, daß seine Familie mit guten Unterposten betraut wird. Und wenn Dr. Hjalmar Schacht das als „Vetternwirtschaft“ bezeichnet oder gar meint, das wäre Korruption, so wird das kein Indonesier verstehen.

Die Holländer sahen wenig Anlaß, die Schulverhältnisse der Indonesier zu bessern. Sie begnügten sich mit ihrer ausgezeichnet funktionierenden niederländischen Verwaltung und sorgten im wesentlichen für ihre eigenen Interessen. So gab es im Jahre 1940 nur 240 indonesische Abiturienten.

Wer es sich leisten konnte, meist javanische Adlige, studierte im Ausland: in Amerika, Holland oder Deutschland. Die zurückkehrenden Ärzte und Ingenieure hatten die Welt gesehen und begannen, sich politisch zu betätigen. Erst im Geheimen, dann aber, als die Japaner das Land im Krieg besetzten und den Haß gegen die Europäer schürten, öffentlich. So entstand die Freiheitsbewegung, die nun den Staat leitet. Die wenigen indonesischen Akademiker rief die neue Politik in hohe Verwaltungsstellen. So fehlten sie damit in der Praxis. Der Staat braucht dringend Beamte. Darum ist das ganze Erziehungswesen darauf abgestimmt, die Verantwortung des Einzelnen für sein Land zu wecken und die jungen Menschen dafür zu interessieren, am Bau dieses Staates mitzuhelfen.

Jeder Medizinstudent muß sich verpflichten, nach Beendigung seines Studiums in Indonesien mehrere Jahre als Militärarzt tätig zu sein. Im übrigen gibt es in Insulinde fast nur Regierungsärzte, die aber nebenbei ihre Privatpraxis ausüben dürfen. Ähnlich ist es mit anderen akademischen Berufen, fast alle sind staatlich. Die Universitäten in Djakarta und Djokjakarta bilden heute unter ihren etwa 400 Lehrkräften 5 000 Studenten aus, die später fast ausschließlich im Staatsdienst arbeiten werden. Wie dringend diese akademische Ausbildung für den Staat ist, beweist die indonesische Statistik, nach der ein Arzt in Insulinde etwa 60 000 Menschen zu versorgen hat. Die Regierung versucht, den Weggang der holländischen Beamten durch Heranziehung anderer europäischer Kräfte zu überbrücken, aber einmal geben diese Deutschen, Österreicher oder Italiener zu leicht der verlockenden Möglichkeit zu Ausbeutung und rücksichtslosem „Verdienst-Eifer“ nach, zum anderen aber bedeutet heute die weiße Haut allein keine Autorität mehr.

Ein sumateranischer Chauffeur fragte mich einmal: „Wer hat euch Weißen denn nun beigebracht, wie man Autos baut, Telephone, Radios und Flugzeuge?“ Der Zauber des weißen Wundermannes war auch für ihn schon gebrochen. Er vermutete hinter dem Europäer eine noch größere Macht. Lampel



Wir wollen jetzt einen Ausblick auf das Universum in seiner Gesamtheit zu gewinnen versuchen. Wie wir eingangs betont hatten, besteht unser Milchstraßensystem aus 50—100 Milliarden Sonnen bei einem Durchmesser von 100 000 Sichtjahren. Die Beobachtung lehrt uns, daß dieses Sternsystem von großen Mengen kosmischen Staubes durchzogen wird, teils uns die Durchsicht zu anderen Sternen verwehrend, teils in Nachbarschaft heißer Sterne zu intensivem, fluoreszierenden Leuchten angeregt. Innerhalb der Galaxis zeichnen sich andererseits wieder Untersysteme in Form sogenannter Sternhaufen ab und wir finden eine große Anzahl von Doppel- und Mehrfachsternen, die sich in mehr oder weniger engem Abstand um einen gemeinsamen Schwerpunkt bewegen.

Spiralnebel

Die Form des Milchstraßensystems ist von spiralförmiger Struktur, was insbesondere durch die Ergebnisse der Radioastronomie sichergestellt ist. Dieser jüngste Zweig astrophysikalischer Forschung untersucht in systematischer Weise die aus dem Weltraum zu uns dringende Radiofrequenzstrahlung. Hierbei hat sich als besonders bedeutungsvoll eine Radiofrequenz von 21 cm Wellenlänge erwiesen, die ihren Ursprung im Wasserstoffatom hat und unter irdischen Bedingungen nicht reproduzierbar ist.

Um die Dynamik des Sternsystems zu erfassen, wurde von S c h w a r z s c h i l d der Begriff des Sternengases aufgestellt, der darin besteht, daß man die ungeheure Anzahl der Sterne in ihrer Gesamtheit analog den Verhältnissen eines aus vielen Molekülen bestehenden Gases betrachtet und die Gesetze der statistischen Mechanik den Untersuchungen zugrunde legt.

Außerhalb, aber noch in der Nachbarschaft unserer Milchstraße befinden sich, gleichsam wie Zerstörer um ein Schlachtschiff gruppiert, die Systeme der Kugelsternhaufen, die sich durch besonders dichte Sternanhäufungen auszeichnen.

Schon gegen Ende des letzten Jahrhunderts beobachtete man merkwürdige Gebilde von meist spiralförmiger Gestalt und nebelhaftem Aussehen, die man deshalb Spiralnebel nannte. Es traten bald Gelehrte auf, die die Vermutung aussprachen, daß es sich hierbei um Sternensysteme gleich denjenigen unserer Milchstraße handeln müsse. Diese Vermutung konnte mit dem Mount-Wilson-Teleskop bestätigt werden, als es gelang, in dem uns am nächsten gelegenen Spiralnebel, dem Andromedanebel, die äußersten Regionen in Einzelsterne optisch aufzulösen. In der Folge hiervon konnte man erstmalig die Entfernung dieses Spiralnebels errechnen, wobei sich der unvorstellbare Betrag von über einer Million Lichtjahre ergab. Derartige Spiralnebel gibt es nun aber zu Millionen im Weltall. Unsere gegenwärtige Beobachtungsgrenze liegt mittels des Riesenteleskops auf dem Mount Palomar bei einer Milliarde Lichtjahren.

Die Aufnahme der Spektren dieser Nebel zeigt eine sogenannte Rotverschiebung, die mit der Entfernung des Nebels zunimmt. Als Ursache dieser Rotverschiebung kommt in erster Linie der Dopplereffekt in Frage. Es ist allgemein bekannt, daß eine sich nähernde Schallquelle eine höhere Frequenz hat, als eine sich entfernende. Wir messen also bei einer sich nähernden Schallquelle eine kürzere Wellenlänge, bei einer sich entfernenden dagegen eine größere, als es im Ruhezustand der Fall wäre. Dieser Sachverhalt ist auch bei den Lichtwellen gegeben. Das heißt, man kann aus der Veränderung der Wellenlänge die Radialgeschwindigkeit einer Lichtquelle, in unserem Falle die der Spiralnebel, bestimmen, die sich nach der gemessenen Rotverschiebung also alle von uns weg bewegen.

Die allgemeine Relativitätstheorie, die im Jahre 1915 von Albert Einstein aufgestellt wurde, postuliert den inneren Zusammenhang von Raum, Zeit und Materie. Keines der drei ist für sich allein verständlich. Kein Raum ohne Materie, keine Materie ohne Raum. Raum und Zeit haben genau so physikalische Realität, wie Materie. Die Relativitätstheorie behauptet, daß die Materie den Raum krümmt, beziehungsweise Raumkrümmung mit Materie identisch ist. Es wird dem Laien schwindlig, wenn er den Physiker von Raumkrümmung sprechen hört. Um die Bedeutung der Raumkrümmung für das Weltall zu erläutern, müssen wir uns ein zweidimensionales Modell zurechtlegen. Hier würde der Raumkrümmung eine Flächenkrümmung entsprechen. Ein Stern würde in diesem Modell ein warzenförmiges Gebilde in einer Ebene darstellen. Würde ich dagegen über die Ebene gleichmäßig Materie verteilt denken, so würde sich diese Ebene zu einer Kugelfläche krümmen. Gedachte, zweidimensionale Wesen, die auf dieser Fläche leben würden, könnten durch trigonometrische Vermessungen feststellen, daß ihre Welt gekrümmt ist, wären aber nicht imstande, sich eine Vorstellung hierüber zu bilden, da ihnen das dreidimensionale Raumerlebnis fehlt, ihre Welt aber in drei Dimensionen eingebettet ist. In der hierzu analogen Lage befinden wir uns, die wir das Vierdimensionale nicht sinnlich erfassen können.

Sofort nach der Aufstellung der allgemeinen Relativitätstheorie wurde von Einstein die Endlichkeit des Kosmos als einem sogenannten Riemannschen Raum postuliert, indem er den Berechnungen die mittlere Materiedichte im Universum zugrunde legte. Die Annahme eines statischen Universums ist jedoch auf Grund der Expansion der Spiralnebel wieder fallen gelassen worden.

Im Zusammenhang mit den weißen Zwergen machten wir darauf aufmerksam, daß der Radius nicht unbegrenzt abnehmen kann. Bei einer bestimmten Masse des Sterns wird in dem Endstadium der Entwicklung die Raumkrümmung in seiner Umgebung einen derartig extremen Wert annehmen, daß er sich von unserem Raum abschnürt. In unserem zweidimensionalen Modell ist dies dahingehend zu interpretieren, daß sich die warzenförmige Erhebung von der Fläche abschnürt und somit einen selbständigen Kosmos bildet.

Auf die Frage nach der Endlichkeit des Universums zurückkommend wollen wir hier betonen, daß gerade zur Entscheidung dieser wichtigen Frage das Fünfmeterspiegelteleskop auf dem Mount Palomar errichtet wurde. Bekanntlich nimmt der Rauminhalt einer Kugel im nichtgekrümmten Raum mit der dritten Potenz des Radius zu. Im gekrümmten, sphärischen Raum hingegen nimmt er etwas langsamer als mit der dritten Potenz zu. Durch Abzählung der Spiralnebel bis zu einer bestimmten Entfernung muß sich daher ein Schluß auf die Größe der Raumkrümmung gewinnen lassen.

Auch die Expansion des Weltalls läßt sich an Hand unseres zweidimensionalen Modells demonstrieren. Sie bedeutet hierbei nichts anderes als ein Aufblasen unserer zweidimensionalen Seifenblasenwelt. Jeder Beobachter auf dieser Seifenblase wird den Eindruck haben, daß sich alles radial von ihm fortbewegt, wobei die Fluchtgeschwindigkeit mit dem Abstand wächst. Verfolgen wir den Expansionsprozeß des Weltalls in die Vergangenheit, so errechnen wir, daß diese Ausdehnung des Weltalls vor einigen Milliarden Jahren begonnen haben muß. Dieses Ergebnis steht größenordnungsmäßig im Einklang mit den Bestimmungen des Weltalters mittels radioaktiver Methoden.

Aufbau und Entwicklung des Universums

Von Friedwart Winterberg

Wenn wir an einem klaren Abend unseren Blick zum Himmel erheben, sehen wir schon mit unbewaffnetem Auge eine große Zahl von Sternen, die in die Tausende geht. Beobachten wir den Sternhimmel regelmäßig und vergleichen den relativen Abstand der Sterne untereinander, so stellen wir fest, daß nur eine Zahl von Himmelskörpern, die wir an unseren Fingern abzählen können, im Laufe der Zeit ihre Stellung gegenüber den übrigen Sternen verändert. Diese Sterne erregten schon in den frühesten Epochen der Menschheitsgeschichte das Aufsehen der Gelehrten. Wir nennen sie Planeten im Gegensatz zu allen übrigen Himmelskörpern, die man Fixsterne nennt. Die moderne Astronomie hat erkannt, daß die schon von G i o r d a n o B r u n o aufgestellte Hypothese, daß diese Fixsterne Sonnen sind wie unsere Sonne, richtig ist. Neben den einzelnen Fixsternen erkennen wir am Himmel auch deutlich das Band der Milchstraße, dessen Struktur von Galilei zuerst mit seinem Fernrohr aufgeklärt worden ist, wobei sich herausstellte, daß es sich hier um eine ungeheure Anzahl von Fixsternen handelt, deren Anzahl von der modernen Stellar-Statistik auf etwa 50 Milliarden Sonnen abgeschätzt worden ist. Die Planeten sind im Gegensatz hierzu verhältnismäßig kleine Körper, die sich nach den Keplerschen Gesetzen in Ellipsen um einen Stern bewegen. Wie allgemein bekannt ist, gehört zu den Planeten auch unsere Erde. Da die Planeten sich verhältnismäßig nah bei ihrer Sonne befinden, der Abstand der Sonnen dagegen sehr groß ist, wissen wir über Planeten anderer Fixsterne so gut wie nichts. Die Astronomie befaßte sich vom Altertum bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts in erster Linie nur mit der Erforschung unseres Planetensystems. Nur wenige kühne Geister stellten Spekulationen über die Fixsternwelt an, während die Erforschung des Fixsternsystems eine wissenschaftliche Großtat der Neuzeit ist. Wir wollen uns daher im folgenden mit den Ergebnissen dieser neuesten Entwicklung befassen.

Das Rätsel der Sonnenenergie

Wie ist die Sonne entstanden? Was erhält ihre innere Glut und ihre Leuchtkraft und was wird ihr endliches Schicksal sein? Dies sind Fragen, die die gesamte Menschheit interessieren dürfte, deren Wohlergehen von der Sonne und ihrer uns täglich gespendeten Energie abhängt. Die Erforschung der Sonne beginnt mit der Entdeckung der Spektralanalyse durch K i r c h h o f f und B u n s e n, durch die man erkannt hat, daß die Sonne aus denselben chemischen Elementen aufgebaut ist, wie wir sie auch auf der Erde vorfinden und die die Grundlage zu allen weiteren Untersuchungen bildet. Zunächst einige Zahlenangaben: Die Sonne hat eine Masse, die 34tausend mal so groß ist, wie diejenige der Erde. Ihr Durchmesser beträgt 1,4 Millionen Kilometer, die Temperatur an ihrer Oberfläche beträgt 6000 Grad und dürfte im Innern bis auf 15 Millionen Grad ansteigen. Der Druck im Innern beträgt 10 Milliarden Atmosphären. Ihre Entfernung von der Erde liegt bei 150 Millionen Kilometer. Da die Entfernung des Mondes von der Erde rund 380 000 Kilometer beträgt, hätte das System Erde — Mond noch im Innern der Sonne Platz. Seit den Anfängen wissenschaftlichen Denkens ist das Problem der Quellen der Sonnenenergie eines der aufregendsten gewesen und ist erst durch die moderne Physik gelöst worden. Würden wir annehmen, daß die Sonne aus Kohle und Sauerstoff bestehen würde, so wäre sie bei der vor-

handenen Strahlungsintensität im Lauf von 4000 Jahren erloschen. H e l m h o l t z stellte die Hypothese auf, daß sich die Sonne im Laufe der Zeit kontrahieren würde und aus der so gewonnenen Gravitationsenergie ihren Strahlungshaushalt decken würde. Die hierbei erforderliche Kontraktion wäre in der Tat so gering, daß sie sich der Beobachtung entziehen würde. Die Annahme eines solchen energieerzeugenden Prozesses würde der Sonne jedoch nur eine Lebensdauer von einigen hunderttausend Jahren zubilligen. Die geologische Forschung hat aber gezeigt, daß schon in viel früherer Zeit die Sonne ihre lebenspendenden Strahlen zur Erde gesandt hat. Wir müssen also die Helmholtzsche Hypothese fallen lassen, obgleich sie in anderen Epochen der Sternentwicklung nach unseren heutigen Erkenntnissen die ausschlaggebende Rolle spielt. Erst die zweite große Etappe der modernen Astrophysik, die Hand in Hand mit der Aufstellung der Relativitäts- und Quantentheorie und der damit erfolgten Erforschung der inneratomaren Prozesse geht, konnte uns der Lösung des Problems näher bringen. Im Jahre 1905 wurde durch A l b e r t E i n s t e i n im Zusammenhang mit der Aufstellung der speziellen Relativitätstheorie die Äquivalenz von Masse und Energie postuliert. Der gesetzmäßige Zusammenhang drückt sich durch die lapidare Formel $E = mc^2$ aus, wo E die Energie, m die Masse und c die Lichtgeschwindigkeit ist. Anschaulich gesprochen steckt in einem Gramm Masse die Energie 980 000 t zehn Kilometer hochzuheben. Es lag daher nahe, im Innern der Sonne energiespendende Prozesse anzunehmen, die auf einer Umwandlung von Masse in Energie basieren. Eine endgültige Antwort auf diese Frage konnte aber erst im Laufe der Entwicklung der Kernphysik gegeben werden. Wie heute jeder weiß, sind die Atomkernprozesse von großen Energieumsetzungen begleitet. Jedoch sind zur Durchführung derartiger Prozesse große Energien erforderlich, die man auf der Erde beispielsweise mit dem Zyklotron erzeugt. Durch den deutschen Physiker H o u t e r m a n s und unabhängig von ihm durch den amerikanischen Physiker A t k i n s o n wurde erkannt, daß bei den hohen Temperaturen im Innern der Fixsterne derartige energieerzeugende Prozesse ablaufen können. Sie nahmen insbesondere Kernreaktionen an, die auf der Verwandlung leichter Elemente in Helium basieren, die von ihnen betrachteten Prozesse sind jedoch nur für die sogenannten Riesensterne von Bedeutung. Für die Sonne, sowie für die mit ihr in der gleichen Entwicklungsreihe befindlichen sogenannten Hauptsequenzsterne löste der junge C a r l F r i e d r i c h v o n W e i z s ä c k e r, sowie unabhängig von ihm B e t h e, das Problem. Sie nahmen einen zyklischen Kernprozeß an, seither mit Bethe-Weizsäcker-Zyklus benannt, bei dem ein bestimmter Kohlenstoff-Atomkern die Rolle eines Kernreaktionskatalysators einnimmt, der bei Ablauf des Prozesses sich wieder selbst reproduziert, wobei summarisch aus Wasserstoff Helium entsteht. Der Kohlenstoff spielt gewissermaßen die Rolle des Vogels Phönix, der sich aus seiner Asche erhebt. In neuester Zeit haben die thermischen Kernprozesse im Zusammenhang mit der Wasserstoff-Atombombe wieder das Interesse der Physiker erregt.

Kosmische Weiten

Wir wollen uns nun einen Überblick über die Gesamtheit der vorkommenden Sterntypen, ihre Größe, Zustände und gegenseitigen Entfernungen verschaffen. Seit

der Aufstellung des kopernikanischen Weltbildes wurde immer wieder die Frage nach der Entfernung der Fixsterne erhoben. Die wissenschaftlich ernst zu nehmenden Gegner der kopernikanischen Lehre führten ins Feld, daß durch die Bewegung der Erde um die Sonne eine scheinbare Verschiebung der Sterne, die man als Parallaxe bezeichnet, im Laufe des Jahres am Himmel sich kundtun müsse. Dem wurde von den Anhängern der kopernikanischen Lehre entgegengehalten, daß die Entfernung der Fixsterne derartig groß ist, daß eine solche Verschiebung der Beobachtung entgehen müsse. Der erste, der es gewagt hatte eine Fixsternentfernung anzugeben, war der berühmte holländische Naturforscher Christian Huygens. Er stellte folgende Überlegung an: Wieweit müßte sich die Sonne von mir entfernen, damit sie nur noch die Helligkeit des Sirius hätte? Auf Grund des damals schon bekannten Gesetzes der Abnahme der Helligkeit einer Lichtquelle mit der Entfernung errechnete er den Abstand des Sirius von der Erde unter der Annahme, daß er so groß sei wie unsere Sonne, zu rund zehn Billionen Kilometer. Da die gemachte Voraussetzung, wie sich später herausstellte, nicht zutraf, bekam er einen zu kleinen Wert, was aber an der größenordnungsmäßigen Richtigkeit seines Resultats nichts änderte. In der Astronomie der Fixsterne ist es üblich geworden, statt mit Kilometern in Lichtjahren zu rechnen. Ein Lichtjahr ist die Entfernung, die das Licht im Laufe eines Jahres zurücklegt. Da das Licht in der Sekunde 300 000 Kilometer zurücklegt, errechnet sich die Entfernung von einem Lichtjahr zu rund zehn Billionen Kilometern. Die oben erwähnte Fixstern-Parallaxe konnte im letzten Jahrhundert zuerst von Bessel mit einem von Fraunhofer konstruierten Gerät gefunden werden. Das Verfahren wurde im Laufe der Entwicklung so verbessert, daß man heute Sterne bis zur Entfernung von 500 Lichtjahren parallaktisch erfassen kann. Dieses sich hierauf gründende, sicher fundierte Beobachtungsmaterial gibt uns die Möglichkeit, weit in den Raum vorzustoßen. Man erforschte die Zusammenhänge, die bei diesen Sternen zwischen wahrer Leuchtkraft und Spektraltyp bestehen und konnte dann mit der Huygens'schen Methode in die größten Tiefen des Raumes vordringen. Es zeigte sich, daß unsere Sonne zusammen mit allen sichtbaren Sternen dem großen Verband der Milchstraße angehört, der ein gigantisches Sternsystem von 50 Milliarden Sonnen und einem Durchmesser von 100 000 Lichtjahren darstellt. Die Gesamtheit dieses sogenannten galaktischen Systems ist ein linsenförmiges Gebilde mit einer Spiralstruktur, wie wir sie auch bei anderen extragalaktischen Systemen vorfinden. Durchmusterungen der Vielfalt der Sterne, so rollt vor unseren Augen ein gewaltiges Bild kosmischer Entwicklung ab. Zuerst stellen wir bescheiden fest, daß unsere Sonne einen ganz normalen Durchschnittssterne von verhältnismäßig geringer Größe darstellt. Die größten Sterne, die wir kennen, haben einen Durchmesser, der das tausendfache des Sonnendurchmessers übertrifft. Andere dagegen haben die Größe unseres Erdmondes. Erstere haben eine extrem geringe Dichte, letztere dagegen eine extrem hohe, erstere stellen wohl die Jugend, letztere den Tod einer Sonne dar. Es gibt Sterne, die eine Oberflächentemperatur von einigen 100 000 Grad besitzen, während andere Temperaturen unterhalb von 1000 Grad haben und die Möglichkeit der Existenz von chemischen Verbindungen geben. In allen Fällen befinden sich die Sterne jedoch durchweg im gasförmigen Zustand. Wir finden pulsierende Sterne und solche, die plötzlich mit ungeheurer Wucht explodieren. Um das große Gebiet der Sternentwicklung verständlich zu entwickeln, ist es notwendig, mit dem Endstadium der Sterne zu beginnen.

Geburt und Tod der Sterne

Wenn die energispendenden Stoffe im Sterninnern aufgebraucht sind, wird der Stern entsprechend der Helmholtz'schen Annahme kontrahieren, da der für das Verständnis der Sternesetzmaßigkeiten wesentliche, den Gravitationskräften entgegenwirkende Strahlungsdruck wegfällt. Durch die fortlaufende Kontraktion erreichen hierbei die Sterne eine Dichte mit dem ungeheuren Wert von 10^{14} g/cm³, wie wir sie in den Atomkernen vorfinden. Das bedeutet, anschaulich gesprochen, nichts anderes, als daß ein sandkorngroßes Gebilde dieses Zustandes so viel wie ein Schlachtkreuzer wiegt. Der extremste Vertreter dieser Sterne, der uns gegenwärtig bekannt ist, hat an der Oberfläche eine Dichte von einer Milliarde g/cm³. Trotz dieser ungeheuren Dichte muß der Aggregatzustand eines solchen „weißen Zwerges“ immer noch der gasförmige sein. Jedoch gelten hier nicht mehr die Gesetze der klassischen Gasstatistik, sondern die von dem italienischen Physiker Enrico Fermi aufgestellte Fermi-Statistik. Der Gasdruck eines unter den Gesetzen dieser Statistik stehenden Gases ist, wie man zeigen kann, kleiner als der von der Gravitation verursachte, entgegengesetzt wirkende Druck, wenn nur die Gesamtmasse des Körpers einen kritischen Wert erreicht hat.

Die hierbei herrschenden gesetzmäßigen Zusammenhänge wurden erstmalig von den beiden indischen Astrophysikern Chandrasekhar und Kothari erfaßt. Sie stellten sich die Frage, wie hoch der Druck in einem Himmelskörper sein muß, damit die Atome in seinem Innern zerquetscht werden, ähnlich wie etwa eine Mauer unter einem auf ihr lastenden Druck zusammenbricht. Als kritische Masse ergab sich hierbei ein Wert, der bei dem größten Planeten unseres Sonnensystems, dem Jupiter, realisiert ist, in dessen Innern ein Druck von elf Millionen Atmosphären herrscht, wohingegen der Druck im Mondinnern bei „nur“ 1,6 Millionen Atmosphären noch nicht den atomzermalmenden Wert erreicht.

Im Laufe ihrer Untersuchungen stellten die beiden Gelehrten ihre berühmte Radius-Masse-Beziehung auf, derzufolge der Radius eines Körpers mit wachsender Masse bis zum kritischen Wert zunimmt, um dann bis auf den Wert Null abzunehmen. Durch eine weitere unten zu besprechende Folgerung der allgemeinen Relativitätstheorie tritt jedoch dieser Endwert de facto nicht in Erscheinung. Weiter wurde erkannt, daß die weißen Zwerge in ihrem Endzustand nur noch aus Neutronen bestehen.

Während wir so über den Tod der Sterne schon verhältnismäßig viel Erkenntnisse gewonnen haben, ist unser Wissen um die Geburt der Sterne noch recht bescheiden. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch im heutigen Entwicklungsstadium des Universums noch laufend Sterne geboren werden. Diese Annahme wird neuerdings dadurch gestützt, daß man auf einem Stern das radioaktive Element Technetium gefunden zu haben glaubt. Da dieses Element sehr leicht zerfällt, muß daraus gefolgert werden, daß dieser Stern nicht älter als einige hunderttausend Jahre sein kann. Beim heutigen Stand der Entwicklung sieht es so aus, als ob sich die Sterne aus Zusammenballungen kosmischen Staubes entwickeln. Durch die kontinuierliche Kontraktion eines Sternes wird dann schließlich der Zustand erreicht, bei dem in seinem Innern Kernreaktionsprozesse zum Anlaufen kommen. Hierbei wird der Stern in vielen Fällen instabile Zustände durchlaufen, wie wir es bei den pulsierenden Sternen beobachten, bei denen eine periodische Aufblähung stattfindet, die durch die im Innern ablaufenden heftigen Kernreaktionsprozesse verursacht wird.

Während bei den kleineren Sternen diese Prozesse sich im wesentlichen im Innern abspielen, müssen wir bei Riesensternen das Schalenquellensternmodell zugrundelegen, demzufolge sich die Kernreaktionen vom Innern langsam nach außen fortpflanzen, wobei sich im Zentrum des Sterns ein hochdichter Kern im Sinne der Fermi-Statistik ausbildet. Die Dauer der Sternentwicklung von der Geburt bis zum restlosen Verbrauch des energispendenden Wasserstoffs dürfte einige Milliarden Jahre betragen, während die Phase der Kontraktion bis zum hochentarteten Neutronenstern etwa fünf Millionen Jahre in Anspruch nehmen wird. Wie mehrfach betont, ist die Schlacke der Kernprozesse das Edelgas Helium. Auf Grund seiner geringeren Undurchlässigkeit gegenüber der Wärmestrahlung wird die Temperatur im Innern der Sterne stetig wachsen, bis aller Wasserstoff aufgebraucht ist. Durch die Temperatursteigerung werden aber andererseits die Kernreaktionsprozesse immer schneller ablaufen, so daß wir die Sterne etwa mit einem Ofen vergleichen können, dessen Temperatur umso höher ist, je weniger Brennmaterial er noch enthält.

Das Novaphänomen

Es gibt aber auch Entwicklungsphasen der Sterne, die sich von allen bisher betrachteten durch ihren Katastrophencharakter unterscheiden. Es kommt nämlich vor, daß ein Stern ohne erkennbare Ursache plötzlich mit ungeheurer Wucht explodiert. Im Jahre 1472 entdeckte der dänische Astronom Tycho de Brahe, als er am Nachmittag seinen Arbeitsraum verließ und sich ins Freie begab, zu seiner größten Verwunderung einen Stern, der am Tageshimmel zu sehen war. Im Laufe der Geschichte wurden derartige Erscheinungen in verschiedenem Ausmaß wiederholt beobachtet. Die scheinbar naheliegende Annahme, daß es sich hierbei um Sternzusammenstöße handelt, kommt auf Grund der statistischen Wahrscheinlichkeit nicht in Frage. Vielmehr haben die modernen Erkenntnisse gezeigt, daß es sich bei diesem Phänomen um Sternexplosionen von ungeheurer Wucht handelt, die man mit dem Namen Nova belegt. Als im Jahre 1918 die Nova Aquila aufleuchtete, konnte aus den damals bekannten Plattenarchiven die Existenz eines Praenovazustandes sichergestellt werden. Großes Interesse wurde der Frage entgegengebracht, um was für einen Stern es sich hierbei handelt, was jedoch nur auf Grund des Spektrums im Novovastadium entschieden werden kann. Im Laufe der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden nun sehr intensiv die Spektren vieler Sterne aufgenommen. Als in den dreißiger Jahren im Sternbild des Herkules wieder eine Nova beobachtet wurde, wurden sämtliche in der Welt befindliche Plattenarchive fieberhaft durchstöbert, um festzustellen, ob dieser Stern vorher spektralanalytisch erfaßt worden war. Glücklicherweise konnte das Spektrum tatsächlich aufgefunden werden, und es zeigte sich, daß es ein Stern gleich unserer Sonne war. Im Laufe der Jahre wurde festgestellt, daß der Stern durch die Wucht der Explosion in zwei Stücke zerrissen ist, die sich mit großer Geschwindigkeit voneinander entfernen. Es erhebt sich sofort die Frage, ob unserer Sonne nicht ein ähnliches Schicksal beschieden ist. Obwohl eine gültige Antwort beim heutigen Stand unserer Erkenntnis noch nicht gegeben werden kann, ist auf Grund der statistischen Wahrscheinlichkeit dieses Ereignis, das für uns einen Weltuntergang gleichkommen würde, nicht zu erwarten. Um einen Begriff von dem Ausmaß derartiger Sternkatastrophen zu gewinnen, muß gesagt werden, daß die Helligkeit eines solchen Sternes innerhalb weniger Stunden auf das Zehntausendfache der Sonnenhelligkeit

anstiegt. In extremen Fällen wurden Intensitäten bis zum 500 000-fachen der Sonnenhelligkeit beobachtet.

Es gibt aber auch noch Phänomene von Sternexplosionen, die die hier beschriebenen noch wesentlich übertreffen und die unter dem Namen Supernova laufen. Auch der Stern von Tycho de Brahe fällt unter dieses Phänomen. Aus chinesischen Überlieferungen ist zu schließen, daß um die Jahrtausendwende eine solche Supernova auftauchte und der Stern von Bethlehem ist wohl auch hierzu zu rechnen. Auf Grund der historischen Daten haben Baade und Zwicky abgeschätzt, daß eine Supernova in unserem Milchstraßensystem etwa alle 300 Jahre auftritt. Wie die moderne astronomische Forschung gezeigt hat, gibt es gleich unserem Milchstraßensystem in Abständen von Millionen von Lichtjahren weitere Milchstraßensysteme. Nun dachte sich Zwicky, als er das Verzeichnis extragalaktischen Milchstraßensysteme durchsah, wenn diese zahlreichen Sternansammlungen wirklich unserem Sternsystem analog sind, dann müssen ja auch sie das Supernovaphänomen zeigen. Und wenn in jedem dieser Systeme eine derartige Explosion alle dreihundert Jahre einmal stattfindet, so stehen meine Chancen nicht schlecht, wenigstens eine Supernova zu finden, bevor ich in die Sommerferien gehe. Nachdem er aus dem Katalog mehrere hundert Sternsysteme ausgewählt hatte, wurden diese von ihm systematisch Nacht für Nacht photographisch erfaßt. Endlich, nach drei Monaten konnte er tatsächlich dieses seltene Phänomen auf einer Platte bannen. In der Folge konnten dann weitere Supernovae erfaßt werden, so daß wir heute über ein bescheidenes, aber zu weiteren Untersuchungen schon geeignetes Beobachtungsmaterial verfügen. Die Explosion ist so gewaltig, daß der Stern innerhalb weniger Stunden mehrere Milliarden mal so hell wie unsere Sonne wird.

In der Folge der theoretischen Untersuchungen wurde von Zwicky die Hypothese aufgestellt, daß die Ursachen derartiger Sternkatastrophen in dem plötzlichen Zusammenbruch des Sterninnern zu suchen sind, wobei riesige Beträge Gravitationsenergie schlagartig freigesetzt werden. Als Ursache des Zusammenbruchs nahm er das Aussetzen der Kernreaktionen an, wodurch eine starke Abnahme des Strahlungsdruckes bedingt ist. Bei genügender Größe des Sterns wird dann nach Chandrasekhar und Kothari dessen Radius unbegrenzt abnehmen. Diese Hypothese hält aber einer strengen Kritik nicht stand. Dagegen scheint eine Theorie von Gamow und Schöberg der Lösung näher zu kommen. Sie halten an der Annahme des Zusammenbruchs fest, machen jedoch eine andere Ursache dafür verantwortlich. Es ist den beiden Gelehrten in der Tat gelungen, den Beweis dafür zu erbringen, daß bei den in Riesensternen im Laufe der Kontraktion vorhandenen Temperaturen von einigen Milliarden Grad mit Notwendigkeit ein neuer, bis jetzt völlig unbekannter Kernprozeß eintreten muß. Die mit dem Einfangen und dem darauffolgenden Wiederausenden von freien Elektronen durch die Atomkerne verbundene Reaktion besteht in der Bildung einer großen Anzahl von Neutrinos die infolge ihrer geringen Masse und ihres elektrisch neutralen Charakters ein unvorstellbares Durchdringungsvermögen besitzen. Diese Elementarteilchen könnte man infolgedessen glatt durch die Erde oder Sonne hindurchschießen, ohne daß sie abgebremst würden. Die bei dem oben geschilderten Kernprozeß nun plötzlich entstehenden Neutrinos entweichen aus dem Sterninnern mit der größten Leichtigkeit in den Weltraum, wobei sie einen großen Teil der im Sterninnern vorhandenen Energie mitnehmen. Die Folge ist ein Absinken des Drucks im Sterninnern, wodurch der Zusammenbruch des Sterns verursacht wird.

Ein Mann von dreißig Jahren

von Klaus Nonnenmann

Das Telegramm kam gegen 16 Uhr. Er schrie nicht auf, er zuckte nicht zusammen. Etwas bleich schloß er das Diktat: „... und kann nach Aktenlage Ihrem Antrag auf Pflegegeld nicht entsprochen werden.“ I. A.: Käfer, Sachbearbeiter.

„Das wärs für heute, Fräulein Sievers. Übrigens (meine Hände zittern, Vorsicht!) — ich komme nicht mehr zum Amt. Ich kündige schriftlich, bitte sagen Sie den Kollegen Bescheid. Gute Zeit!“

Er nahm den Hut und ging nach Hause. Zum Glück ist sie wieder verreist, dachte er, und zog sich in der Küche die Pantoffel an. Seine Lippen waren kalte Energie. Er nahm das Telegramm und las es zum zweitenmal: LOS NUMMER 17 104 HERZLICHEN GLUECKWUNSCH (Die täuschen sich doch nicht?!)

Er nahm Papier und Blei, setzte sich an den Küchentisch und schloß die Augen: ich bin ein Mann von dreißig Jahren, das ist noch alles zu schaffen, das geht noch prima. Sie kriegt ein Viertel, damit kann sie was anfangen. Kein Kind! Jetzt bin ich froh. Sie wird sich damit abfinden. Herrgott! Und mir das Hotel, gleich morgen zur Bank, Fünfzig als Anzahlung. Das Messegelände! Der hat keinen Schimmer. Ich bin erst dreißig und bin plötzlich soweit, ich bin soweit, ich bin —

Er fuhr durch die dünnen Haare, stand auf und ging in ihr Schlafzimmer. Und saß vor dem Spiegel. Sehr lange. Dann schrieb er in der Küche einen Zettel, in Buchhalterdisziplin, exakt untereinander, mit Strich und Klammer:

- A Körper — (Kosmetik, Kleidung)
- B Geist — (Bildung)
- C Seele — (

Weiter kam er nicht.

Er schrieb seiner Frau. Sie solle mit den 20 Tausend machen, was sie wolle, das Geld käme per Anweisung, er rate zu einem Kiosk (Du weißt ja, die Ecke Kronprinzenstraße), er habe heimlich ein ganzes Los gespielt. Und es sei besser so. Sie könne ihm helfen — ein neues Leben (für Beide!), und alles in der Wohnung gehöre ihr, auch das Radio. Kuvert: Frau Anna Käfer, zur Zeit —

Ich bin ein Mann von, mein Gott, sie wird schon sechsunddreißig, ich muß es tun, das Hotel, mein Zettel, Körper — Geist — Se. Und er schlief ein.

Joseph Käfer, katholisch, Bauernsohn, Flucht vor Schweinestall und Flachsernte bei 40 Grad Hitze: aktiver Unteroffizier. Mit Lebenschance: langer Krieg (ging schief). Deutsches Kreuz in Gold, gemeldet zum Offizierslehrgang ohne Abitur (ging schief). Darauf Papierkörbe geleert und Akten geordnet bei der Landesversicherungsanstalt, aber rasch und zäh: A-Lehrgang, B-Lehrgang mit Auszeichnung, die Kollegen durch Ellenbogen gemürbt, dienstjüngster Sachbearbeiter (aber wo kann das hinführen, bestenfalls?!). Die Frau stammt aus dem Heimatdorf, sein erstes Heuerlebnis (das kann doch nicht ewig locken!). Und dann ein g a n z e s Los!

Am nächsten Morgen setzte er sich vor seinen Terminkalender. Der Rausch der Organisation machte ihn fiebrig. Ein Jahr — schrieb er über die erste Seite, dann, in ungeohnter Pathetik: M e i n Jahr! Rot unterstrichen.

Sie hatten sich nicht getäuscht. Das Geld kam. Mit ihm Reporter und alte neue Freunde. Er zog in ein Hotelzimmer, bescheiden, aber angemessen, seine Frau war's zufrieden, die Scheidung ging glatt.

Körper — Geist — Seele, dieser Dreiklang faszinierte sein Leben. Alles wurde ihm eingefügt, täglich, stündlich, in Plan, Haltung und Zeitverschleiß, mit schmalen Lippen durchlebt. Zuerst die Schieloperation (Privatpatient im ungewohnten Genuß devoter Ärzte) — und rasch die kosmetische Ergänzung: die Ohren (abstehend, das war schon als Junge kaum zu ertragen). Und endlich, lange Wochen zäh durchessen: die Zähne! Alles in Weiß. Kommissstahl (Hält! Der Nächste) in Weiß, kein Gold (das wäre ja noch schöner) — der gelbe Eckzahn, der alte Stumpfen, Stück für Stück in Weiß und auf die Nerven, und ein strahlender Zahnarzt.

Er führte Buch, seinem Selbst gehorsam und sehr penibel. Das Hotel, eine Kindheitssehnsucht, wurde gekauft, die späteren Raten gedrückt, die alten Hypotheken mühsam verlängert. Nach Vertragsschluß erfuhr der senile Verkäufer die Lage — das neue Messegelände war neben dem Hotel geplant (Dieser Verlust wurde der Rest seiner Haltung — er trank und fühlte sich wohl!) Herr Käfer hatte in Stadtrat und Planungsamt einige Noten verteilt: der Vertrag war perfekt.

Und weiter am Körper: die Haare gelichtet, das ließe sich vielleicht bremsen (Herr Käfer, ich will Ihnen nichts versprechen, aber kommen Sie regelmäßig). Und Massagen, sein Bürospeck wurde lästig, darauf gut-edler Sport: Fechten, Reiten und Tennis (Mein Herz! Nanu, seit wann spür ich denn was?!).

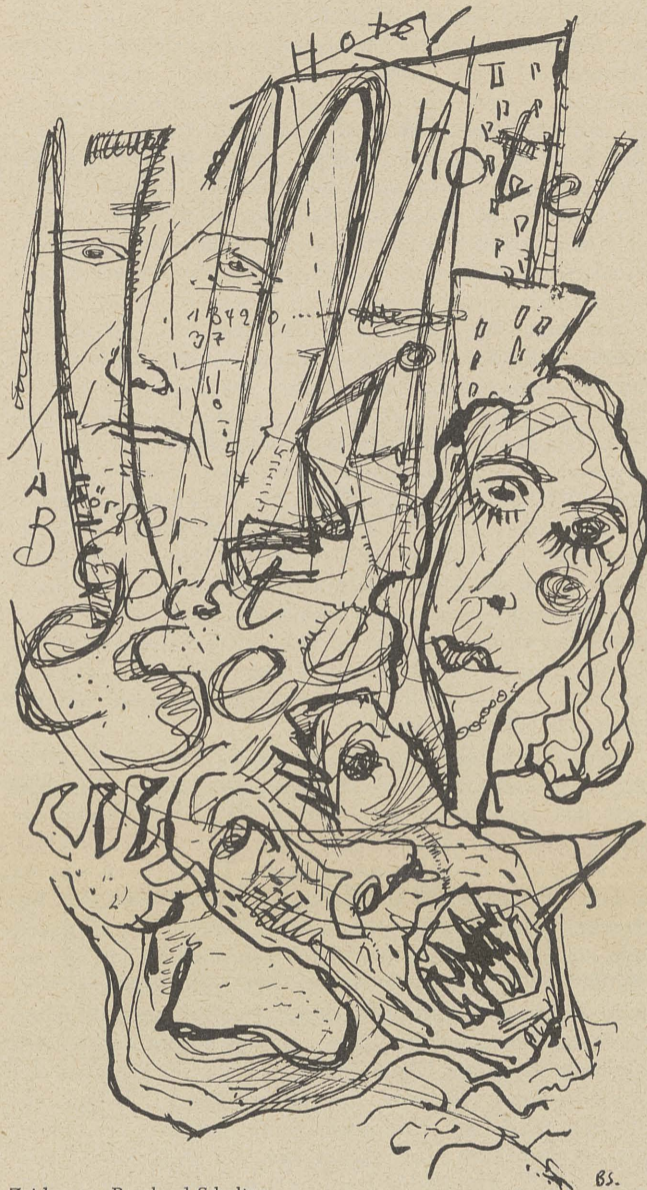
Ein Kapitel der Kleidung. Sein Hotelzimmer wurde ein Lager, vom Frack bis zum Siegelring. Diebstahlversicherung DM 10,— pro Jahr, das wars ihm wert.

Der Geist wurde mühsam: Sprachkurse, Volkshochschule, Theater und die Lektüre, alles fremd, alles sehr fremd, aber gerade hier zwang ihn sein schmallippiger Wille. Noch war der Umgang mit Geist-Trägern — als Prüfungsdebatte kalkuliert — sehr peinlich und forderte Mut für den nächsten

Termin. Doch milderte Geld die Arroganz seiner Partner. Er gab nicht nach, Herr Käfer gab niemals nach, er war klug, und warum sollte er das nicht schaffen!

Das hohe Ziel blieb die Frau. Dreizehn Jahre am Heuerlebnis gedarrt, das macht Hunger und schafft Komplexe. Schon jetzt, im Hotel, versuchte er, bei exakter Buchkontrolle, Steigerungen, aber die Klasse mit Geist blieb vorerst verschlossen (o wer vergißt die erleuchteten Fenster des gröhrenden Offizierskasinos — als Wachhabender-Sklave und U.v.D.?!).

Weiter im Geist, das Jahr drängte zu Ende, und ein Hotel: das ist Traumfilm und Glanz und ölige Diskretion, das muß man leben, selbst in sich atmen, er selbst, Joseph Käfer (o dieser Name!). Ein Rednerkurs in sechswöchiger



Zeichnung: Bernhard Schultze

Garantie, Einführung in Philosophie, und allein schon die termini, welch ein Ballast! Doch sein Mund blieb schmal: ein Lexikon im Hotelzimmer, diebstahlversichert — viele Regale und viel Papier. Und allmählich der echte, gelebte Wandel vom Ehrgeiz zum Spiel und zur Macht. Und — es wurde ihm heiß — über Snobismus zur drängenden Neugier des Geistes. Das Ziel aber blieb — er steigerte Frauen, er führte satirisch Replik (meine Liebe! Das können Sie kaum beurteilen, ich fürchte, die Materie blieb Ihnen verschlossen). Sein Blei führte Buch — und die Skala der Siege.

C Seele, das war am schlimmsten, die sollte sich nähren aus A und B. Gott oder Tanzkurs? Er wählte das Tanzen, lange und unermüdlich. Fortbildungsstunden und etwas Steppen. Er war gewandt, schon als Rekrut war er der erste auf der Eskaladierwand (mit Gasmaske, dieser verfluchten Büchse).

Zwei Gänge zum Psychoanalytiker, man ist modern (Privat? Dann diese Tür, bitteschön) — aber er wußte selbst, was er brauchte, und bei wertsteigerender Skala im Eros wurde die Seele gesund. Kraft durch Freude — und dann (noch zwei Monate!) sein neues Hotel! Er las Verwaltungsbücher, er lernte kochen und war Kellner als Volontär im benachbarten Thermalbad. Das alles polsterte seine Seele.

Eines Tages, man kam zu Ende, las er Prospekte und Zeitung. Er wollte sein Großes Jahr abschließen durch Aufenthalt in einem Hotel am Genfer See, dort kollegial Einblick gewinnen — als Ausblick fürs neue Messegelände (o Symphonie der Betonmischmaschinen!) Da fand er das Inserat: Adelliger adoptiert. Chiffre B 12. Er schrieb hin, postwendend kam Nachricht: Zehntausend Mark, Treffpunkt in Genf. Das war nicht vorgesehen im Buch, und dennoch, nach einer schmallippigen Stunde gab er das Telegramm und fuhr.

Er reiste erster Klasse, Gepäck durch Sklaven. Die Zähne, die Haare, die Augen, die Ohren, die Kleidung, das Wissen, der Umgang, die Frauen, Kreditbrief und Paß, zwei Sprachen in Erwartung der Grenze — so saß er im Polster

und schaute durchs Fenster. Dann sah er die alte Wohnung am Güterbahnhof, russig und ohne Sonne — dort wohnte Anna. Er nahm eine Zigarette (habe ich jemals wieder so echt — Vorsicht, die Hände! Anna! Wie sie wohl lebte? Anna! Er beugte sich weit aus dem Fenster.

Alles regelte ein Notar: Joseph wurde Freiherr von Reichenbach, aus Liebe, versteht sich. Dankbar schenkte er die zäh gedrückten Sechstausend dem Vater (Vertrag nichtig, verstößt gegen gute Sitten, aber das Geld gentlemanlike überwiesen) — eine unverschämte teure Sohnschaft, Herr Käfer von Reichenbach notierte sie unter: Seele (denn sie gab Frieden).

Adieu Joseph, und vergiß Deine Anna vom duftenden Heu, den ersten, den Einzigen Kuß Deines Lebens! Sie steht hinter der Theke, sie lacht schon zuweilen, wenn man heiße Würstchen verlangt und sie lobkauend am Weißblech verschwätzt — sie wird sich finden.

Hier liegst Du im Park, Dein weißer Smoking wird knittern, gib acht! Madame Thibaud ist empfindlich! Mußt Du unbedingt eine Luxusjacht mieten? Käme man heute nacht nicht auch ohne Segel in ihr Appartement?

Er fährt hinaus auf den See, lächelnd, verkrampft lehnt er am Mast, denn Madame wünscht ein pikantes Gegenlicht mit Gelbfilter und kniet in schwieriger Position an Deck.

Halt Dich, von Reichenbach! Das Wasser ist eisig, und Dein Herz — Du weißt, das Jahr war eine Schinderei! Hoppla, da liegst Du im Wasser. Nicht wahr, der Smoking ist lästig beim Schwimmen? Und partout diesen Volkssport hast du zu wenig geübt. Was ist los mit Dir? Diese kleine Affäre, peinlich, gewiß, aber warum zögerst Du? Sollte die Seele — spürst Du die offene Klammer im Taschenkalandar? Lohnt es die Rettung nicht mehr? Erlaube, daß wir das seltsam finden — unglaublich fast — es kam uns z u plötzlich! Nur hundert Meter! Man winkt Dir entgegen, entscheide Dich, Freiherr von Reichenbach. — Nun, wie Du willst, und wir verstehen Dich gut, Joseph. A Dieu!

Expressionistisches Drama

Die Studiobühne spielte Georg Kaisers Schauspiel: „Das Frauenopfer“.

Im Mittelpunkt steht eine Frau, die sich für ihren Mann schänden läßt, und, als er dieses Opfer verwirft, auch noch für ihn stirbt.

Hier klingt vieles an — am deutlichsten, daß die Frau heute ihrer Hingabe selbst einen Sinn geben muß, denn der Mann scheint Marionette in einer geschichtlichen Welt geworden, die ihn zum Häftling der Ereignisse macht. Oder: daß die Frau nicht aufhören kann, den Mann auf einen Thron heben zu wollen, um ihn lieben zu können; daß sie sich lieber seiner Vergötzung zum Opfer bringt, als den Versuch zur Liebe aufzugeben.

Daß der Mann den Kerker ablehnt, zu dem ihm ihr Opfer wird und es als Egoismus auf sie zurückwirft, daß er seine Würde nicht ihrer Geste verdanken will. (Ins Extrem getrieben: das vom Expressionismus viel bevorzugte Thema von Harlekin und der Dirne.)

Wer es liebt, das Drama unter dem Gesichtspunkt der Säkularisierung, d. h. der Entwicklung von Theodizee zum Nihilismus, zu sehen, kann auch aus diesem Drama das Fehlen des dritten Faktors herauslesen, auf den bezogen Liebe der Frau nicht Vergötzung, sondern Liebe in Gott ist, und die Liebe des Mannes nicht schwach verbrämte Begierde, sondern verantwortungsvolles Umfängen.

Es sind viele Momente, die uns angehen, und es läßt sich viel daraus machen in einer Inszenierung, wenn man der Gefahr entgeht, alles nur auf heroisches Pathos oder die sensationelle Hitzigkeit einer Abendzeitungsmeldung zu stimmen. Zum Ersten verführt das stets aus den Gedankengängen herausplatzende jähe Handeln, das kaum durch gefühls- oder willensmäßige Hinführung vorbereitet ist; zum Zweiten verführt die Plakathaftigkeit der Anrufe mitten im atemlosen Tempo des geschichtlichen Wirbels. Gesteigerter Zustand gehört zum Expressionismus, aber er realisiert sich nicht in ununterbrochener Hast im ständigen Fortissimo, bei dem die Worte aneinander kleben wie Papierfetzen in einem Windkanal, und bei dem keine Pufferung möglich ist, aus der sich das Geheimnis der Atmosphäre bildet. Wechsel von kühler Bedrohnis und spitzen Aufschrei wäre besser gewesen, auch huschende Gespenstigkeit um das grell Unerträgliche. Kaisers Anweisungen des Milieus und die persönlich benannten Gestalten verlocken dazu, die stellvertretende Anonymität des Problems in realistischer Darstellungsweise zu verflachen, die doch nicht durchgehalten werden kann, weil Ereignis und Sprache zur stilisierten Abstrahierung in Bewegung und Gestaltung des Worts drängt. Beides nebeneinander, Realistisches und Stilisiertes bringt beide Möglichkeiten in Verlegenheit. Entweder erscheinen die realistischen Momente als Phantasiosigkeit gegenüber dem Expressionismus, oder die stilisierten symbolischen Momente als unfreiwillige Steifheit und Verkrampfung.

Es fing interessant an: mit der Geste des Excelman (die Kaiser selbst vorschreibt), das Lehnen an der Wand; gut auch die Silhouette zu Beginn des zweiten Aktes sowie der nach unten hängende Frauenkopf am Schluß des dritten Aktes. So hatte man sich das Ganze gewünscht und die dementsprechende Einstimmung der Gestalten aufeinander.

Der Graf wirkte auch meist in bezug auf seinen Text wie einer, der mit heißen Kastanien spielt (nur schnell los werden).

Außerordentlich gut sprachlich und darstellerisch die Gräfin (wenn auch die Auffassung ihrer Gestalt zu harmlos war).

Bresson hätte man dämpfen müssen — und die arme Mutter Joineau: man ließ ihr kaum den Raum, den sie zum Dasein brauchte. Nicht schlecht der Offizier, Excelman zu sehr chargiert.

Erika Schumann-Buch

Semper idem

„Was heute vollends als Philosophie des Nationalsozialismus herumgeboten wird, aber mit der inneren Wahrheit und Größe dieser Bewegung (nämlich mit der Begegnung der planetarisch bestimmten Technik und des neuzeitlichen Menschen) nicht das Geringste zu tun hat, das macht seine Fischzüge in diesen trüben Gewässern der ‚Werte‘ und der ‚Ganzheiten‘“. Diesen Satz findet der erstaunte Leser in einem im Jahre 1953 in Deutschland erschienenen Buch, und sein Erstaunen wird nur wenig durch die Feststellung gemildert, daß hier unverändert der Text einer 1935 gehaltenen Vorlesung wieder erscheint. Martin Heidegger erklärt in der Vorbemerkung zu seiner „Einführung in die Metaphysik“⁽¹⁾, das in runden Klammern Stehende sei gleichzeitig mit der Ausarbeitung geschrieben worden. Warum aber wird heute ein derart vollständiger Abdruck angestrebt? Konnte sich der Verfasser der „Holzwege“ und des Briefes „Über den Humanismus“ — Schriften, die seine Reden im Dritten Reich zu entschuldigen oder vergessen zu machen suchten — nicht zu einer Bearbeitung entschließen? Oder ist die Zeit schon wieder reif für ein „Bekenntnis“? Legt Heidegger wieder Wert darauf, die Philosophie in nationale Begrenzungen einzuzwängen, und erinnert deshalb daran, daß er als ihr Ziel „eine denkerische Eröffnung der Bahnen und Sichtweiten des maß- und rangsetzenden Wissens“ genannt hat, „in dem und aus dem ein Volk sein Dasein in der geschichtlich-geistigen Welt begreift . . .“ Sind Rußland und Amerika wieder „beide, metaphysisch gesehen, dasselbe; dieselbe trostlose Raserei der entfesselten Technik und der bodenlosen Organisation des Normalmenschen“?

Heideggers „Einführung in die Metaphysik“ ist für die Beurteilung der Geistesgeschichte der ersten Jahre des nationalsozialistischen Regimes von entscheidender Bedeutung, weil sie zeigt, bis zu welchem Grade der Selbsterniedrigung vor der neuen „Weltanschauung“ gewisse Kreise der deutschen Wissenschaft damals zu gehen bereit waren. Spätere Erklärungen und Beschwichtigungen sind durch die jetzige Veröffentlichung wieder in Frage gestellt. Der Heidegger von „Sein und Zeit“⁽²⁾ legte den Hauptakzent noch auf die freie Entscheidung des Individuums, während sich in den folgenden Jahren der Schwerpunkt auf das Sein, jene mystische, säkularisierte Gottheit verlagerte, die der Philosoph neuerdings durch die Schreibweise „Seyn“ entprofanisiert. Dieser vage, zu den Prinzipien einer syntaktischen Logik im Widerspruch stehende und zäh an der Substanz-Kategorie festhaltende Begriff kann jede mögliche opportune Bedeutung annehmen. Im Jahre 1935 bezeichnet er eine dunkle Kraft und Macht, von der das „gefährdete Volk“, das „metaphysische Volk“ in einer Zeit, in der „die große Entscheidung über Europa“ fallen muß, den beschwörenden Anruf erhält, „sein Schicksal zu erwirken“ und sich selbst aus der Geschichte des Abendlandes, die schon seit Plato eine Geschichte des Verfalls sei, „hinauszustellen“. Mit dem Appell, das deutsche Volk solle sich aus dem internationalen geistesgeschichtlichen Zusammenhang lösen, verbindet sich sogleich der deutsche Hegemonieanspruch: das Volk, das wieder zu dem „ursprünglichen Bereich der Mächte des Seins“ aufgebrochen ist, ist allein zur Rettung des Abendlandes berufen.

Wie 1935, so 1953! In einem längeren Aufsatz hat die „denkende Zwiesprache“ mit dem 1914 gestorbenen österreichischen Dichter Georg Trakl Formulierungen gefunden⁽³⁾, die für die Beurteilung der Methode des Philosophen wichtig sind. In den späteren 30er Jahren hatte Heidegger bereits mit den Hölderlin-Interpretationen seine Thesen in der Auseinandersetzung mit einem Dichtwerk zu formulieren gesucht. Damals bedeutete der Rückzug auf das scheinbar neutrale Gebiet der Dichtung ein Ausweichen vor der immer unbequemer werdenden öffentlichen Diskussion. Heute wäre derartige Rücksicht nicht erforderlich. Aber sicher hat Heidegger erkannt, daß man weitere Kreise erfaßt, wenn man sich dem Publikum unter der Devise der Kunstbetrachtung und der literarischen Kritik nähert, als wenn man unmittelbar seine philosophische Lehre vorträgt. Indem er feststellt, Trakl sei der „Dichter des noch verborgenen Abend-Landes“, gibt er dessen Werk einen politischen und zugleich eschatologischen Akzent.

Das „Abend-Land“ ist „noch verborgen“. Trakl hat es geahnt. Und Heidegger will den Prophezeiungen des Sehers Trakl wieder Gehör verschaffen. „Noch verborgen“ — darin liegt eine Negation aller gegenwärtigen Bestrebungen zur Rettung des abendländischen Menschen, darin liegt zugleich eine Negation der ganzen bisherigen abendländischen Geschichte. Bei Trakl soll das „Abend-Land“ das Ziel sein, dem die Seele, „ein Fremdes auf Erden“, zustrebe. Fremd sein, heiße auf der Wanderschaft sein (althochdeutsch „fram“). Die Seele sei auf dem Wege nach dem „Lande des Abends“, in die „Dämmerung, das Tor zum Untergang“, der die Pforte zu einem neuen „Anbeginn“ sei. Die Seele sei auf ihrer Wanderung „abgeschieden“, der „Fremdling“ — zu dem sie personifiziert wird — wandere in „Abgeschiedenheit von den andern“, die den „Ruf in den Untergang“ nicht zu hören vermögen. Nur selten unterbricht der Interpret seine Paraphrasen über die Worte des Dichters und drückt sich unmittelbar aus: „Die Ortschaft des Ortes, der Trakls Gedicht in sich versammelt, ist das verborgene Wesen der Abgeschiedenheit und heißt ‚Abendland‘. Dieses

Abendland ist älter, nämlich früher und darum versprechender als das platonisch-christliche und gar als das europäisch vorgestellte. Denn die Abgeschiedenheit ist ‚Anbeginn‘ eine steigende Weltjahres, nicht Abgrund des Verfalls.“

Nie faßt Heidegger ein Gedicht als Ganzes und in seiner künstlerischen Geschlossenheit ins Auge. Darauf kann es nach seiner Ansicht auch nicht ankommen, denn „das Gedicht eines Dichters bleibt unausgesprochen“. „Das Gedicht“, das ist alles, was die Gesamtheit der Dichtung aussagt, und noch etwas mehr. Dieses Mehr will Heidegger zur Sprache bringen. Sein Bild von Trakl, der zwar an der Gegenwart leidet, doch einen Ruf zum Aufbruch vernimmt und diesen mitteilen will, ist aber in nichts begründet. Es steht im übrigen im Gegensatz zur gesamten bisherigen Trakl-Forschung.

Heidegger macht es den Interpreten zum Vorwurf, sie hätten — namentlich unter Hinweis auf das „Abendländische Lied“ — fälschlich die „These von Trakls innerster Geschichtslosigkeit“ aufgestellt. Aus den Gedichten „Abendland“ und „Abendländisches Lied“ spreche dagegen ein Dichter, der deswegen geschichtlich sei, weil er die „Ankunft eines Geschickes“ verkünde, „das den Menschen erst im Anbeginn seines Wesens angeht“. Trakls Dichten bedürfe „nicht der historischen ‚Gegenstände‘“, weil sein Gedicht „im höchsten Sinne geschichtlich ist“, indem es „das Geschick des Schlages singt, der das Menschengeschlecht in sein noch vorbehaltenes Wesen verschlägt, d. h. rettet“.

Was sagt das „Abendländische Lied“, in dessen Zusammenhang die gewichtigen Worte von der Rettung des Menschengeschlechtes fallen sollen, wirklich aus? In den ersten drei Strophen wird je eine Epoche der abendländischen Geschichte mit wenigen sinnfälligen Bildern beschworen — die germanische Zeit, das Früh- und das Spätmittelalter. In der Schlußstrophe erleben sich Liebende angesichts der „bitteren Stunde des Untergangs“ als Auferstandene. Das Erlebnis ist so eindeutig lyrisch-individuell, ist am Schluß so klar auf dieses eine Menschenpaar bezogen, daß Heidegger ihm einen eschatologischen Sinn nur zu unterlegen vermag, indem er sich auf eschatologische Anklänge in anderen Gedichten bezieht und diese als vorgegebene Kategorien Traklscher Weltdeutung auf das genannte Gedicht anwendet.

Noch deutlicher zeigt das Gedicht „Abendland“ Heideggers gewaltsame Interpretationsmethode. Der Philosoph wirft den Interpreten vor, daß sie Trakl auf Grund des dritten Teils des Triptychons einen Dichter des Verfalls nennen. Durch das Mittelstück sei die Klage des Schlusses, in dem ein Chaos des Untergangs und des Völkertods beschworen wird, „schon verwunden“. Aber ist es nicht vielmehr so, daß die Klage im Mittelstück nur leiser ist als am Schluß, daß aber eine Stimmung des Abschieds und Verzichts das ganze Gedicht beherrscht? Heidegger glaubt einen Gegensatz herauszulesen: Die „großen Städte — steinern aufgebaut — in der Ebene“ haben „schon ihr Schicksal. Es ist ein anderes als jenes, das am ‚grünenden Hügel‘ gesprochen wird, wo ‚Frühlingsgewitter ertönt‘, am Hügel, dem ein ‚gerechtes Maß‘ eignet, und der auch der ‚Abendhügel‘ heißt“. Also ist für Heidegger ein Hügel kein Hügel, sondern nur das Destillat aus allen Verbindungen, in denen das Wort „Hügel“ im gesamten Oeuvre, also quasi in einem System, auftritt. Auf diese Weise wird eine ganze Reihe von Dingen in das Gedicht hineingetragen, die es gar nicht enthält.

Das Geschichtsbild hatte noch einen besonderen Zug. Die Wanderschaft der Seele ist zwar auf den Untergang gerichtet, „wo alles anders zusammengekommen, geborgen und für einen anderen Anfang verwahrt ist“, aber die Wanderschaft ist gleichzeitig in einer eigentümlichen Weise auch auf die Vergangenheit bezogen. Der „Untergang geht in die uralte Frühe, die älter ist denn das altgewordene verwesende Geschlecht . . .“ An anderer Stelle heißt es: „Das Ende geht, nämlich als das Ende des verwesenden Geschlechtes, dem Anbeginn des ungeborenen Geschlechtes voraus. Der Anbeginn hat jedoch als die frühere Frühe das Ende schon überholt.“

Was Heidegger hier andeutet, hat er früher schon in anderen Zusammenhängen geäußert. In der Freiburger Rektoratsrede von 1933 feierte er „die Herrlichkeit und die Größe des Aufbruchs“. Was in der Trakl-Interpretation von 1953 die „Abgeschiedenen“ sind, die sich auf der stillen Wanderschaft in die „geistliche Dämmerung“ befinden, das war in der Rektoratsrede „die Auslese der Besten“ und „die echte Gefolgschaft derer, die neuen Mutes sind.“ Und auch ihr Aufbruch soll im Zeichen einer „uralten Frühe“ gestanden haben. Mit Bezug auf die vorplatonische griechische Wissenschaft hieß es: „Der Anfang ist als das Größte im voraus über alles Kommende und so auch über uns schon hinweggegangen.“ Es ist offensichtlich, daß die Trakl-Interpretation Gedanken aufgreift, die für Heidegger von zentraler Bedeutung sind. Damit zeigt sich aber wieder, daß der wahre Charakter des Aufsatzes keine Interpretation ist, in der sich ein Kritiker mit einem gegebenen und verpflichtenden Text auseinandersetzt, sondern ein persönliches Bekenntnis, wirkungsvoll vorgetragen vor dem Hintergrund des Werkes eines bedeutenden Dichters.

Der Heideggerschüler Karl Löwith setzt sich in seinem

Georg Trakl:

ABENDLÄNDISCHES LIED

O der Seele nächtlicher Flügelschlag:
Hirten gingen wir einst an dämmernden Wäldern hin
Und es folgte das rote Wild, die grüne Blume und
der lallende Quell

Demutsvoll. O, der uralte Ton des Heimchens,
Blut blühend am Opferstein
Und der Schrei des einsamen Vogels über der grünen
Stille des Teichs.

O, ihr Kreuzzüge und glühende Martern
Des Fleisches, Fallen purpurner Früchte
Im Abendgarten, wo vor Zeit die frommen Jünger
gegangen,
Kriegsleute nun, erwachend aus Wunden und Sternträumen.
O, das sanfte Zyanenbündel der Nacht.

O, ihr Zeiten der Stille und goldener Herbste,
Da wir friedliche Mönche die purpurne Traube
gekeltert;

Und rings erglänzten Hügel und Wald.
O, ihr Jagden und Schlösser; Ruh des Abends,
Da in seiner Kammer der Mensch Gerechtes sann,
In stummem Gebet um Gottes lebendiges Haupt rang.

O, die bittere Stunde des Untergangs,
Da wir ein steinernes Antlitz in schwarzen Wassern
beschauen.

Aber strahlend heben die silbernen Lider die
Liebenden:
Ein Geschlecht. Weihrauch strömt von rosigen
Kissen
Und der süße Gesang der Auferstandenen.

Buch „Heidegger, Denker in dürftiger Zeit“⁽⁴⁾ an Hand der Nietzsche-Auslegung Heideggers kritisch mit dessen Interpretationsmethode auseinander, der ein „Pathos eignet, das willige Leser und Hörer in seinen Bann zieht und zu einer falschen Andacht verführt“. Löwith gibt ein schlagendes Beispiel: Die Rektoratsrede von 1933 beschloß Heidegger mit einem Plato-Zitat, welches er damals mit „Alles Große steht im Sturm“ zu übersetzen für opportun hielt, während der Satz tatsächlich die Hinfälligkeit der Größe ausspricht. Löwith zeigt, daß Heideggers eigenwillige Art zu deuten in seiner Auffassung vom Wesen des Menschen begründet ist, das „nichts von Natur aus Beständiges ist, sondern ein je eigenes Sein-Können, dem es im Entwerfen und Verstehen zirkelhaft um uns selbst geht“. Dieser Einstellung des Verfassers von „Sein und Zeit“ steht die in den Hölderlin-Deutungen und im „Humanismusbrief“ entwickelte Theorie gegenüber, nach der die Dichtung „worthafte Stiftung des Seins“, die Sprache „das Haus des Seins“ ist. Während vorher eine „Versteifung auf das je eigene Sein-Können“ verfochten wurde, so scheint die neue Sprachtheorie ein passives Sich-offen-halten für die Worte der „Dichtenden und Denkenden, der Wächter des Hauses des Seins“, zu fordern. Die Tatsache aber, daß die Geschichtskonzeption der Trakl-Deutung die der Rektoratsrede in allerdings modifizierter Form wiederholt, zeigt, daß der Interpret auch weiterhin seine Gegenstände als „freigegeben für seine je eigenen Möglichkeiten“ ansehen will. Löwith stellt eindrucksvoll dar, wie Heidegger in seinem Aufsatz in den „Holzwegen“ Nietzsches Denken zu einer Wertphilosophie vergewaltigte, um seine eigene philosophiegeschichtliche Epocheneinteilung aufrechterhalten zu können.

Löwith gibt im ersten Teil seines Buches die Geschichte der „Kehr“ des Philosophen, jener Verlagerung des Schwerpunktes seines Denkens vom „Dasein“ zum „Sein“ hin, die Heidegger vollzog, da „er es nötig fand, den unbedingten Vorrang des Seins sicherzustellen“. Damit aber rückt „das Sein in eine zweifelhafte Nähe zum Göttlichen“. In diesem Zusammenhang glaubt Löwith auf Widersprüche aufmerksam machen zu können. In „Sein und Zeit“ war das Sein als „transcendens“ vom Seienden durchweg geschieden, aber keineswegs „von ihm abgelöst oder verabsolutiert“. Wie ist es nach der später von Heidegger vollzogenen Loslösung möglich, fragt Löwith, „zu denken oder gar zu ‚erfahren‘, daß das Sein das Sein eines Seienden gibt und gewährt, wenn es selbst, in seinem nichtseienden Sein an seiner Gabe ontologisch nicht teilhat? Und wie soll andererseits unser Denken dem Sein ‚helfen‘, es ‚retten‘ und für es ‚sorgen‘ können und sogar ein neues Seinsgeschick ‚veranlassen‘, wenn es sich selbst nur der Gunst und Hut eines es behütenden Seins verdankt? Ist das Sein „so hilflos, daß es des Menschen als eines Wächters, Hirten und Waldhüters bedarf, oder ist es nicht vielmehr unangewiesen auf unser dürftiges Menschenwesen“?

Bei der Beurteilung des Geschichtsbewußtseins des Philosophen rückt Löwith Heidegger ganz in die Nähe Hegels. „Es ist der Verfallscharakter unserer Zeit, der sein wesentlich-geschichtliches Denken auf die Zukunft hin orientiert und es zugleich als ein abbauendes und von Hegels Gipfel der abendländischen Metaphysik herabsteigendes motiviert. Im Prinzip sind jedoch Hegels konstruktiver Fortschritt und Aufstieg, Heideggers destruktiver Rückschritt und Abstieg nicht verschieden. Beide, der Zeitgenosse Napoleons

Theorie der Sprache

Niemals wurde mehr über die Sprache geschrieben als heute und niemals stand es schlechter um sie. Der Kampf von Karl Kraus gegen Sprachschlamperei und Dummheit mutet uns heute schon grotesk an: die Zustände, gegen die er anging, erscheinen uns, gemessen an den heutigen, paradisiatisch. Die sprachliche Verwahrlosung damals hob sich ab gegen eine Sprache, wie sie hätte sein können. Durch die Polemik bloßgestellt, war sie zu erkennen als Krankheit, als Negatives. Sie hob sich ab von einem Zustand, der zwar nicht real, aber doch möglich war. Heute bliebe selbst die Polemik Karl Kraus' wirkungslos, denn was zu seiner Zeit trotz des Umfangs nur Besonderheit war, ist heute die Norm. Sprachkritik in seinem Sinne setzt den Kontrast zum Besseren voraus. Wo gäbe es aber dieses Bessere? So ist das, was sich heute als Sprachkritik aus gibt, nur eine Bestätigung des allgemeinen Unwesens. Die Autoren der „Sprachglossen“, die darüber rechten, ob nach „wegen“ der Genitiv oder der Dativ zu stehen hat, oder wie die Mehrzahl von „General“, mit oder ohne Umlaut, zu bilden sei, gestehen ihre Ohnmacht vor dem Sprachzerfall selber ein. Sie tun so, als ob es im Grunde nur Schönheitsreparaturen seien, die man ausführen müsse, um die Sprache wieder zu restaurieren. So ist diese Sprachkritik selber ein Element des Sprachzerfalls.

Der Mainzer Sprachwissenschaftler Walter Porzig hält sich in seinem Buch „Wunder der Sprache“¹⁾ von dieser Aktualität fern. Er greift nicht ein in den Streit für oder gegen das Fremdwort und überläßt das Gezänk um die Verwendung dieses oder jenes Wortes den Sprachreinigern. Mit Gelassenheit stellt er dar, was wir heute von der Sprache, ihrem Wandel und ihren Gesetzen wissen. Er wertet nicht, gibt kein Rezept der „richtigen Sprache“, sondern versucht die Probleme, Methoden und Ergebnisse der modernen Sprachwissenschaft aufzuzählen, soweit das auf 400 Seiten und in einer für Laien verständlichen Art möglich ist. Das Wohlwollen der Leserschaft hat er für dieses Vorhaben nicht in dem Maße, wie es die Sprachreiniger und Kuriositätensammler haben. Als einen Grund dafür nennt er „die Art des Sprachunterrichts in unsern Schulen. Trotz aller Bemühungen, ihn lebendiger zu gestalten, ist er immer noch geeignet, von der theoretischen Beschäftigung mit der Sprache auf Lebenszeit abzuschrecken.“

Porzig geht aus von der Frage des Kratylos nach der „Richtigkeit der Namen“. Stammen die Namen aus der Einsicht in das Wesen der Dinge selbst, oder sind sie willkürlich gesetzt und bare Übereinkunft? — Er bezeichnet die Entstehung der Sprache und ihre Magie: „Der Wille, sich eines Dinges zu bemächtigen, verleiht ihm seinen Namen. Was das Kind mit seinen ersten Worten tut und tun will, ist, Macht über die Dinge der Welt durch die geformte Gebärde des Wortes zu gewinnen . . . Vermöge dieses ihres Ursprungs ist die Sprache wesentlich Beschwörung.“

Der Verfasser deutet an, daß die Sprache bis heute einen Rest dieser beschwörenden Macht bewahrt hat, erkennbar etwa an der Scheu, den Tod und das Unglück beim Namen zu nennen.

Der Autor bemüht sich „schlicht bei den Tatsachen zu bleiben und dem staunenden Leser keine unkontrollierbaren Höhenflüge vorzuführen“. Mit anderen Worten: Er breitet das Material seiner Wissenschaft aus unter weitgehendem Verzicht auf jegliche Theorie der Sprache. Darin liegt die Stärke, aber auch gleichzeitig die Schwäche des Buches. Kapitel, in denen sich die Annäherung an die Philosophie der Sprache nicht vermeiden ließ, etwa bei der Darstellung der Funktion der Sprache oder des

Verhältnisses zwischen Sprache und Denken, blieben darum farblos.

Eine Theorie der Sprache versucht Bruno Snell, Altphilologe in Hamburg, in seinem Buch „Der Aufbau der Sprache“²⁾ zu geben. Aber auch bei ihm ist ein gewisses Mißtrauen gegen die reine Theorie zu bemerken. Er geht in seinen Untersuchungen viel entschiedener als etwa Karl Bühler in seiner „Sprachtheorie“ von der Sprachforschung, sowohl Grammatik wie Sprachgeschichte, aus. Ziel Snells ist eine Morphologie der Sprache, die bis ins Detail hinein ihre Entsprechung in der tatsächlichen Struktur der Sprache findet.

Snell versucht die Struktur der indogermanischen Sprachen auf die Urphänomene zurückzuführen, die seiner Ansicht nach den Bau der Sprache von den elementaren bis zu den höchsten Formen bestimmen: die Zweckbewegungen, die dem Verbum, die Ausdrucksbewegungen, die dem Adjektiv und die Nachahmungsbewegungen, die dem Substantiv zugrunde liegen. So wie diese Urphänomene den Charakter der einzelnen Wortgattungen prägen, so spiegeln sie sich in den differenzierten Formen der Grammatik. Beispielsweise ist nach Snells Ansicht bei den Flektionsformen des Verbums immer je eine dieser drei Bewegungen stärker betont als die übrigen. Aber nicht nur in der grammatikalischen Einzelheit, sondern auch im Sinn, der Bedeutung und endlich in den großen Formen der Sprache, weist Snell eine ähnliche Dreifachheit nach. Problematisch ist Snells Versuch, jene Urphänomene auch noch in der Biologie bestätigt zu finden: „So können wir bei Tieren drei Zonen des Lebendigen unterscheiden: 1. die Organe, die Reize aufnehmen, nämlich die Sinnesorgane und Nerven, die dem Tier die Außenwelt vermitteln, 2. die Organe, die das Tier am Leben halten, die den Stoffwechsel besorgen, und 3. die Organe, mit denen es reagiert, die Glieder mit ihren Knochen und Muskeln, die also die Organe des Tätigseins und Wirkens sind. Diese drei Schichten, die offenbar in Korrespondenz stehen zu den drei Urphänomenen des Sinns, liegen nun schon auf einer sehr frühen Stufe der Entwicklung, in dem sog. Gastrula-Stadium, getrennt nebeneinander in den drei Keimblättern, aus denen sich der Organismus entwickelt. Im Organismus wachsen sie dann zusammen und verschränken sich zu einer unlöslichen Einheit. — Dann noch etwas: Die Natur gliedert sich nach Unorganischem, Pflanzen und Tieren. Dabei ist das rein Dinghafte, die Pflanze das Lebendige, in dem durch die Zweigeschlechtigkeit sich die eigentümliche Identität von Leben und Sterben entwickelt, in dem sich dieses Leben in polar gespannten symmetrischen Formen entfaltet, und schließlich ist das Tier das Tätige, zu einem Ziel kommende.“

Allerdings wäre es ungerecht, Snells Versuch gerade nach diesem äußersten Punkt seiner Theorie zu beurteilen, zumal Snell sich der Problematik der morphologischen Methode durchaus bewußt ist.

Beide besprochenen Bücher haben keine direkte Beziehung zu dem oben geschilderten aktuellen Stand der Sprache. Sie wollen und können keine Anweisung zum „rechten Schreiben“ geben. Aber sie können sehr nützlich sein bei der Selbstreflexion der Sprache, die Voraussetzung ist für ihre Wiederherstellung.

H. W. Nicklas

¹⁾ Walter Porzig, Das Wunder der Sprache. Probleme, Methoden und Ergebnisse der modernen Sprachwissenschaft. 416 Seiten. A. Francke Verlag, Bern — Leo Lehnen Verlag, München 1950.

²⁾ Bruno Snell, Der Aufbau der Sprache. 222 Seiten. Claassen Verlag, Hamburg 1952.

René Rilke

Als Rainer Maria Rilke im Dezember 1926 gestorben war, beklagte man — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — weniger den natürlichen Tod eines Dichters, dem jene fünf oder sechs wirklich vollendeten Gedichte gelungen waren, die jeder große Lyriker hinterlassen hat, als vielmehr den „Heimgang des Einsamen“, den Gott „in herber Gnadenwahl erkoren, Hüter und Mehrer der Seele zu sein.“ Rilkes Tod bedeute „in jedem Sinne etwas so Außerordentliches, daß der Schmerz um ihn nach einem Wunder“ verlange und frage, „ob bei diesem Sterben nicht überirdische Stimmen hörbar geworden oder himmlischer Rosenduft wie in der Legende sich verbreitet“ habe. („Das Insel-schiff“, Ostern 1927.)

Aber es waren nicht allein die Kommentatoren, die — indem sie stets aufs neue in mystische Verzückerung geraten — ernsthaft zu untersuchen — einen magischen Schleier um Werk und Leben Rilkes gesponnen haben. Dieser selbst hat dazu beigetragen, indem er sein Leben in einer Weise zu stilisieren wußte, daß — wie Peter Demetz in seiner dankenswerten Studie „René Rilkes Prager Jahre“ (Eugen Diederichs, Düsseldorf 1953, 11.80) schreibt — „das innere Bild seiner selbst so vollendet vor den Kulissen der Welt“ sich darstellte, „daß über der Anstrengung Rolle und Ausführung unkenntlich zusammenflossen.“

Der Versuch, die Frage zu beantworten, welche Elemente es waren, die Rilke zu seiner Selbststilisierung zusammenfügten, führte den Verfasser in die Prager Jugendzeit des Dichters zurück. Das Bild, welches Demetz von dem Knaben und Jüngling René entwirft, widerstreitet der konventionellen Auffassung entschieden: Nachdem der Halbwüchsige als Militärschüler gescheitert war („Der Abschied von der Uniform fiel dem Fünfzehnjährigen nicht leicht“), zwang ihm seine Mutter als „entscheidendste Erbe“ jenen schriftstellerischen Ehrgeiz auf, den er in reiferen Jahren „zum unerschütterlichen Glauben an seine dichterische Aufgabe erhöhte.“ In Prag tritt René Rilke uns entgegen als ein ehrgeiziger junger Mann in weißen Handschuhen mit Spazierstock und Lorgnon, der eine langstielige Iris träumerisch in der Hand wiegt. Er strebte, nachdem der Entschluß zur „Karriere des Dichters“ gefaßt war, nach der Berühmtheit:

„Meine Tage gingen golden
durch der Seele Heiligtum,
und auf meiner Träume Dolden
wiegte sich der Falter: Ruhm.“

Demetz greift auch die Frage nach dem ursprünglichen Talent Rilkes auf und kommt zu dem Ergebnis, daß auch für Rilke der Satz Gottfried Benns zutrifft, wonach ein Gedicht in den seltensten Fällen „entsteht“, sondern „gemacht“ wird („René besaß

als Dichter nichts, was er seinem spröden Talent nicht durch glühende Bemühung abgerungen hätte“). Aus dem Mangel, nicht aus der Fülle seien seine besten Gedichte entstanden. Demetz' Auffassung, daß Rilkes gesamte Arbeit „vielleicht als einziger Versuch geplant war, über die Armut der Sprachmittel hinwegzutäuschen“, scheint allerdings doch übertrieben.

Helmut Lamprecht

Lehrbuch des Organikers

Es ist beim heutigen Stande des Wissens von der organischen Materie schwer, ein Lehrbuch von nur 320 Textseiten zu schreiben, das einmal das ganze Gebiet der organischen Chemie umfaßt und zugleich Anspruch auf wissenschaftlichen Rang erheben will. Nur einer äußerst straffen Auslese aus dem Tatsachenmaterial und einer didaktischen Gliederung ist es zu danken, daß die neue Auflage der „Einführung in die organische Chemie“ von Nobelpreisträger Prof. Otto Diels¹⁾ heute noch allen Ansprüchen genügt, die man auf Grund des Titels stellen darf.

Wir finden an neuen Erkenntnissen u. a. ein Kapitel über die besonders von W. Reppe erforschten Möglichkeiten der Acetylen-synthese, die eine nicht zu übersehende Bereicherung der Chemie darstellen. Ein weiteres neues Kapitel behandelt organische Lithiumverbindungen, die in immer stärkerem Maße an die Stelle der organischen Magnesiumverbindungen treten.

Im wesentlichen wendet sich das Buch an den jungen Chemiestudenten, der in den ersten Semestern seines Studiums während der anorganischen Praktika häufig nicht die Zeit findet, sich sehr intensiv mit der organischen Chemie zu beschäftigen. Allerdings ist es auch für ihn schon nicht mehr ganz ausreichend, weil der „Diels“ weitgehend auf die immer mehr raumgreifende physikalisch-chemische Interpretation verzichtet. Dafür ist das Buch aber für den Nebenfachchemiker durch seine Übersichtlichkeit umso geeigneter. Auch fällt der eben erwähnte Mangel hier nicht so sehr ins Gewicht. Durch die häufige Erwähnung physiologisch und therapeutisch wichtiger Stoffe gewinnt das Buch, wie wohl auch vom Autor beabsichtigt, besonders für den Mediziner an Bedeutung.

A. F. Holleman unternahm es vor nunmehr 55 Jahren ein Lehrbuch²⁾ zu schreiben, das unter Verzicht auf erstickendes Tatsachenmaterial wohl erstmalig den physikalisch-chemischen Theorien breiteren Raum ließ und sich somit bewußt von den verwirrenden Formelsammlungen anderer Lehrbücher distanzierte. Diese Linie ist von Holleman und später Friedrich Richter bis zur vorliegenden neuesten Auflage konsequent verfolgt worden. Die Entwicklung in der Vorstellung chemischen Geschehens hat die Bemühungen der beiden Autoren voll gerechtfertigt. Der „Holleman-Richter“ ist eines der modernsten und tiefeschürfendsten Lehrbücher für den Naturwissenschaftler geblieben. So wurde neben vielen anderen Neuerungen das Kapitel über Alkaloide durch intensive Behandlung der Mutterkorn-, Steroid- und Opiumalkaloide erweitert.

Eine Bereicherung von hohem Interesse ist die Einführung in die Grundzüge der Nomenklatur. Nach dem Hinweis, daß man angesichts des ständigen Wandels der Sprache auch von der Nomenklatur nichts Endgültiges erwarten darf, versucht F. Richter in übersichtlicher Weise die Fülle der Namen organischer Verbindungen auf wenige Grundprinzipien zurückzuführen.

Nicht zu vergessen und von nicht geringerer Wichtigkeit für den Studenten ist der Anhang mit Erläuterungen über das chemische Schrifttum, denen sich eine Systematik der organischen Verbindungen beordnet. Das Buch wird auch in Zukunft dem Studenten ein unentbehrlicher Helfer bleiben.

Gattermann-Wielands: „Praxis des organischen Chemikers“³⁾ wartet in der letzten Auflage mit verbesserten präparativen Vorschriften auf. Es ist zu erkennen, daß der Bearbeiter den analytischen und allgemeinen Teil mehr und mehr zu Gunsten der präparativen Chemie einengt, mit deren Methoden denn auch der weitaus größere Teil des Buches angefüllt ist. An Neuem fällt hier besonders die Anwendung der Papierchromatographie und der Polymerisation auf.

Dieser Leitfaden für das organische Praktikum hat den Vorteil einer außerordentlich geschickten Gliederung. Jeder präparativ durchgearbeiteten Stoffgruppe schließt sich eine Betrachtung über den Mechanismus der behandelten Reaktionen unter Berücksichtigung der modernen Elektronentheorie der chemischen Valenz an, die eine Koordinierung der Praktikumsaufgaben mit dem theoretischen Wissen des Praktikanten wesentlich erleichtert. Dazu gibt R. Huisgen eine kurze Einführung in die Elektronentheorie der organischen Verbindungen und die Mesomerielehre.

Auch hier wurde von H. Wieland eine kurze Anleitung zur Benutzung der organisch-chemischen Literatur angefügt, um dem Unerfahrenen den Zugang zu den Quellen zu erleichtern.

Werner Schaffernicht

¹⁾ O. Diels: „Einführung in die organische Chemie“. 15. Aufl. Verlag Chemie Weinheim, 1953. Ganzleinen. 343 Seiten. 16,— DM.

²⁾ Holleman-Richter: „Lehrbuch der organischen Chemie“. 29./30. Aufl. W. de Gruyter, Berlin 1953. 564 Seiten. Ganzleinen. 24,— DM.

³⁾ Gattermann-Wieland: „Praxis des organischen Chemikers“. 34. Aufl. W. de Gruyter, Berlin 1952. 411 Seiten. 26,— DM.

Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 93633 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,
Medizin, Technik,
Naturwissenschaften

Fortsetzung von Seite 8

und der Hitlers, bewegen sich in derselben modernen Verstiegenheit eines metaphysischen Historismus, indem sie das Absolute des Geistes, beziehungsweise des Seins, historisieren.“

Löwith hebt, was in unserem Zusammenhang wichtig ist, Heideggers These hervor, daß „das Sein von Anfang an mit seinem Wesen an sich hält — bis zu einer neuen Parusie und Apokalypse des Seins“. Eben diese neue Apokalypse ist es aber, für die sich der „Fremdling“ in Trakls Gedichten nach der Auffassung Heideggers bereit hält. Löwith bezieht sich bei seiner Darstellung weitgehend auf die Hölderlin-Interpretationen. Seine scharfe und jede Phase der Entwicklung berücksichtigende Analyse findet durch Heideggers Trakl-Interpretation, in der vieles, was bisher nur angedeutet war, klarer hervortritt, eine vollkommene Bestätigung.

Heideggers Trakl-Auslegung ist aber vor allem deshalb wichtig, weil hier der stimmungsmäßige Charakter seines Philosophierens vielleicht besser zu greifen ist wie überhaupt sonst. In einer an Bedrohungen reichen Zeit findet eine eschatologische „Heilslehre“ nur zu willige Hörer. Die große Gefahr liegt darin, daß die seiner Magie Verfallenen von den Geboten der Stunde und den Aufgaben des Tages abgelenkt werden und nur zu leicht geneigt sind, der Verächtlichmachung der Gegenwart mit ihren nüchternen Aufgaben, die so fern von einer geahnten kommenden Apokalypse liegen, willig zu applaudieren. Der Heidegger von 1933 hatte es leichter, da er auf den Anbruch der Stunde verweisen konnte. Jetzt muß er auf eine ferne Zukunft vertrösten und von seinen Anhängern „in einem unerhörten Anspruch“ den Glauben fordern, sein Denken vermöge „einer ankommenden Wende der Weltgeschichte zur Sprache zu verhelfen“. Solch Anspruch ist wohl „unerhört“, aber in einem andern Sinn, als die Dichter es sind, die Heidegger zu Bürgen seines Anspruchs verpflichten möchte. Friedrich Dahlhaus

¹⁾ Martin Heidegger, Einführung in die Metaphysik, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1953, kart. 11,— DM, 157 Seiten.

²⁾ 7. Auflage 1953, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, 22,— DM, VIII, 438 Seiten.

³⁾ Martin Heidegger, Georg Trakl — Eine Erörterung seines Gedichtes, Merkur, VII. Jahrgang 1953, 3. Heft.

⁴⁾ Karl Löwith, Heidegger — Denker in dürrer Zeit, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1953, 110 Seiten.

Nach den Pfingstferien fanden die Studenten in der Mensa eine „Bekanntmachung“ vor, die eine Preiserhöhung ankündigte und diese zu begründen suchte.

Auf den ersten Blick mag man den auf der „Bekanntmachung“ angeführten Argumenten für eine Preiserhöhung eine gewisse Einsicht entgegengebracht und die Auswirkung der Preiserhöhung als unbedeutend angesehen haben. Nach Ablauf eines Monats zeigt sich jedoch, daß die Auswirkungen erheblich größer sind als ursprünglich angenommen, so daß der Finanzplan, den sich die einzelnen Studenten zu Semesterbeginn gemacht haben, in Unordnung geraten ist.

Die in der Bekanntmachung angeführten Gründe sind keineswegs einzusehen. In der Begründung des Geschäftsführers werden große Zahlen über Mehrkosten in der Mensa angegeben, die die Erhöhung rechtfertigen sollen. Diese Zahlen besagen jedoch nicht viel, da man erstens ihre Relationszahlen nicht kennt und zweitens ihnen Schätzungen zugrundeliegen. Jeder, der einmal mit statistischen Werten zu tun gehabt hat, weiß, daß es ein Unfug ist, mit Zahlen zu argumentieren, ohne die Beziehungs-basen zu nennen. Mit einer solchen Argumentation wie in der „Bekanntmachung“ läßt sich schließlich alles beweisen. Es wäre interessant, die Beziehungszahlen zu erfahren, um sich ein wirkliches Bild von den Einnahmen und Ausgaben der Mensa machen zu können. Eine Übersicht über die einzelnen Ausgabenposten würde sicherlich dem kritischen Betrachter schon Fehlerquellen aufzeigen. Aber auch ohne diese Werte zu kennen, wird es jedem, der Mensapreise mit den Marktpreisen und den Essenspreisen privater Gaststätten vergleicht, klar, daß sich erhebliche Fehlerquellen in der Mensabilanz befinden müssen. Deshalb sollte Gelegenheit gegeben werden, in die Buchführung der Mensa Einsicht zu nehmen und mitzuhelfen, Fehlerquellen zu beseitigen. Diese Arbeit könnte auch ein vom Studentenparlament gewählter Vertrauensausschuß wahrnehmen, der von Zeit zu Zeit der Studentenschaft einen Rechenschaftsbericht geben müßte, denn schließlich ist die Mensa ein gemeinnütziger Betrieb und gehört uns allen. Das Bestehen des Studentenwerkes ist eine rein formale Angelegenheit, denn als Mitglied des Studentenwerkes wird man nur statistisch erfaßt und hat weiter keinen Einfluß.

Gegen die in der Bekanntmachung angeführten Argumente sind im einzelnen folgende Einwände zu erheben:

1. Die erwähnte Umsatzsteuer wird nicht erst seit dem 1. Juni 1953 gezahlt. Sie ist vielmehr schon längere Zeit bezahlt worden, ohne daß hierüber überhaupt gesprochen wurde. Im Februar, also zu einer Zeit, wo die Umsatzsteuer auch gezahlt wurde, sprach man im Studentenparlament noch von einer Preissenkung und weiterer Preiserhöhung im Falle einer Selbstbedienung. Die Aussprache wurde ganz im Sinne einer bevorstehenden Preiserhöhung im Hinblick auf die Eröffnung der neuen Mensa geführt. Der Referent des Studentenwerkes legte auch ein befriedigendes Bild über die Mensabilanz dar. Aber bereits 3 Monate später führte man die Umsatzsteuer als Begründung einer Preiserhöhung an.

2. Weiter wird auf eine Gehaltserhöhung hingewiesen. Es handelt sich hierbei aber zum Teil um eine Vorsorgemaßnahme, weil die Gehaltserhöhungen erst teilweise erfolgten. Da in der

Mensa aber noch für 65 Dpfg. die Stunde gearbeitet wird, würde eine 10%ige Lohnerhöhung bei solch geringen Lohnaufwendungen nicht stark ins Gewicht fallen.

3. Die Zahl der für die Mensa beschäftigten Personen wird mit 70 angegeben. Dabei scheint es sich offensichtlich um einen Druckfehler oder um einen äußerst groben Rechenfehler zu handeln. Oder will man etwa allen vom Studentenwerk angestellten Personen, d. h. auch solchen, die mit dem Mensaessen nichts zu tun haben, über die Mensapreiserhöhung die Lohnaufbesserungen zahlen? Einem solchen Versuch müßte energisch entgegengetreten werden.

4. Die Preiserhöhung beträgt nicht 5—7% sondern im Durchschnitt 10—12%.

Vergleichen wir einmal die Höhe der Preise in der Frankfurter Mensa mit der Mensa der Universität Mainz. Hierbei ist festzustellen, daß das Essen dort qualitativ besser und billiger ist als in Frankfurt. Z. B. kostet ein Eintopf mit Würstchen in Mainz 40 Dpfg. In Frankfurt kann man für 60 Dpfg. nur selten kleine Fleischstückchen im Eintopf finden. Die Quantität ist die gleiche. Hat man viel Appetit so kann man auch nachholen. Diese Beispiele kann man durch Vergleiche mit anderen Gerichten gleicher Preislage beliebig fortsetzen, und immer wird man zu dem Ergebnis kommen, daß das Essen in Mainz schmackhafter und billiger ist.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man das Mensaessen und seine Preise mit denen privater Gaststättenbetriebe vergleicht. Die Essen dort sind geschmackvoller und zum Teil im Preise bezüglich der Portion sogar billiger als in der Mensa. Seit Mai gibt es dort frische Kartoffeln, in der Mensa jedoch ißt man auch im Juli noch Kartoffeln aus dem vorigen Jahr. Leider sind diese Gaststätten wegen ihrer ungünstigen Lage noch nicht imstande, die Monopolstellung der Mensa zu beeinträchtigen. Vielleicht wird bald ein größerer Gaststättenbetrieb in der Nähe der Universität bauen. Dann wird es sich zeigen, ob die Mensa ihre Monopolstellung unter solchen Verhältnissen, wie sie heute herrschen, halten kann.

Wir sind fest davon überzeugt, daß man bisher noch keine Preiskalkulationen der einzelnen Mensaeessen vorgenommen hat, sondern die Preise empirisch festlegte. Der Geschäftsführer würde sich wahrscheinlich selbst wundern, wenn er dabei feststellen müßte, daß ein Essen von 90 Dpfg. nur einen Wert von 22 bis 25 Dpfg. hat, (z. B. Kartoffeln, Rotkraut und Soße, 1 Pfd. Kartoffeln (alte) 6,5 Dpfg., 1/2 Pfd. Rotkraut 10—12 Dpfg., Gewürze, Fett und Soße incl. Wasser etwa 5—6 Dpfg.). Ein Endpreis von 90 Dpfg. ist hier wohl in einem gemeinnützigen Betrieb nicht mehr zu rechtfertigen. Die Geschmacklosigkeit der Essen, vor allem zwischen 75—90 Dpfg., ist ebenfalls ein Punkt, an dem man nicht ohne scharfe Beanstandung vorübergehen darf.

Seit einiger Zeit ist in dem unteren Teil der Studentenhaus-Mensa zur Einsparung von Personal Selbstbedienung eingeführt worden. Die Preise sind aber die gleichen wie an den Tischen, an denen eine ordentliche Bedienung ist. Es ist nicht einzusehen, daß die Studenten, die sich ihr Essen selbst holen und eine

Sorgenkind Mensa

Personaleinsparung ermöglichen, das von ihnen nicht beanspruchte Personal mitbezahlen sollen. In anderen Mensabetrieben ist ein Preisnachlaß von 10% bei Selbstbedienung üblich. Außerdem ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit hier einen 10%igen Preisnachlaß einzuführen.

Betrachtet man im ganzen die für die Preiserhöhung angeführten Gründe, so kommt man zu dem Ergebnis, daß diese eine Preiserhöhung nicht rechtfertigen. Erst muß nachgewiesen werden, daß die Mensaeinnahmen die mensa notwendigen Ausgaben überschreiten.

Es ist deshalb Aufgabe des Studentenparlaments und des AStA, diese Fragen über die Mensa gründlich zu untersuchen und zu folgenden Punkten Beschlüsse zu fassen:

1. Aufstellung einer genauen Preiskalkulation, die jedem zugänglich ist. Dies ist bei allen gemeinnützigen Betrieben üblich.
2. Bildung eines ständigen Ausschusses zur Überwachung der Ein- und Ausgaben, welcher Mitbestimmungsrecht hat.
3. Einführung eines 10%igen Preisnachlasses bei Selbstbedienung.
4. Rückgängigmachung der Preiserhöhung.

Horst Dickerhoff

Es ist als ein sehr erfreuliches Zeichen zu werten, daß die Diskussion um das Studentenwerk — in diesem Falle um die Mensabetriebe — auch im DISKUS beginnt. Leider war in den früheren Monaten vom Studentenwerk wenig die Rede. Und doch ist dieses Werk, wie Herr Dickerhoff richtig sagt, eine Angelegenheit aller Studenten, und, das muß allerdings betont werden, keine rein „formale“ Angelegenheit. Alle diejenigen, die im Laufe eines Jahres von der Studentischen Krankenversorgung betreut werden, die einen Freitisch erhalten, die im Studentischen Arbeitsprogramm wirken, die ein Darlehen in Empfang nehmen, die Ausbildungsbeihilfe erhalten und last, not least, die in der Mensa essen, wissen, was die Arbeit des Studentenwerkes bedeutet. Das Studentenwerk, besser gesagt die Gründer des Vereins „Studentenwerk e. V.“ haben gerade wegen der großen Bedeutung dieser Einrichtung darauf gedrungen, daß die Studentenschaft einen wesentlichen Einfluß auf das Studentenwerk nehmen kann. In dem erweiterten Vorstand des Studentenwerkes befinden sich 5 Studenten, 2 Dozenten, der Rektor, der Kurator, der Kulturdezernent der Stadt Frankfurt am Main und ein Vertreter der Frankfurter Wirtschaft. In dem geschäftsführenden Vorstand ist ein Mitglied der Studentenschaft tätig. Dieser Vorstand dürfte wohl beurteilen können, ob eine Preiserhöhung in den Mensabetrieben notwendig ist oder nicht. Bei der Erörterung haben die Verhältniszahlen, die Herr Dickerhoff wissen möchte, vorgelegen.

Zu bemerken sei noch, daß die Preiserhöhung in den Mensabetrieben sich nicht auf sämtliche Artikel erstreckt hat. Die Milchpreise z. B., die Preise für Brötchen und für den Eintopf sind nicht erhöht worden mit Rücksicht auf die große Zahl von Studierenden, die auf die billigste Mahlzeit angewiesen ist. Zu den Bemerkungen von Herrn Dickerhoff im einzelnen läßt sich sagen:

1. Die 4%ige Umsatzsteuer (im Jahre etwa 24 000—28 000,— DM, was einem Umsatz von 600 000—700 000,— DM entspricht) wird seit dem 1. 1. 1953 gezahlt. Wenn vor Pfingsten nach außen hin über diese Umsatzsteuer nicht gesprochen wurde, so hat man sich doch intensiv darum bemüht, einen Erlass der Umsatzsteuer oder wenigstens eine Stundung zu erreichen. Diese Bemühungen sind bisher fehlgeschlagen. Solange eine Hoffnung war, wurden Mehraufwendungen von dem Vorstand des Studentenwerkes in Kauf genommen. Erst als der Finanzminister auf der Zahlung der Umsatzsteuer bestand und die Absicht deutlich wurde, die Einnahmen des Studentenwerkes im Notfall pfänden zu lassen (wie es an einer Universität bereits geschehen ist), entschloß sich der Vorstand des Studentenwerkes, die Umsatzsteuer in den Wirtschaftsplan aufzunehmen.

Zu Punkt 2. und 3. sei zu bemerken, daß Mensa und Geschäftsstelle, d. h. Förderung, Freitische usw., nicht voneinander getrennt werden können. Alles, was an Gehaltserhöhungen den Etat der Geschäftsstelle belastet, kann nicht als Zuschuß für die Mensa verwandt werden. Die Gehaltserhöhungen in der Geschäftsstelle betragen aber — wie bei allen Angestellten nach TO. A — 20% des Grundgehaltes. Wenn in der Bekanntmachung von mir angegeben wurde, daß die Lohnerhöhungen im Studentenwerk einschließlich der Mensabetriebe 24 000—30 000,— DM betragen, so ist diese Zahl nicht aus dem Kopf gegriffen, sondern wirklich berechnet worden.

Zu Punkt 4.: Ein Vergleich zwischen den einzelnen Mensen in der Bundesrepublik ist nur selten zu Ungunsten der Mensa der Universität Frankfurt am Main ausgefallen. Die Betroffenen wußten jedoch häufig nicht, welche Zuschüsse das Studentenwerk zu jedem einzelnen Essen vom Staat erhält bzw., welche Betriebsmittel dem Studentenwerk für Unkosten vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Sie betragen an anderen Universitäten das Mehrfache von dem, was Frankfurt am Main erhält. Ein Beispiel mag eine ähnliche Problematik beleuchten.

Die Mensabetriebe unserer Universität geben täglich etwa 2000 Mittagessen aus. Wegen der Räumlichkeiten haben wir für diese 2000 Essen 3 Geschirrspülmaschinen laufen. An diesen Maschinen arbeiten 10 Spülfrauen. Die Mensa-Betrieb von Heidelberg bzw. Bonn besitzen für 3500 Essen, die in einem Betrieb ausgegeben werden 1 große Geschirrspülmaschine mit 6 Personen Bedienung. Dies bedeutet: Das Frankfurter Studentenwerk muß allein für das Spülen von Geschirr etwa 10 000,— DM jährlich mehr aufwenden, als die obenangeführten anderen Studentenwerke. Leider läßt sich dies aus räumlichen Gründen nicht ändern. Die Lösung, für die stets größer werdende Studentenzahl eine zweite, kleine Mensa zu bauen, ist vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ungünstig. Was uns fehlt, ist ein eigenes Mensa-Gebäude, wie es in Hamburg, Göttingen, Bonn, Köln, Heidelberg, München, Würzburg usw. besteht.

Zu der Essenskalkulation von Herrn Dickerhoff sei zu bemerken, daß ein Zentner alte Kartoffeln im Juni 1953 für 6,50 DM nicht zu haben war. Die engen Raumverhältnisse in der Universität lassen auch nicht zu, eine genügende Menge von Kartoffeln — etwa 3000—4000 Zentner — einzukellern. Ein Pfund Kartoffeln kostete daher in der fraglichen Zeit nicht 6,5 Dpfg. sondern 14 Dpfg. Die für eine Mahlzeit von —,75 DM ausgegebene Kartoffelportion beträgt zwischen 350—400 g. Die Ausfälle durch Schäbverluste liegen bei 30—50%. Es beträgt also allein der Einsatz von Kartoffeln bei einer Mahlzeit rund 18—21 Dpfg.

Es ist nach der Preiserhöhung eine Anzahl von Studenten bei mir gewesen, um sich über die Gründe dieser Preiserhöhung noch einmal zu informieren. Ich habe diesen Studenten selbstverständlich — soweit es ging — die Kalkulationen und die Zahlen vorgelegt. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn vor dem Schreiben eines Artikels der Betreffende im Studentenwerk vorsprechen würde, um sich die genauen Unterlagen zu holen. Trotzdem freut es mich, daß hier eine Diskussion zustande kommt, und es wäre zu begrüßen, wenn sich durch Gespräche und Mitarbeit eine Lösung anbahnen würde, die alle Seiten befriedigt. Gerhard Kath

Landheim Oberreifenberg

Dieser Begriff geistert seit einem Jahr in Sitzungsberichten und Verhandlungsprotokollen herum. Aber die Studentenschaft, der künftige Nutznießer der hinter diesem Be-



Hier steh' ich nun, ich armes Haus

griff steckenden Realität ist eigentlich noch nie in den Genuß einer konkreten Information über diese Einrichtung gekommen. Wir sind deshalb an einem sommerlichen Sonntag ad fontes gereist und haben uns das corpus delicti mit kritischem Auge betrachtet.

So fanden wir denn im Weichbild des Taunusörtchens Oberreifenberg am Ende des Brunhildensteges malerisch hingelagert an die Hänge des Feldberges jenes festgefügte Haus, um das die Sage weht, es solle einmal der Erholung hörsaalmüder Studiosi dienen.

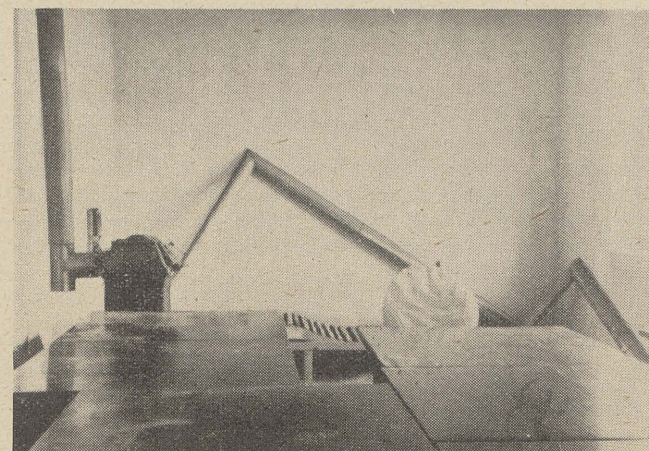
Von außen sah es noch etwas unfertig aus. Die Fugen ungeputzter Wandflächen leuchteten uns entgegen und das, was einmal ein schöner großer Balkon zu werden verspricht, ist im Moment noch ein Trainingsplatz für Schwindelfreie. Wir sahen aber von der rauhen Schale ab und traten ein, den guten Kern zu erforschen. Doch jedesmal, wenn ich eine der Zimmertüren öffnete, wurde meine Hoffnung, hier wochenends beschaulicher Ruhe pflegen zu können, geringer. Abgesehen von 18 Bettstellen mit Matratzen und einigen Tischen sind die schönen Räume leer. Türen und Fenster sind ungestrichen, die Fußböden infolge Feh-

lens jeglicher Besen mit einer zwar gleichmäßigen, aber trotzdem störenden Schicht von Taunusmineralien überzogen, die des Abends von fehlenden Lampen mit gnädigem Dunkel bedeckt wird. Das ganze Haus machte den Eindruck einer jungfräulichen Unberührtheit.

Tief enttäuscht und empört eilte ich stehenden Fußes nach Frankfurt zurück, um den zuständigen AStA-Referenten heftig zu beschimpfen. Doch mein Zorn wandelte sich alsbald in Mitleid, als dieser mich mit sorgendurchfurchter Stirn in die finanziellen Dinge einweihte. Er gestand mir, daß die gähnende Leer der Oberreifenberger Räume ein Spiegelbild der Referatskasse sei. Der Etat hat sich mit der Beschaffung unbedingt notwendiger Stühle erschöpft. Die Referenten schrieben Bittbriefe über Bittbriefe. Doch ohne Erfolg. Jedermann beiläufig zu sagen, daß er doch bereits zur Uni-Tombola . . . ! Verhandlungen mit dem Hicog-Koordinierungsausschuß für das studentische Gemeinschaftsprogramm geben vage Hoffnung auf 1000 DM. Aber auch nur eventuell, vielleicht, gegebenenfalls. Prof. Dänzer, dem wir die Überlassung dieses Hauses zu danken haben, ist durch den Ausbau des von ihm bewohnten Gebäudeteils der finanziellen Ohnmacht nahe. Die Universität muß ihre Gelder in den Bau der zerstörten Institute stecken. Die Studenten sind nach dem Kauf einer Zeitung, der Bezahlung der Studiengebühren und dem Erwerb der lebensnotwendigen Margarine jeglichen Pfennigs ledig.

Was tun, spricht der AStA, die Kassen sind leer. Das Ferienheim Oberreifenberg ruht weiter in seinem Dornröschenschlaf. Dabei ist das Projekt sehr wichtig. Vielleicht findet sich doch eine großzügige Seele, die überzeugt ist, daß hier eine Spende nutzbringend anzulegen ist. Der AStA wohnt Mertonstraße 26. Gebrauchen kann er alles, vom Scheck bis zum Scheuerschrubber.

Annemarie Rohrbach



... dort drinnen aber ist's fürchterlich!

Prof. Gans „*rector designatus*“

Daß mit dem o. ö. Professor Dr. med., Dr. med. Oscar Gans ein Mediziner zum Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main gewählt wurde, ist deshalb besonders wichtig, weil im kommenden Jahr die Entscheidung über den Neubau des Mediziner-Viertels der Universität getroffen werden muß.

Die Universitätskliniken liegen — tief am Ufer des Mains — sehr ungesund. Außerdem ist es dort zu geräuschvoll (Einflugschneise zum Flughafen Rhein-Main, ringsum Eisen- und Straßenbahnverkehr; am Mainufer entlang soll jetzt auch noch eine elektrische Schnellbahn gebaut werden). Deshalb wird eine Verlegung der Kliniken nach Ginnheim in Erwägung gezogen. Dadurch kämen einmal die Kranken an einen gesünderen und ruhigeren Ort, zum anderen die Medizinstudenten in näheren Kontakt zur Universität.

„Bisher hielten sich auch schon unsere ersten Semester meistens hier im Klinik-Viertel auf. Sie wohnen hier und essen in der Mediziner-Mensa. Auch hört der junge Mediziner Anatomie und Physiologie im Klinikgelände und nur die Nebenfächer (Chemie, Botanik, Zoologie usw.) drüben in der Universität. Ich glaube, daß das für viele Studenten auch wirklich nur „Neben“-Fächer sind. Sie fahren also zu den Kollegstunden in die Universität und kommen dann sofort hierher zurück. Deshalb haben sie so wenig Kontakt mit den anderen Studenten und kein Gefühl der Verbundenheit mit ihnen. Der Mediziner sieht vielleicht auch noch nicht klar, daß sich seine Interessen weitgehend mit den Interessen der anderen Akademiker decken. Das wird sicherlich anders werden, falls die Kliniken in die Nähe der Universität verlegt werden“, erklärte Prof. Gans.

In der weiteren Entwicklung der freiheitlichen und demokratischen Tradition unserer Universität sieht Prof. Gans eine Aufgabe von besonderer Bedeutung. Er wird auch dafür sorgen, daß das gute Verhältnis zwischen Universität und Staat und Stadt weiterhin ungestört erhalten bleibt. Der Vertrag über den Status der Universität Frankfurt, der in langer und mühevoller Arbeit vorbereitet wurde, wird nach seiner Bestätigung durch Landtag, Magistrat und Regierung sehr wesentlich dazu beitragen.

„Schließlich muß man dafür eintreten, daß der angehende Student wenigstens die Hoffnung hegen darf, daß sein entsagungsvolles Arbeiten sich nachher im Leben auch in dem Anteil auswirkt, den er an den ideellen und materiellen Gütern des Lebens erhält.

Ebenso muß der Universitätslehrer und Forscher seine volle Geltung im geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Leben der Gesamtheit wieder erreichen, soll nicht schließlich das Wohlergehen dieser Gesamtheit endgültig zu Schaden kommen.“

Prof. Gans ist uns kein Fremder. Die Medizinische Fa-

Kinder in der Universität

Bei der ersten Bilderausstellung im Frankfurter Studentenhaus war der Maler Amerikaner, diesmal ist die Idee aus den USA. In der Presse liest man immer wieder von Kinderbilderausstellungen und ihren Erfolgen in den USA und den Amerikahäusern. Interessierte Bewohner des Studentenheimes haben diese Idee aufgegriffen und stellen Kinderbilder aus dem Nachbarschaftsheim in Bockenheim aus. Wenn diese begrüßenswerte Initiative einer Rechtfertigung bedarf, so ist sie durch das rege Interesse gegeben, das der Ausstellung durch die Studentenschaft und auch durch Presse und Funk entgegengebracht wird.

Man sollte angesichts der sterilen Methoden des Kunstunterrichts in vielen unserer Schulen annehmen, daß es schwierig sein sollte, ernsthafte Anhänger für dieses Experiment zu finden. Umso erfreulicher ist es und ein Zeichen für die Aufgeschlossenheit unserer Kommilitonen, den „Kunstflur“ schon kurz nach der Eröffnung so reich bevölkert zu sehen.

Die Bilder wurden von Kindern im Alter zwischen 4 und 12 Jahren im Nachbarschaftsheim Bockenheim gemalt. Als Rohmaterialien standen lediglich acht verschiedene Farben, Pinsel und Zeitungspapier zur Verfügung. Es wurde jeweils nach einem Thema gemalt, das den Kindern vom Erzieher vorgeschlagen und von ihnen nach einer Beratung festgelegt wurde. Auf die Behandlung dieser immer im persönlichen Erlebnisbereich liegenden Themen wurde im geringstmöglichen Maße Einfluß genommen.

Man wird anfänglich davon absehen, hier eine Kunstbetrachtung anstellen zu wollen, denn es liegt näher, den pädagogischen Effekt dieser Art der natürlichen Persönlichkeitsbildung zu beachten, in deren Interesse man übrigens nicht auf die volle Namensnennung der Kinder verzichten haben sollte. Aber man kommt zweifellos in den Bereich der Kunst, wenn man vor den Bildern steht, die etwa die kindliche Ausdeutung der Themen „Angst“, „Stadt“ und „Fabeltier“ demonstrieren. Nicht daß es sich dabei um Kunst handelt, aber man könnte zu der Auffassung gelangen, daß sich hier ein, wenn auch noch so geringer Anhaltspunkt findet, den heute allerorts von Kunstphilosophen bemängelten Verlust der Mitte wettzumachen.

Schon unter diesem Aspekt, zu dem sich ohne Zweifel noch der schon erwähnte pädagogische gestellt, ist es ein Positivum, diese Ausstellung im akademischen Forum zur Diskussion gestellt zu sehen.

W. Schaffernicht

kultät wählte ihn 1950 zum Dekan. Als besonders hohen Vertrauensbeweis übertrugen ihm seine Kollegen ihre Vertretung in den allgemein ärztlichen Angelegenheiten, die die Universitätskliniken betreffen.

Gleichzeitig wirkt er im gleichen Sinne als Berater des Dezenten für das Gesundheitswesen der Stadt Frankfurt.

Das wichtigste seiner Werke ist die 1925—1928 erschienene „Histologie der Hautkrankheiten“, ein Standardwerk, das den Namen des Autors in der ganzen Welt bekannt gemacht hat. Prof. Gans ist Ehren- bzw. korrespondierendes Mitglied von vierzehn ausländischen dermatologischen Gesellschaften, Mitherausgeber verschiedener Facharchive und Zeitschriften. Unter anderem ist er auch Vorsitzender des Ausschusses „Hautschutz“ der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz.

Seine wissenschaftliche Laufbahn begann Prof. Gans im Jahre 1912 als Mitarbeiter von Geheimrat Prof. Dr. Aschoff, Freiburg. Nach dem ersten Weltkrieg habilitierte er sich in Heidelberg für das Fach Haut- und Geschlechtskrankheiten. Im Jahre 1930 erhielt er als Oberarzt der Universitäts-Hautklinik in Heidelberg einen Ruf als o. ö. Professor an die Universität Frankfurt am Main als Nachfolger von Geheim-

Was wird mit dem Studentenhaus?

Unser schönes Studentenhaus ist für einen Teil der Studentenschaft schon zur Alltäglichkeit geworden. Man geht in die Mensa, sitzt in den Gängen, am Mittwoch oder Donnerstag ist Kino, die Bälle sind auch nicht knapp, Fechten, Brausen, Tischtennis und vieles andere wird geboten. Wer aber in das Leben des Hauses etwas tiefer hineingeschaut hat, merkt, daß es bis heute seine eigentliche Bestimmung noch nicht erfüllt.

Seit vielen Wochen bemühen sich verschiedene Gremien, einen Rechtsstatus für das Haus zu finden, und bisher ist noch keine Einigkeit erzielt worden. Se. Magnifizenz, Prof. Horkheimer, sagte dazu auf der letzten Sitzung des Studentenparlamentes:

In unserer Universität gäbe es zwei Ansichten. Nach der einen will man das Haus dem Studentenwerk unterstellen, andererseits vertritt der Senat die Auffassung, das Haus stelle etwas Eigenes dar. Er beschloß deshalb, daß ein besonderer eingetragener Verein gegründet werden solle; denn das Studentenwerk habe wirtschaftliche und soziale, das Studentenhaus aber pädagogische Aufgaben zu erfüllen; man könne sie also nicht zusammenwerfen.

An anderen Universitäten lägen die Verhältnisse in punkto Studentenhaus ähnlich; nirgends sei man bisher zu einem endgültigen Ergebnis gekommen. Auch die Rektorenkonferenz habe festgestellt, daß man vorerst experimentieren müsse.

Die Meinung, das Studentenhaus in das Studentenwerk aufzunehmen, wurde von der Regierung in Wiesbaden und der Stadt Frankfurt vertreten, weil dadurch eine Reihe von Einsparungen erzielt werden kann. Beide sind an sparsamer Wirtschaft interessiert, denn sie stellen der Universität bedeutende Geldbeträge für die Unterhaltung des Hauses zur Verfügung. Im Lauf der Verhandlungen wandelte sich die Ansicht der Stadt und der Regierung zu einem Kompromißvorschlag: Danach soll die Verwaltung des Hauses das Studentenwerk übernehmen, und ein Senatsausschuß könne über das Geld verfügen. Es wäre auch möglich, hierfür ein Gremium analog der Satzung für einen e. V. zu bilden.

Die Juristen der Stadt und der Universität konnten aber in der Frage, wie ein Senatsausschuß in der Form des Kompromißvorschlages einen Einfluß auf die Verwendung der Gelder im Sinne der pädagogischen Aufgaben des Hauses ausüben soll, keine Einigung erzielen. Die Juristen der Universität meinen, die Errichtung eines Kontos im Studentenwerk, über das der Senat verfügen kann, und wobei das Studentenwerk nur für die kaufmännische Ausführung zuständig ist, sei rechtlich nicht vertretbar.

Der Senat ist weiterhin für die Gründung eines e. V., weil er befürchtet, sonst nicht genügend Einfluß auf das Studentenhaus ausüben zu können. Magnifizenz betonte im Lauf seiner Erklärung, daß der Senat sich sehr ernsthafte Gedanken um das Studentenhaus mache, er glaube nicht, daß die gewählten Vertreter der Studentenschaft allein über das Haus entscheiden können. Prof. Horkheimer bat das Parlament: „Es wäre gut, wenn Sie Ihre Vertreter so wählen würden, wie es im Statut für den Senat vorgeschlagen e. V. vorgesehen ist, wählen Sie so, daß Ihre Vertreter das Haus so etwas wie geistig leiten können, gleichgültig, ob der e. V. gegründet wird oder nicht“; der AstA wäre doch anfangs auch für die Gründung eines selbständigen e. V. gewesen.

Abschließend meinte Se. Magnifizenz: „Wir müssen wohl experimentieren. Wahrscheinlich aber wird das Gremium des e. V. in Beziehung zum Studentenwerk stehen.“

Das Studentenparlament hatte sich in seiner vorletzten Sitzung vom 25. Juni dafür ausgesprochen, daß ein Studentenhaus in erster Linie vom Studentenwerk zu verwalten sei. Wenn der AstA des letzten Semesters in den ersten Verhandlungen für die Gründung eines e. V. war, so hatten die Studentenvertreter gehofft, daß der Vorstand paritätisch aus Vertretern des Senats und der Studentenschaft bestehen würde. Nach dem Entwurf des Statuts ist das in keiner Weise verwirklicht. Außerdem gaben die danach unklaren Verhältnisse im Studentenwerk dem AstA nicht die Möglichkeit, die heutige Ansicht zu vertreten. Insgesamt sind für den Vorstand des e. V. 11 Mitglieder vorgesehen. Davon

rat Karl Herxheimer. 1934 von den Nazis in den Ruhestand versetzt, verließ er Deutschland und lebte die folgenden 15 Jahre in Bombay. Neben seiner praktischen dermatologischen Tätigkeit führte er eine Reihe von Untersuchungen zur Behandlung der Lepra mit Präparaten durch, die auf seine Ratschläge hin von den damaligen IG-Farbwerken in Höchst hergestellt wurden und verheißungsvolle Ergebnisse zeigten. Die Universität Rom verlieh ihm für diese Arbeiten im Jahre 1938 den „Dr. med.“. Die Arbeiten sind neuerdings mit Unterstützung von Prof. Gans in Brasilien wieder aufgenommen worden.

„34 Jahre stehe ich jetzt im akademischen Leben. Die Unterbrechungszeit hatte das Gute, daß man über das Plus und Minus des akademischen Lebens gründlich nachdenken konnte. Sie war — retrospektiv betrachtet — ein Gewinn; aber auch ein Verlust, insofern, als 15 Jahre verlorener wissenschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten nicht mehr einzuholen sind. In den Tropen ist das Milieu für naturwissenschaftlich-medizinische Forschung nicht so günstig wie in Europa oder Nordamerika.“

1947 erreichten Prof. Gans in Bombay gleichzeitig ein Ruf auf den Lehrstuhl für Dermatologie an die Münchener Universität und der Ruf der Universität Frankfurt am Main, wieder auf seinen alten Lehrstuhl zurückzukehren. Prof. Gans blieb seiner alten alma mater treu. U. K.

sind der Studentenschaft drei Vertreter zugebilligt; ein Angehöriger des Lehrkörpers kann außerdem vom Studentenparlament gewählt werden. Die Aufforderung des Rektors, nach dem vorliegenden Statut zu wählen (der das Parlament übrigens nachkam), hatte die Wahl von Prof. Dr. Hagenmüller als Sprecher der Studenten zur Folge. Die anderen Vertreter sind im Statut schon festgelegt. Es sind: 1. der Vorsitzende des AstA, 2. der Referent des AstA für das Studentenhaus und 3. der Vertrauensstudent des Wohnheimes. Außer den Genannten gehören dem Gremium des e. V. der jeweilige amtierende Rektor, die Herren Professoren Dr. Horkheimer und Dr. Rajewski als Rektoren der Gründungszeit, der geschäftsführende Kurator, ein Vertreter des Studentenwerks und 2 Senatsmitglieder an.

Daß im geschäftsführenden Vorstand neben einem Vertreter des Senats und der Studentenschaft der geschäftsführende Kurator als Vorsitzender vertreten sein soll, beweist, daß sich der Senat in seiner Forderung auf absoluten Einfluß in der Leitung des Studentenhauses nicht nur von erzieherischen, sondern auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten ließ. Hierbei kann auch bemerkt werden, daß dem Studentenwerk entgegen der Auffassung des Senats auch erzieherische Aufgaben zukommen, was auf der Tagung der Studentenwerke im Oktober vorigen Jahres in Tübingen hervorgehoben wurde. Durch die Übergabe des Studentenhauses könnte auch an unserer Universität das Studentenwerk dieser Aufgabe gerecht werden.

Dem Wohnheim im Studentenhaus wird die Wahl des oben erwähnten Vertrauensstudenten zugestanden, auch könne sich das Haus selbst verwalten. Nur fragt sich die schon gewählte Heimvertretung, worin diese Selbstverwaltung bestehen soll. Verwalten kann nach dem Statut nur jeder sein eigenes Zimmer auf Grund des Mietvertrages; eine darüber hinausgehende wichtige Entscheidung bleibt nicht mehr offen, da auch der Ein- und Auszug der Heimbewohner vom geschäftsführenden Vorstand bestimmt werden sollen. In anderen Heimen hat die Studentenschaft auf Grund der genauen Kenntnis der Verhältnisse im Heim zumindest auch in der Zusammensetzung der Heimbewohner ein Recht auf Gehör.

Das Parlament brachte nach diesen Feststellungen in seiner letzten Sitzung zum Ausdruck, daß bei einer solchen absoluten Mehrheit des Senats die Interessen der Studentenschaft zu wenig gewahrt werden. Allerdings ist nach Meinung des „Ausschusses Studentenhaus“ im Parlament die Lage nach Kenntnis der ganzen Verhältnisse nicht mehr so einfach, wie es anfangs schien. Als die beste Lösung erscheine nun der Vermittlungsvorschlag. Sollte der e. V. doch zustandekommen, so müßte man der Studentenschaft noch die Möglichkeit geben, einen weiteren Studenten in den Vorstand zu wählen.

Zu der Bemerkung Se. Magnifizenz, das Studentenparlament könne über das Haus nicht entscheiden, erklärte der AstA: Jeder Student bezahlt im Semester mit den Sozialgebühren 2,50 DM für die Verwaltung des Hauses, was im Jahr weit über 20 000 DM ausmacht. Diese Tatsache berechtige und verpflichte den AstA, die Interessen der Studenten in der Entscheidung über das Haus zu vertreten.

Wenn die Studentenschaft auch hinter den angeführten Begründungen des Parlaments und des AstA stehen müßte, so wird sich doch ein nicht unerheblicher Teil der Studentenschaft gegen das Studentenwerk wehren, da dieses durch die nicht sehr günstigen Verhältnisse in der Mensa in keinem guten Ansehen steht. Doch sollte man hierbei bedenken, daß das Studentenwerk nicht nur die Mensa umfaßt.

Was wird nun aus dem Studentenhaus? Ja, das ist die Frage, die bisher immer noch niemand genau beantworten kann. Wenn man sich genügend informiert hat, bekommt man beinahe den Eindruck, es gehe hier um einen entscheidenden Machtkampf. Wer hat recht, und was ist richtig? Diese Frage möge sich jeder selbst beantworten. Man sollte sich an die Worte von Magnifizenz Horkheimer auf der letzten Vollversammlung erinnern: „Daß der Mensch von oben gelenkt werde, scheint die Tendenz der Zeit zu sein. Wir wollen zusammenarbeiten, um dieser Tendenz zu widerstehen.“ Ernst Schneiderei



gegr. 1909

gegr. 1909

PETER NAACHER

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

FRANKFURT AM MAIN

Bockenheimer Landstr. 133 b. d. Universität und Schweizerstr. 57
Ruf: 67644/45

*Wir haben ständig alle Lehrbücher auf Lager
und bedienen Sie prompt*

Kehraus vom Unifest

Um acht Uhr begann der Ball — so stand es wenigstens im Programm.

Zu dieser Stunde standen die Kellnerinnen gelangweilt auf der Tanzfläche. Ihre Unterhaltung war sehr angeregt im Ge-

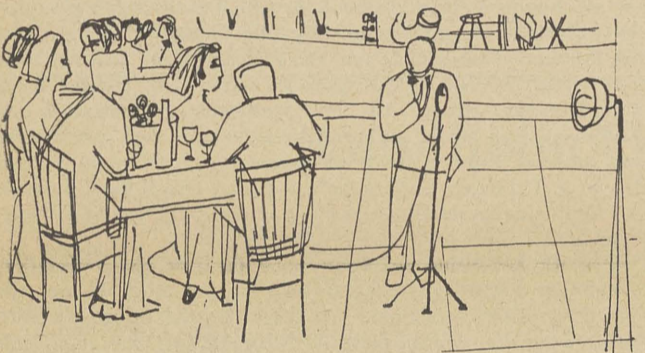


gensatz zu der der Gäste. Bemerkenswert waren auch die vielen Tische „reserviert für Ehrengäste“; sie blieben nämlich zum allgemeinen Vergnügen auffallend lange leer.

Zwei Herren mit eindrucksvollen schwarzen Brillen zeigten große Geschäftigkeit, indem sie Kabel und Scheinwerfer durch den Saal schlepten. Die Kapelle — Musiker vom W. Berking- und vom Palmengarten-Orchester — hatte große Mühe, die lieben Gäste in Schwung zu bringen. Doch allmählich füllte sich die Kongreßhalle, und die Tänzer wurden mutiger.

Die Damen waren zum größten Teil in Abendtoilette erschienen, doch erfreuten auch viele junge Mädchen mit nackten braungebrannten Schultern und duftig fliegenden Röcken die Augen der Kavaliere, deren Äußeres meist durch eine schwarze Fliege gehoben war.

In einem kleinen Nebensaal war ein Büfett mit kalten Speisen. Dieses begeisterte mich außerordentlich, denn das große Plus der Speisen war ihr Preis, verglichen mit dem der Weine.



Klatschen und Trampeln rief mich in den Saal zurück. Vor dem Podium der Kapelle war ein Mikrophon aufgebaut. Der Redner verließ es gerade. Es war „AStA-Chef Kolb“, wie ich später erfuhr. Dann sprach der Rektor, Prof. Horkheimer. Das Filmstudio war rege tätig. Scheinwerfer an, Scheinwerfer aus. Es wurde gefilmt und fotografiert. Ein Scheinwerfer fiel umgerade in Richtung auf den Redner, doch ihm passierte glücklicherweise nichts. Der Gynäkologe Prof. Naujoks sprach über „die Damen“ sehr lange und sehr ausführlich. Schließlich las er eine indische Sage vor, wie Brahma den Mann schuf und dieser ihn nicht zufriedenstellte, wie er, und mit was er dann die Frau schuf und sich danach zurückzog und ... lächelte, und ... lächelte ...



Mikrophon und Scheinwerfer verschwanden wieder. Es wurde getanzt. Auch die zuerst nur spärlich anwesenden Studentinnen und Studenten hatten sich genügend vermehrt. Und so tanzten wir.

Lore

Briefe an die Redaktion

Kritik am „Koellreuter“

Bei Ihrer Besprechung juristischer Neuerscheinungen im Juni-DISKUS ist der „Koellreuter“ doch ein wenig zu kurz weggekommen. Der wirkliche „Wert“ dieses Buches kann nicht an dem einen Beispiel der Entnazifizierung gemessen werden, obwohl Sie dabei schon auf ein typisches Anzeichen der Geisteshaltung des Verfassers hingewiesen haben. Diese kommt aber noch viel häufiger und teilweise noch viel prononcierter zum Ausdruck. Weshalb druckt der Verfasser wohl den Brief von Anschütz aus dem Jahre 1942 ab (S. 134 f.), der an dieser Stelle nur zu einem ganz minimalen Teil etwas über das behandelte Thema aussagt, sondern vornehmlich beinhaltet, daß Anschütz, der dem 3. Reich mit Vorbehalten gegenüberstand, vermutet, Koellreuter müsse sich deshalb weit von ihm getrennt fühlen? Weshalb wird Churchill's Äußerung über Hitler aus dem Jahre 1938 (S. 46) gebracht, daß man noch nicht entscheiden könne, ob Hitler der Mann sei, der einen neuen Krieg auf die Welt losläßt, oder in die Geschichte eingehe als der Mann, der dem großen germanischen Volk die Ehre und den inneren Frieden wiedergab? Weshalb wird die Rassenlehre Malans zweimal (S. 122, 214) erwähnt, aber bei der zweiten Stelle nicht gesagt, daß die Gleichschaltung des Obersten Bundesgerichts der Südafrikanischen Union eine solche Empörung in der Öffentlichkeit auslöste, daß auch Anhänger Malans sich scheuten, ihre Politik mit diesem Mittel durchzusetzen? Warum der besondere Hinweis auf die „Lizenzparteien“ der Jahre nach 1945 (S. 75)? Aber statt weiterer Fragen in dieser Richtung lassen Sie mich nur noch die folgende Stelle (S. 94) zitieren:

„Grundgesetze kannte schon der nationalsozialistische Staat. Sie bildeten die Grundlage seines Verfassungslebens und die Grundlinien eines geplanten neuen Staatsaufbaues. Trotzdem konnten sie als einfache Gesetze erlassen werden, wie das ja auch bei den englischen Verfassungsgesetzen der Fall ist, so daß hier wie dort das Problem der Verfassungsänderung nicht auftauchte. Der provisorische Charakter der Grundgesetze ergab sich auch daraus, daß Adolf Hitler noch am 30. Januar 1937 eine Verfassung in Aussicht gestellt hatte, die er „zum unvergänglichen Grundgesetz aller Deutschen erheben“ wollte. Zu einem solchen formellen Abschluß der Verfassungsentwicklung ist es infolge der seit 1938 einsetzenden Entwicklung zum SS-Polizeistaat nicht mehr gekommen.“

Diese ressentiment-geladene Einstellung des Verfassers hätte von Ihnen noch klarer herausgestellt werden müssen, damit der „Wert“ des Buches richtig erkannt wird.

Aber nicht nur diese Haltung ist es, auf die Sie hätten hinweisen müssen. Seit 1949 warten die am Staatsrecht interessierten Juristen auf ein Lehrbuch, das — wie früher etwa der „Meyer-Anschütz“ — ein umfassendes Bild der gesamten theoretischen Entwicklung auf diesem so wichtigen Rechtsgebiete geben würde. Wenigstens etwas mehr als im „Maunz“, diesem sehr brauchbaren Kurzlehrbuch steht, erhoffte man sich von einem neuen Lehrbuch, insbesondere wenn es mehr als doppelt so viel kostet. Was bringt nun „Koellreuter“? Zwar einige Sachgebiete mehr als „Maunz“, aber dafür kaum irgendwelche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Problemen. Nein, meistens finden wir Ausdrücke des bereits erwähnten Ressentiments oder viele Zeilen lange Zitate (vgl. nur S. 255 f., wo die Betrachtung über „Das Wesen der Sozialordnung“ auf knapp 2 Seiten zu mehr als der Hälfte aus zwei Zitaten von Wolany und Maunz besteht; aber S. 258—260 kann der Verfasser zum Thema „Staat und Wirtschaft im Nationalsozialismus“ längere eigene Ausführungen bringen!) Daß der Verfasser an keiner einzigen Stelle auch nur die wesentlichsten Aufsätze und Stellungnahmen zu einem bestimmten Problem zusammenstellt, geschweige denn sich mit ihnen auseinandersetzt, nimmt nach alledem nicht mehr Wunder.

Diether H. Hoffmann

Wehrwillen als Produkt des pädagogischen Militarismus

Es ist zwar leicht gesagt, wogegen man ist, man muß es aber tun, wenn man den Artikel „Wehrdienst und Staatsbürgerkunde“ (Juli-DISKUS) zu Gesicht bekommt. Vielleicht kommt nach dem Wort Luthers die Wahrheit an den Tag, wenn die Meinungen aufeinandergeprallt sind.

Wenn man schon einem intellektuellen Verständnis des sogenannten „Wehrwillens“ das Wort redet, dann sollte man sich zunächst einmal über das Schillernde dieses Begriffes klar werden. Aus der jüngsten Vergangenheit ist er noch so anrühlich, daß man ihn nicht durch zweifelhafte Fixierungen konservieren darf.

Die passive Seite eines Wehrwillens, die meist mit dem reinen Selbsterhaltungstrieb übereinstimmt, ist im allgemeinen weniger Gegenstand der Polemik. In dem Artikel des Herrn Bode aber handelt es sich um eine bewußt aktive Form, deren Anempfehlung ich nicht anstehe, infam zu nennen. „Der Wehrwille muß erweckt werden durch die Vermittlung von Tatsachen über den einzigen heute noch möglichen Feind, den Kommunismus“ —

das ist nach Ansicht des Verfassers der Sinn einer Kombination von Wehrdienst und Staatsbürgerkunde.

Damit ist in dürren Worten nichts anderes gesagt, als die Notwendigkeit der Züchtung eines Kampfeswillens durch die schrankenlose Propaganda. Denn die sogenannten Tatsachen sind heute wohl fragwürdiger als je, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht genug wirkliche Tatsachen vorhanden wären, die gegen den Kommunismus sprächen. Aber es handelt sich hier um eine Prinzipienfrage, um nichts weniger, als die Vergewaltigung der persönlichen Entscheidung, jenes Gutes, um dessen Wiedergeburt wir uns nach dem Fiasco des Naziregimes bemühen.

Es ist im Zeitalter der Atombombe nicht mit der Vermittlung von mehr oder minder fragwürdigen Tatsachen zur Stärkung des Kampfeswillens getan. Ein Wehrwille, d. h. in diesem Fall die Bereitschaft zu kämpfen, anzugreifen, kann in der gegenwärtigen Situation für einen verantwortlich denkenden Menschen nur das Ergebnis seiner persönlichsten Überzeugung sein. Die Zumutung eines staatsbürgerlichen Unterrichts als Propagandawerkzeug für derartige Entscheidungen ist eine bare Unverschämtheit.

Es ist unrealistisch, ja geradezu anachronistisch gedacht, will man Wehrdienst und jenen gemeinten aktiven Wehrwillen in unlösliche Verbindung bringen. Es steht dem Ernst der Lage an, daß man den Kriegsdienst, wo er unausweichlich ist, als eine Notwendigkeit bitterster Art betrachtet, die keiner militaristischen Verbrämung bedarf.

Wolfgang Poser



Wehrbürger im Staatsdienst

... Es erscheint mir völlig fremd, wie von der Gesamtheit einer Armee ein „intellektuelles Verständnis des Warum“ erwartet werden kann. Wenn man von jedem Soldaten eine „eigene Konzeption“ verlangt, dann entspringt das einer völlig irrealen Vorstellung vom Wesen des Menschen und der Versuchungen, die ihm das Leben aufzeigt.

Inhalt dieser fatalen Aktion soll sein — so sagt der Artikel — „Aufklärung über den einzigen heute noch möglichen Feind, den Kommunismus, von dessen Wesen man außer ein paar Schlagwörtern nichts weiß.“ Wenn man auch nur etwas über den Kommunismus weiß, dann doch dies, daß er mit Waffen einer Armee überhaupt nicht zu schlagen ist. Der Kommunismus ist nicht Rußland — er ist viel mehr! Er ist existent nicht in der Macht sondern im Geist. Und wenn er der einzige noch mögliche Feind sein soll, dann übersehen wir vollkommen die tatsächliche Situation, wo Laxheit, Übergehen historisch gewordener Erfahrungen, geistige Resignation und „demokratische Massenbildung“ mindestens ebenso große Feinde sind.

Weiter: „Niemand sei da“, so behauptet der Artikel, der den jungen Menschen „das Gefühl und Bewußtsein“ beibringt, „Teil einer Gemeinschaft“ zu sein. Was geschieht denn in den Hochschulen? Erzieht nicht die Gemeinsamkeit des Wissens und der Drang nach Wahrheit zu einer unausgesprochen aber unwahrscheinlich fest bindenden Gemeinsamkeit, zu dem Gefühl, als Teil eines Ganzen nur dann den selbst erworbenen Teil der Wahrheit ins Gefecht führen zu können in Ergänzung durch die Gemeinschaft anderer Gleichgestimmter? Eine staatsbewußte Jugend sei, so heißt es dazu in dem Artikel, „eine große Sicherheit gegen eine Subversion durch den Kommunismus“. Ja, haben wir denn gar nichts gelernt aus der Vergangenheit? Eine persönlichkeitsbewußte Jugend — das sollten wir erstreben, und selbst sie ist nie ungefährdet. Staatsbewußtsein als Grundlage der Persönlichkeit ist ein Unding — es verdirbt den Einzelnen und dazu den Staat.

G. E. Lampel

Ein Deutscher ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben. Theodor W. Adorno

Die Dummheit ist ein Elementarereignis, mit dem es kein gewöhnliches Erdbeben aufnimmt. Karl Kraus

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE

SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 9 1494



The British Centre „Die Brücke“

Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek mit nahezu 11 000 Bänden aus allen Gebieten der Wissenschaft und der Kunst, Biographien, schöngeistige Literatur klassischer und moderner englischer Autoren in Englisch und in Übersetzung zur Ausleihe; die Abtlg. Nachschlagewerke mit Lexika, Enzyklopädien, Wörterbücher usw.

Lesesaal mit ca. 100 Tageszeitungen, Zeitschriften der verschiedensten Wissens- und Fachgebiete, auch illustrierte, Frauenmagazine usw.; kleine französische Abteilung; die Londoner Morgenzeitungen treffen gegen 15 Uhr am Erscheinungstage ein.

Vortragssaal, in dem in regelmäßigen Abständen Vorträge über die verschiedensten britischen Belange von bekannten englischen und auch deutschen Persönlichkeiten teils in Englisch, teils in Deutsch gehalten werden.

Kinosaal, in welchem täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr in wöchentlichem Wechsel eine ca. einstündige Vorführung von Dokumentar- und Kulturfilmen stattfindet.

Bitte, fordern Sie das Monatsprogramm an.

„Die Brücke“ schließt vom 2. bis 23. August 1953 einschließlich. Entlehnte Bücher bitten wir wegen Inventurarbeiten bis spätestens 20. Juli an unsere Bibliothek zurückzugeben.

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 755 89

Strichätzungen
Farbätzungen
Autotypien
Galvanos
Rotaprintfolien
Matern · Stereos

RÖMER

Klischees

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
Mainzer Landstraße 216
Ruf 34672

Darmstadt wählt seinen neuen Rektor

Der große Senat hat für das kommende Jahr Prof. Dr. ing. Kurt Klöppel, Inhaber des Lehrstuhls für Statik, Stahlbrückenbau und Stahlohbau, zum Rektor gewählt.

Prof. Klöppel hatte das Amt des Rektors schon einmal inne, nach der Zerstörung der Hochschule im September 1944. Damals stand seine Tätigkeit unter der Notwendigkeit, Vorlesungssäle und Arbeitsräume wieder in Stand zu setzen, um so den Betrieb der Hochschule aufrechtzuerhalten. In gemeinsamer Arbeit mit seinen Studenten hat er damals das große Hauptdach der Hochschule gedeckt.

Bekannt ist Prof. Klöppel durch seine Tätigkeit in vielen Fachausschüssen, besonders für Stahlbau. Als Mitglied des Ausschusses für Stabilitätsfragen war Prof. Klöppel führend beteiligt an der Hertusgabe der derzeit gültigen Stabilitätsvorschriften, die anfang dieses Jahres für verbindlich erklärt wurden.

In seinem Versuchslaboratorium werden u. a. Dauerfestigkeits- und Stabilitätsprobleme und schon seit Jahren Untersuchungen über die Schweißbarkeit von Stählen durchgeführt. Dort wurde auch die orthotrope Stahlplatte entwickelt, die Dank der Initiative von Prof. Klöppel bei der größten Hängebrücke auf dem Festland in Köln-Mülheim zum ersten Male Verwendung fand und sich bestens bewährt hat.

Seine Verbundenheit mit der Jugend, die ihren Ausdruck findet in seiner Mitarbeit bei Sportveranstaltungen, Studienstiftungen etc., wird es ermöglichen, auch mit den brennenden Problemen der Darmstädter Studenten (neue Satzung der Studentenschaft, Studienreform usw.) in positivem Sinne fertigzuwerden.

Wir wünschen und hoffen für den neuen Rektor, daß seine kommende Amtsperiode unter einem glücklicheren Stern stehe als die vor 9 Jahren.



Studentische Glaubenschule: Montags, Kapelle des Studentenhauses.
19.15 Uhr: P. Prof. Dr. Johannes Bäumer S. J., Frankfurt: „Die Begründung des christlichen Glaubens“ (Fundamentaltheologie).

20.15 Uhr: P. Prof. Dr. Josef Fuchs S. J., Frankfurt: „Die Prinzipien christlicher Sittlichkeit“ (Moraltheologie I).

Sommerfest: Sonntag, den 26. Juli (Tag des Semesterschlußgottesdienstes).
Näheres am Schwarzen Brett.

2. Werkwoche der KDSE-Region Mitte: 27. Juli — 1. August. Thema: „Der katholische Akademiker, Haltungen und Fehlhaltungen heute“. Referent: P. zu Löwenstein S. J. Tagungsort wird noch bekanntgegeben. Die Unkosten für Unterkunft und Verpflegung werden DM 2,— nicht überschreiten, Fahrtzuschüsse werden gewährt. Anmeldungen erbeten bis 18. Juli.

Veranstaltungen der Evangelischen Studentengemeinde
Tagungen und Freizeiten:

17.—31. August **Ferienlager in Hörnum auf Sylt.** (Nähere Auskunft und Anmeldung im Sekretariat, Studentenhaus, Zi. 32.)

Hochschulnachrichten Darmstadt — Selbstverwaltung

Am 7.—9. Juli wählten die Darmstädter Studenten ihren neuen ASa. Obwohl die Wahlpropaganda intensiver als in den früheren Jahren war, erreichte die Wahlbeteiligung mit 47,7% doch nur den Stand des Vorjahres. Der neue Vorstand wird von den neugewählten ASa-Mitgliedern am Mittwoch, dem 15. 7. 53 bestimmt.

Universitätsnachrichten Marburg

Se. Magnifizienz Prof. Walcher wurde für das Rektoratsjahr 1953/54 erneut zum Rektor gewählt.

Unter großer Anteilnahme des Lehrkörpers und der Studentenschaft fand am 22. Juni das **Universitätsfest** trotz strömenden Regens statt. Zu Vergleichskämpfen hatten sich Sportler aus Göttingen und Darmstadt eingefunden. Höhepunkt des Tages war ein Fußballspiel des Lehrkörpers gegen die Selbstverwaltung, das die Professoren mit Prof. Heuser (med. dent.) als Torschützen überzeugend gewannen.

Im Sommersemester 1953 sind in Marburg rd. 3500 Studierende immatrikuliert, darunter 800 Frauen und 100 Ausländer. Sie verteilen sich auf die Fakultäten wie folgt: theol. 200, jur. 1100, med. 800, phil. (geist.) 800, phil. (rer. nat.) 800.

Aus dem Bericht des Rektors über das Jahr 1952 geht hervor, daß von 181 habilitierten Mitgliedern des Lehrkörpers 56 Ordinarien, 17 Extraordinarien, 9 Honorarprofessoren, 39 außerplanm. Professoren (davon 20 Diäten-dozenten), 46 Dozenten, 57 Lehrbeauftragte sind. 7 Ordinariate bzw. Extraordinariate sind zur Zeit unbesetzt.

Zur besseren Verbindung der Universität mit der Öffentlichkeit wurde am Universitätsrat (4. und 5. Juli) ein **Universitätsbeirat** gebildet, dem Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften, der Industrie, der Kirchen etc. angehören.

Hochschulnachrichten Marburg — Selbstverwaltung

Der Ring freier Studenten hat Se. Magnifizienz von einem Beschluß unterrichtet, demzufolge er eine Zusammenarbeit mit den „Marburger Blättern“ ablehnt und dafür die Mitarbeit am DISKUS und dessen Vertrieben in Marburg aufnehmen will. Begründet wird dieser Beschluß damit, daß der Presseausschuß des ASa überwiegend mit Vertretern traditionsgebundener waffenstudentischer Verbindungen besetzt sei. Dadurch sei eine objektive Berichterstattung in den „Marburger Blättern“ nicht mehr gewährleistet. Gleichzeitig wurde dem Rektor die Bitte unterbreitet, das bisher an der Universität für den DISKUS bestehende Verkaufsverbot aufzuheben.

ASa in Band und Mütze

Studentische Gruppen haben bei Se. Magnifizienz dagegen protestiert, daß der ASa zu Veranstaltungen offiziell einlädt, bei denen Farben getragen werden, insbesondere aber dagegen, daß der 1. Vorsitzende des ASa, Herr Welter, bei einem Dämmerstern im Bürgersaal im Namen der Studentenschaft in Mütze und Band begrüßt. Gleichzeitig wurde gerügt, daß der bisherige Universitätsälteste, Herr Philipp, — den vertraulichen Mitteilungen der Hasso-Guestphalia Marburg zufolge — sich in seiner offiziellen Eigenschaft für das Farbentragen einzusetzen versprochen hatte.

Der neue Ältestenrat wählte in seiner konstituierenden Sitzung Herrn cand. theol. Schaffer zum Universitätsältesten und Fräulein von Stein zu seiner Stellvertreterin.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte der ASa über einen Mißtrauensantrag gegen seinen 2. Vorsitzenden, stud. theol. Boll. Ihm wurde vorgeworfen, als Vertreter des ASa im örtlichen Komitee für das studentische Gemeinschaftsprogramm Anträge befürwortet zu haben, die nicht im Sinne dieses Programms liegen und dadurch die nicht korporierten Studenten benachteiligt zu haben. Der Mißtrauensantrag wurde von der Mehrheit des ASa (korp.) abgelehnt.

hundemüde und doch wach und
„auf Draht“ sein müssen... da hilft nur
KOLA DALLMANN
21 TABLETTEN DM 1,25 IN APOTH. u. DROG.

Jahresfeier der Justus Liebig-Hochschule Gießen

Am 1. Juli 1953 feierte die Universität ihren 346. Jahrestag. Se. Magnifizienz, Prof. Dr. E. v. Boguslawski eröffnete den akademischen Festakt, zu dem die Professoren erstmals wieder in Talar und Barett erschienen waren. Die Dekane Prof. Keller und Prof. Eigler gaben die Ehrenpromotionen von Prof. Dr. Ehrhart, Direktor der Farbwerke Höchst a. M., zum Dr. med. vet. h. c. und Prof. Dr. Rajewsky, Universität Frankfurt/M., zum Dr. med. h. c. bekannt. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. von Denffer über das Thema „Pflanzenfeindschaft — Pflanzenfreundschaft“.

Die Justus Liebig-Schule, die am 12. Mai 1953 den 150. Geburtstag ihres Namenspatrons mit einem Vortrag von Nobelpreisträger Prof. Dr. A. Butenandt festlich begangen hatte, kommt ihrem Umfang nach der Ludwigs-Universität nahezu gleich; sie hat jetzt von der Landesregierung Mittel für den weiteren Ausbau ihrer Allgemeinen Abteilung erhalten.

Prof. Dr. Wilhelm Hanle, Direktor des Physikalischen Instituts, wurde für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1953 für eine Gasttätigkeit an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg beurlaubt. Für die Dauer der Beurlaubung wurde der Privatdozent und Ober-Assistent am Physikalischen Institut der Universität Frankfurt am Main, Dr. Honerjäger, mit der Vertretung des Lehrstuhls beauftragt.

Dem Direktor des Landes-Veterinär-Untersuchungsamtes für Rheinland-Pfalz in Koblenz, Dr. med. vet. habil. Karl Fritzsche, wurde die venia legendi für das Fach „Spezielle Pathologie und Therapie der Geflügelkrankheiten“ Gießen erteilt.

Der für das Wintersemester 1952/53 an Herrn Prof. Dr. Richard Klar vom Physikalisch-chemischen Institut der Universität Frankfurt am Main erteilte Lehrauftrag für Chemische Technologie wurde für das Sommersemester 1953 verlängert.

Am 6. Juli 1953 verstarb im Alter von 79 Jahren der emeritierte ordentl. Professor Dr. Dr. h. c. Ernst Küster. Als Begründer der pathologischen Pflanzenanatomie und Wegbahner der experimentellen Zellphysiologie hat sich der Verstorbenen internationalen Ruf erworben.

Filmarbeitsgemeinschaft der Hochschulen gegründet

Am 2./3. Juli 1953 ist in Göttingen die studentische Vereinigung der „Filmarbeitsgemeinschaften an den deutschen Hochschulen“ gegründet worden. Vertreten waren die Universitäten München, Frankfurt, Köln, Kiel, Bonn und die TH Stuttgart. Das Film-Studio unserer Universität wurde mit der vorläufigen Geschäftsführung beauftragt.

Es ist beabsichtigt, mit Unterstützung und im Rahmen des VDS mit den Hochschulen, Dozenten, der Filmindustrie, dem Deutschen Institut für Filmkunde, der deutschen Kinotechnischen Gesellschaft, der deutschen Gesellschaft für Filmwissenschaft, den Filmclubs und allen ähnliche Ziele verfolgenden Organisationen zusammenzuarbeiten.

Auszug aus der Prüfungsordnung für Diplomvolkswirte der Philipps-Universität Marburg

Für die Zulassung zur Prüfung muß der Kandidat:

1. ein Reifezeugnis vorlegen;
2. dem Studium der Volkswirtschaft mindestens sechs Semester an einer anerkannten deutschen Hochschule (davon das letzte und mindestens ein früheres in Marburg) obgelegen haben;
3. den Nachweis einer halbjährigen praktischen Tätigkeit in der Wirtschaft erbringen;
4. Zeugnisse über die erfolgreiche Teilnahme an folgenden Übungen vorlegen: Wirtschaftliches Rechnen (Finanzmathematik, obligatorisch), Buchhaltung (obligatorisch), Statistik (obligatorisch), volkswirtschaftliche Übungen für Anfänger, mittlere Semester und Fortgeschrittene (erwünscht), Finanzwissenschaft (erwünscht), Betriebswirtschaftslehre für Anfänger und Fortgeschrittene (erwünscht), Bürgerliches Recht für Anfänger (obligatorisch), Öffentliches Recht (obligatorisch).

Die Zulassung zur Prüfung erfolgt auf schriftlichen Antrag, dem neben den oben erwähnten Zeugnissen ein Lebenslauf sowie eine geordnete Zusammenstellung der während des Studiums gehörten Übungen und Vorlesungen beizufügen ist. Die Prüfungsgebühr beträgt DM 100,—.

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre einschließlich Geld-, Bank- und Börsenwesen;
2. Besondere Volkswirtschaftslehre (Wirtschafts- und Sozialpolitik) einschließlich Wirtschaftsgeschichte;
3. Finanzwissenschaft;
4. Betriebswirtschaftslehre;
5. a) die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Bürgerlichen Rechts (ohne Familien- und Erbrecht), sowie Handels- und Wechselrecht;

b) Staats- und Verwaltungsrecht (einschließlich Steuerrecht). Die Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten durch Beschluß des Prüfungsamtes um ein Pflichtfach beschränkt werden, wenn der Kandidat während der letzten drei Jahre in dem Pflichtfach vor einer staatlichen Prüfungsbehörde eine Prüfung bestanden hat, in der mindestens die gleichen Anforderungen gestellt werden. Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die wissenschaftliche Arbeit erlassen werden. Außerdem kann auf Antrag des Kandidaten bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsamtes ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Die schriftliche Prüfung besteht aus:

1. einer Hausarbeit (Diplomarbeit), für deren Anfertigung je nach der Art des Themas (aus den drei volkswirtschaftlichen Pflichtgebieten) 6—10 Wochen zur Verfügung stehen,
2. und aus Klausuren aus den fünf Pflichtgebieten (siehe oben).

Bei der juristischen Klausur kann der Kandidat sich für öffentliches oder bürgerliches Recht entscheiden. Jede Klausur dauert fünf Stunden.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf dieselben

Fächer, nur daß sowohl bürgerliches Recht (einschließlich Handels- und Wirtschaftsrecht) als auch öffentliches Recht geprüft werden. Über die Zulassung zur mündlichen Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsamtes. Nicht zugelassen wird, wer in der Hausarbeit oder in zwei Klausurarbeiten nicht genügt hat. Das Ergebnis der Prüfung wird auf Grund der mündlichen und der schriftlichen Prüfung bestimmt. Die Leistungen eines Kandidaten in Übungen und Seminaren können dabei berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Kandidat in zwei Pflichtfächern nicht genügt oder wenn das Ungenügend in einem Pflichtfach nicht durch gute Leistungen in anderen Pflichtfächern ausgeglichen wird.

Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie frühestens nach einem Semester wiederholen. Eine zweite Wiederholung ist nur aus wichtigen Gründen mit Genehmigung des Ministers zulässig.

Über ein halbes Jahrhundert
Hoch- und Niederspannung

SCHALTANLAGEN
SCHALTGERÄTE
INSTALLATIONSMATERIAL
ELEKTROWÄRMEEGERÄTE



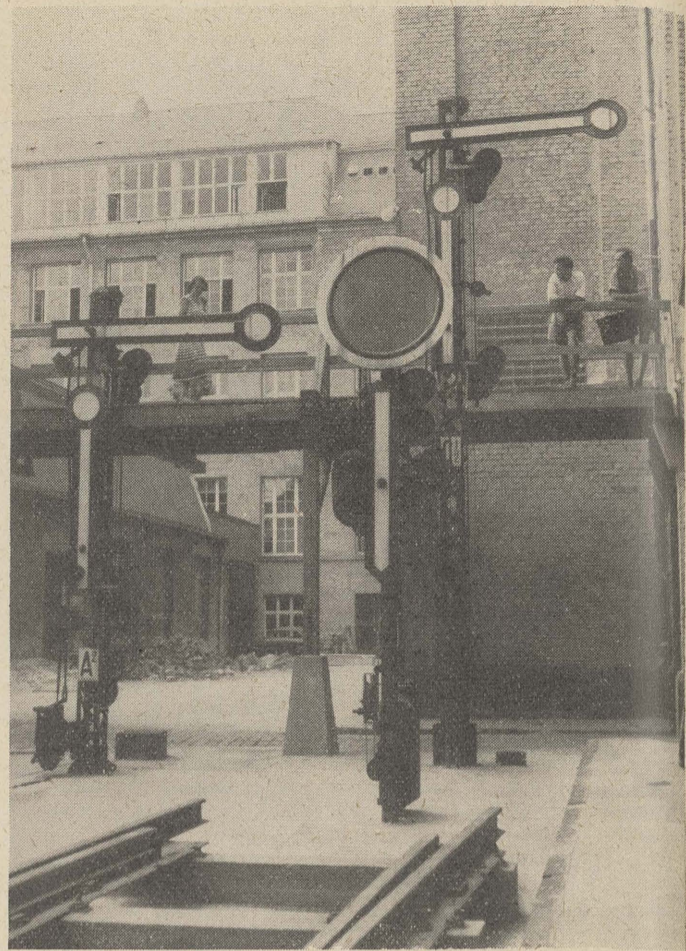
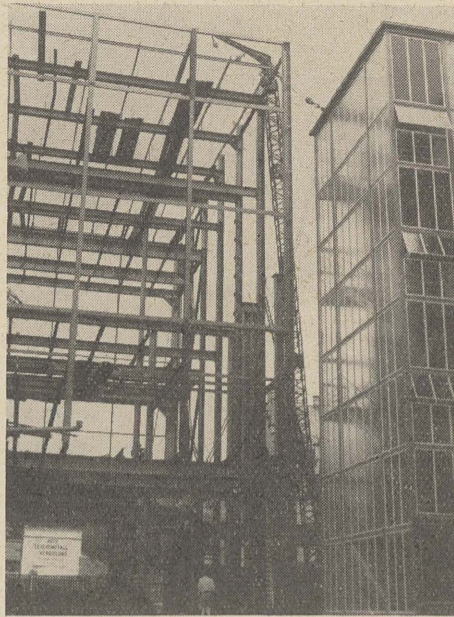
VOIGT & HAEFFNER AG
FRANKFURT MAIN

foto WAGNER berät Sie gern in allen Fotofragen
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 71657

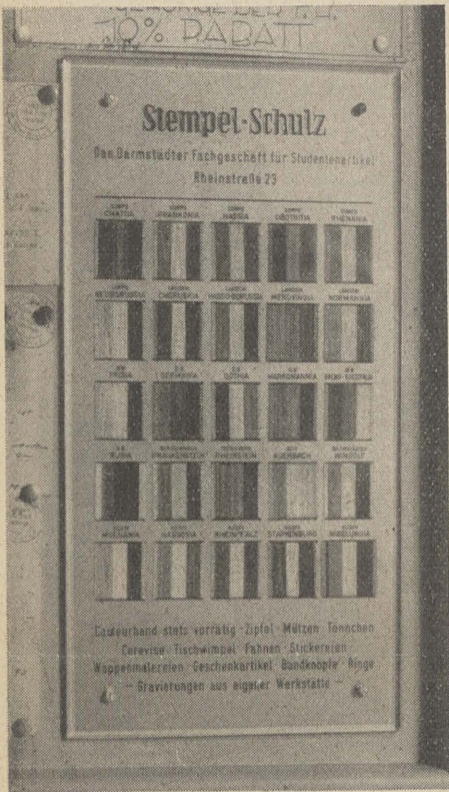
Technische Hochschule Darmstadt



„DAS HERZ DER HOCHSCHULE“ ist das Kraftwerk, das den zahlreichen Instituten die Energie liefert. Es dient aber auch selber als Institut. Die Wissenschaft wird in enger Anlehnung an die Praxis betrieben. Die Hochschule läßt das alte Kraftwerk nach eigenen Plänen erweitern (Bild rechts). — Bild oben zeigt Studenten vom geodätischen Institut, die mit einem Nivellierinstrument Setzungsmessungen für das Kraftwerk ausführen.

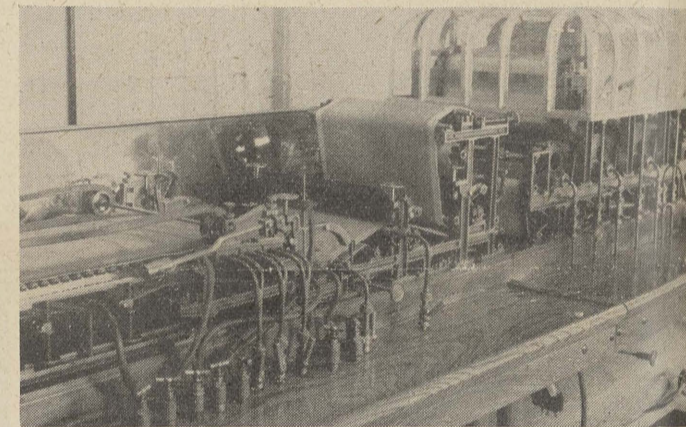


ENDSTATION TH — DARMSTADT: Der Weg vom Hauptgebäude zur Mensa führt an Signalen und Gleisanlagen vorbei: Anschauungsmaterial für die angehenden Eisenbahnbau-Ingenieure.



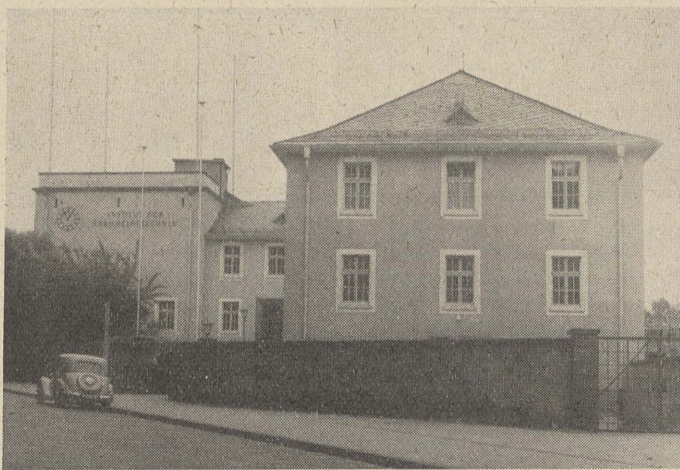
WAS SIND STUDENTENARTIKEL? Ein Blick auf das „Schwarze Brett“ verrät es: Couleurbänder, Zipfel, Mützen, Tönchen . . .

DER „LANGE LUDWIG“ erhebt sich im Zentrum der Stadt, 38 Meter hoch. „Sein dankbares Volk“ (nach der Inschrift) hat Ludwig dem Ersten das Mal von 1841 bis 1844 erbaut. Die Säule gibt es auf der Welt in drei Dutzend Ausführungen, das Vorbild ist die Trajan-Säule in Rom.



DAS INSTITUT FÜR PAPIERFABRIKATION an der TH — Darmstadt ist das einzige Instiut in Deutschland, an dem Papieringenieure auf Hochschulbasis ausgebildet werden. Das Modell einer Papiermaschine hat auf einem Tisch Platz, die Maschine selber ist 30 Meter lang. — Im Laboratorium mit Klimaanlage prüft eine Studentin — die an der TH übrigens Seltenheitswert besitzen — die Festigkeit des im Institut hergestellten Papiers (Bild unten).

Das Institut für Fernmeldetechnik



Das Hauptgebäude der TH an der Hochschulstraße



Bildbericht von SWB

